

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis: 3,50 RM. monatlich, 1,10 RM.
wöchentlich 20 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnen-
zeile oder deren Raum 50 Pf. für
politische und gewerbliche Vereins-
und Besammlungs-Anzeigen 30 Pf.

Berliner Volksblatt.

Telegraphisch-Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 1. Februar 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die ersten Schritte.

Der neue Reichstag wird es nicht leicht haben. In seiner
eigenen Mitte sitzt sein mächtigster Feind. Die starke kon-
servativ-kerikale Minorität wird alles daransetzen, um zu
beweisen, daß dieser Reichstag für das deutsche Volk nichts zu
leisten vermag.

Es ist natürlich kein Zufall, daß die Regierung so zu ver-
fahren gedenkt. Wir haben ja keine parlamen-
tarische Regierung, und von jeher hat die herrschende
Bureaucratie alles darangesetzt, um dem Reichstag möglichst
wenig Selbständigkeit einzuräumen.

Die ganze moderne Entwicklung der Gesetzgebung bringt
es mit sich, daß die Zeit, die die Volksvertretungen zur Er-
ledigung ihrer Arbeiten bedürfen, immer ausgedehnter wird.
Nur ein weltfremder Professor kann darin einen „Verfall des
Parlamentarismus“ erblicken, und nur ein heuchlerischer
Reaktionär über Zeitverschwendung und Vielrednerei klagen.

Für die reaktionäre Regierung aber ist diese Entwicklung
des Parlamentarismus in den modernen Staaten
eine willkommene Gelegenheit gewesen, ihre Macht zu
stärken. Nicht nur, daß die Steigerung des Klassen-
gegensatzes von selbst diejenigen Tendenzen im Bürger-
tum begünstigte, die eine Kräftigung der Regierungsgewalt
erstrebten, es war den Regierungen auch ein
leichtes, durch geschickte Einteilung der parlamentarischen
Arbeiten selbständige Regungen der Volksvertreter möglichst
einzuschränken. Und keine Regierung hat davon mehr Ge-
brauch gemacht als die deutsche. Von jeher wird der Reichs-
tag für möglichst kurze Zeit versammelt und dafür gesorgt,
daß ihm nur gerade so viel Zeit bleibt, um den Etat zu er-
ledigen und die übrigen Regierungsvorlagen zu genehmigen.

Es ist aber klar, daß, wenn es so weiter geht, die Re-
gierung und die konservativ-kerikalen von vornherein ge-
wonnenes Spiel hätten. Wieder würde der Etat bewilligt,
Militärausgaben angenommen werden, und dann könnte sich
der Reichstag nach getaner Regierungsarbeit wieder nach
Haus begeben. Diesenigen, die bei den Wahlen gegen diese
Politik protestiert haben, hätten wieder einmal das Nach-
sehen. Deshalb werden die liberalen Parteien, die ja ver-
sprechen haben, freie Initiative und vollstimmliche Forderungen
durchzusetzen, alles aufbieten müssen, um dem Reichstag Ge-
legenheit zu verschaffen, über diese Forderungen zu beraten.
Dem Reichstag muß sein Initiativrecht
zurückerobern werden, denn daß die Regierung nützliche
Gesetzesentwürfe einbringt, daran ist ja nicht zu denken. Den
Parteien steht ja auch die nötige Macht zu Gebote. Solange
der Etat und die Gesetzesvorlagen zur Beratung stehen, braucht
der Reichstag sich vor keiner Vertagung zu fürchten. Es muß
nur dafür gesorgt werden, daß während dieser Zeit ge-
nügen Raum für die Beratung der Volks-
notwendigkeiten geschaffen wird.

Nur in diesem Zusammenhang wird auch die Frage des
Präsidiums von einer gewissen Bedeutung. Gerade weil
die Regierung sich allen liberalen Forderungen ablehnend

gegenüberstellen wird, ist es nicht unwichtig, daß das Prä-
sidium des neuen Reichstages nicht von vornherein dem Bunde
gegen die Arbeitsfähigkeit angehört. Deshalb wird die
Lösung der Präsidentenfrage eine erste Probe für den Ernst
der liberalen Parteien sein. Ist es ihnen wirklich um die
Durchsetzung der versprochenen Forderungen zu tun, dann
werden sie sich nicht um das Geschrei der Kerikalen und Kon-
servativen scheren und die Zusammenziehung eines Präsidiums
ermöglichen, das diese Arbeit zu fördern und nicht zu be-
hindern gewillt ist. Jedenfalls wird das Verhalten der Libe-
ralen schon in dieser Frage zeigen, ob sie den reaktionären
Einschüchterungsbestrebungen gegenüber standhalten.

Dann aber wird es notwendig sein, ungehämmt mit der
Durchsetzung liberaler Forderungen den Anfang zu machen.
Im Vordergrund scheint uns da zunächst die Reform der
Geschäftsordnung zu stehen. Dadurch würde es er-
möglichst, dem Reichstag die nötige Zeit für seine Arbeit zu
schaffen und durch Ausgestaltung des Inter-
pellationsrechts für die so dringend nötige Kontrolle
der Regierung und Verwaltung in wirksamer Weise zu sorgen
und dem Reichstag erhöhten Einfluß zu verschaffen. Zudem
ist die Reform der Geschäftsordnung die eigene Angelegenheit
des Reichstages, in die ihm die Regierung nicht dreinzureden
hat. Die Kommissionsberatungen des früheren Parlaments
haben die Frage genugam geklärt. Es braucht nur einigen
guten politischen Willen, um diese kleine, aber nicht unwichtige
Reform durchzuführen. Freilich ist dazu notwendig, daß die
Nationalliberalen die Bedenken fallen lassen, die sie früher
gegen eine wirksame Ausgestaltung des Interpellationsrechts
erhoben haben. Zugleich ist die Reform der Geschäftsordnung
gewissermaßen eine Ehrenpflicht, um die Vergewaltigung des
Reichstages durch die Desardorff endlich zu sühnen.

Wenn die Liberalen diesen Weg wirklich beschritten, so
könnten sie bald den ersten, wenn auch kleinen Erfolg dieser
neuen Politik verzeichnen und die Bahn für andere, wich-
tigere Reformen frei machen. Die Wahlen haben gezeigt,
daß die kerikal-konservative Herrschaft nichts weniger als fest
verankert ist. Selbst bei der jetzigen Wahlkreis-einteilung
hätten sich die Konservativen noch weit mehr schwächen lassen,
wenn am ersten Stichwahltage nicht in 18 Wahlkreisen die
liberalen Wähler verlagert hätten. Und die Macht des
Zentrums vollends beruht ausschließlich auf der reaktio-
nären Wahlkreis-einteilung. Sie zu ändern ist
vor allem das Interesse der Liberalen, und sind erst die
ersten Schritte gemacht, so werden die folgenden schon
leichter. Von den Liberalen wird es dann abhängen, wie weit
sie in diesem Reichstag kommen werden und ob der Weg, den
sie gehen werden, nicht in den Sumpf der Reaktion zurück-
führt.

Die Sozialdemokratie wird natürlich alles daran setzen,
um die Liberalen bei der Einhaltung ihrer Versprechungen zu
unterstützen. Würden die Liberalen aber jetzt versagen, wo
sie die Macht dazu haben, mit der Durchführung ihres Pro-
gramms zu beginnen, so wären nicht die Sozialdemokraten
die Verantwortlichen und ebensomeng die Leidtragenden.
Dann wäre es aus mit dem, was die Liberalen einen Frühling
und Skeptiker einen Altweiberwinter nennen, und das Erbe
des Liberalismus würde dann endgültig — nach gründlicher
Sichtung des Nachlasses, versteht sich — von der Sozialdemo-
kratie übernommen werden.

Keine Wahlreform in Preußen.

Während die junckerlichen und kerikalen Blätter gegen
Herrn v. Bethmann Sturm blasen und ihn als Sünden-
bock für ihre Niederlage in die Wüste schieben möchten, ist der
arme Mann desto mehr bemüht, sich ihr Wohlwollen zu er-
werben. Er weiß, daß die Junker und das Zentrum den
Fürsten Bülow nicht zuletzt deshalb zu Fall gebracht haben,
weil er die Wahlreform in Preußen für unerlässlich erklärt
hat. Und so sucht er eine Schonzeit zu erlangen, indem er
die „wichtigste und dringlichste Aufgabe der Gegen-
wart“ immer wieder verschleppt. Herr v. Dallwitz,
der Minister des Innern, hat im Abgeordnetenhaus
klipp und klar verkündet, daß die Regierung nicht
daran denkt, in diesem Jahre eine Wahl-
reform einzubringen. Die Gegenseite der Parteien
in dieser Frage seien zu groß. Mit dieser famosen Begründung
kann natürlich die Wahlreform auf den St. Nimmerleinstag
vertagt werden. Aber die Herren machen da die Rechnung
ohne den Wirt, das deutsche Volk. Die Wahlreform
m uß gemacht werden, so groß auch bei Herrn v. Bethmann
und seinen Leuten die Angst vor der konservativen Ungnade
ist. Und wenn die Herren meinen, daß sie mit dem Bruch
des feierlichen Versprechens der Thronrede
so leicht davonkommen werden, werden sie sich täuschen.
Herr von Dallwitz hat heute die Beamten an-
gepöbel, die sozialdemokratisch gewählt haben. Sie hätten
ihren „Treueid“ nicht gehalten. Darüber wollen wir mit dem
Namen, der sich so stellen muß, als ob er nicht wüßte, daß
der Beamte dem Staat und dem Volke verpflichtet ist,
nicht aber irgend einem absoluten Monarchen, nicht weiter
rechten. Aber die Frage wird wohl nun nachdrücklicher ge-
stellt werden müssen, wie dann diejenigen zu bewerten sind,
die dem preussischen Volke die Erledigung der Wahlreform
als die dringlichste Aufgabe feierlich gelobt haben, und nun,

wie die Herren v. Bethmann und Dallwitz alles daransetzen,
um die Erfüllung dieses Gelübisses zu vereiteln.

Ueber den Verlauf der Sitzung wird uns aus dem Ab-
geordnetenhaus geschrieben:

Je schwerer die Niederlage ist, die die Junker und die Regierung
bei den Wahlen erlitten haben, desto dreist tritt die Reaktion im
Landtage auf, desto lecher hebt sie im Dreiklassenparlament ihr Haupt
empor. Das zeigte sich besonders deutlich in der Sitzung vom
Mittwoch.

Als erster Redner kam Abg. Dr. Friedberg (natl.) zu Worte,
dessen etatschekische Ausführungen auch für seine politischen Gegner
äußerst lehrreich sind und zum Nachdenken Anlaß geben sollten. Mit
uns stimmt der Führer der Nationalliberalen darin überein, daß die
Aufrechterhaltung der Steuerzuschläge nicht nötig ist. Allerdings
fürchten wir, daß er sich bei seiner ablehnenden Stellung von
anderen Motiven leiten läßt, daß er vor allem das Portemonnaie
der Besitzenden schonen will, denen eine Reichsvermögenssteuer droht.
Was den allgemeinen Teil seiner Rede anbelangt, so fertigte er das
Zentrum, an dem, wie er sagte, unser Genosse Hirsch das Scharf-
richteramt bereits gründlich besorgt hat, mit ein paar kurzen, aber
treffenden Bemerkungen ab. Während er sich einer Polemik gegen die
Sozialdemokratie enthielt, ging er nach halatschischer Manier desto
schärfer gegen die Polen vor.

Nun erhoben sich endlich die Herren, die in langer Reihe die
Ministerbank zieren. Der Oberste von ihnen, Herr von Bethmann
Hollweg, freilich war nicht zugegen, er begnügte sich damit, die
„untergeordneten“ Stellen abzuschneiden. Quersprach der Polizeimin-
ister v. Dallwitz, der Vater des Juraes über die Jungfernschaft,
ein Erlass, der so tödlich ist, daß Herr v. Dallwitz es vorzog,
seine Vaterchaft abzuleugnen. Zwei Punkte aus seiner Rede sind
der besonderen Beachtung wert: einmal die blödsinnige Erklärung, daß
an eine Wahlreform in Preußen vorläufig nicht zu
denken ist, und zweitens ein beispielloser Angriff gegen die Sozial-
demokratie. Obwohl der Minister sich in nicht mißzuverstehender
persönlichen Beleidigungen gegen die sozialdemokratischen Abge-
ordneten erging, schritt kein Präsidium ein. Als aber Genosse
Hirsch zur Selbsthilfe griff und Herrn v. Dallwitz gedehrend
antwortete, gab es den fälligen Ordnungsruf.

Die übrigen Regierungsoberreter, der Finanzminister Dr. Lenze,
der Eisenbahnminister v. Cretenbach und der Handelsminister
Sydow gaben lediglich sachliche Aufschlüsse über einige ihr Ressort
betreffende Fragen.

Ihnen folgte der freikonservative Scharfmacher, Abg. Frei-
herr v. Jeditz, der nicht so plump zu verfahren pflegt wie seine
Gesinnungsgenossen, aber vielleicht gerade deshalb doppelt
und dreifach gefährlich ist. Herr v. Jeditz hat aus den Ver-
lusten seiner Partei gelernt, er tadelt die Regierung
wegen der vielen Fehler, die sie gemacht hat, er tadelt
die konservativ-kerikale Mehrheit wegen ihrer Vegehrlichkeit
und ihrer Steuerbrüderlei, er läßt an der preussischen Verwaltung kein
gutes Haar, um dann, nachdem er so den Schein der Objektivität zu
wahren gesucht hat, eine desto schärfere Attacke gegen die verhasste
Sozialdemokratie zu reiten und vor einer Wahlrechtsreform zu
warnen. Derselbe Faden, wie der Minister, nur ein anderer, eine
feinere Nummer.

Nachdem dann noch der polnische Abg. v. Trompsinski den
selder nur allzu berechtigten Klagen und Beschwerden seiner engeren
Landleute Ausdruck verliehen hatte, wurde die Beratung auf
Donnerstag vertagt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 31. Januar 1912.

Wie in Oberschlesien Wahlen gemacht werden!

Wie in Oberschlesien, wo das Zentrum vorläufig noch
Trumpf ist, bei der Wahl für die Zentrums-kandidaten von
den Kanzeln unter Mißbrauch des Kanzelparagrafen agitiert
wurde, davon heute nur zwei Beispiele.

Ein Pfarrer aus dem Kreise Jabrze ließ die männlichen
Besucher des Gottesdienstes bei dem lieben Gott und der
heiligen Maria durch Handaufheben schwören,
in der Stichwahl zwischen Polen und Sozial-
demokraten nicht für den letzteren zu stimmen.
Zwischenhandelnden wurden Höllestrafen an-
gedroht.

Arm in Arm mit dem Zentrum gehen, wenn es sich um
Unterdrückung der Arbeiter handelt, die Hüttenbarone.
Auf einer großen Grube bei Kattowitz wurde die ganze
Belegschaft einer Schicht ins Brechenhaus geführt, wo sie
sich nach einer Aussprache eines höheren Beamten unter-
schriftlich verpflichten mußten, nur für den
Kandidaten der Hüttenpartei zu stimmen.

So wird es in Oberschlesien gemacht.

Die Verkümpfung des Zentrums!

Die Zeit ist dahin, in der die ultramontanen Demagogen im
rheinisch-westfälischen Industriegebiet die sonatierten katolischen
Arbeiter gegen den „gottlosen“ Industrielleralismus ins Feld
führten. Damals gab es kaum ein schlimmeres Verbrechen wider
die Kirche, als „liberal“ zu wählen. Wer von den „besseren“ und
abhängigen Katholiken in dem Verdaot stand, es politisch mit den
Liberalen zu halten, den betrachtete jeder Kirchengläubige als ein
Kind der Sünde. Die Wahlen wurden von den Ultramontanen
unter der Devise! „Für oder wider die Kirche“ ausgefochten! Und
die Liberalen bekämpften den Ultramontanismus als die schlimmste
nationale und kulturelle Gefahr, als den Todfeind der evangelischen
Kirche! Auf beiden Seiten wurde an Aufregung, Verleumdung und

Auswahlung der konfessionellen Leidenchaften das Menschenmögliche geleistet. Heute führt man nicht mehr davon! Von der Sozialdemokratie bedrängt, gilt den Ultramontanen heute der Industrieliberalismus als ein Schläger der Kirchenmacht, den Liberalen das Zentrum als Säule kapitalistischer Herrschaft! Die feindlichen Kräfte fanden sich im Hag gegen das aufwärtsstrebende Proletariat! Allerdings, der Gefolgschaft der Nationalliberalen fällt der Meinungs- und Empfindungswechsel nach Kommando etwas schwer. Darob ist die ultramontane Presse sehr erobert. Sie konstatiert, daß, wenn die liberalen Wähler der Parole der nationalliberalen Parteileitung so prompt gefolgt wären, wie die Zentrumswähler den Anordnungen ihrer Parteileitung, dann hätte nicht Dortmund, Düsseldorf und Köln von der Sozialdemokratie erobert werden können. Die Köln. Volkszeitung — Nr. 83 — kann jedoch mit Genugtuung feststellen, daß die Nationalliberalen der Schwereindustrie — das sind die verrufensten Scharfmacher — volles Verständnis und durchaus guten Willen für den ultramontanen Liberalen Pakt bekundet haben. In Essen würde es aber auch kaum ein Beamter, besonders Akademiker eingewagt haben, offen für den Sozialdemokraten einzutreten. — Also lobt und preist das Zentrum seine neuen Bundesbrüder vom Zentralischarfmacherverband. Es verlangt nur, daß dieser Liberalismus die rofaroten Brüder — die Jungliberalen — endgültig abschüttelt. So macht das Zentrum Scharfmacher scharf und nennt sich gottesfürchtig: Volkspartei.

### Die Schwere Unruhen.

Ueber die Ursachen des polnischen Stravalls in Schwyz wird der „Germania“ aus dem Wahlkreis Schwyz geschrieben:

„Die ganz rechtswidrige Ungültigkeitserklärung von 700 polnischen Stimmzetteln bestätigt sich. Am Montag fand auf dem Landratsamt die Wahlprüfung der Stimmzettel statt, und dabei stellte sich heraus, daß in einzelnen Wahlbezirken sämtliche auf den Kandidaten der Polen abgegebene Stimmzettel für ungültig erklärt wurden. Zählt man die für ungültig erklärten Stimmen mit, dann wäre der Pole mit einer Mehrheit von 131 Stimmen gewählt. Die gefassten Stimmzettel des polnischen Kandidaten lauteten: „Abgeordneter von Sos. Jaworski, Berlin“. Das hatte der Vorsitzende des polnischen Wahlkomitees Wojnowski in einem besonderen Schreiben dem Wahlkommissar Herrn Gerlich-Bankau noch ausdrücklich mitgeteilt. Am Wahltage ging den einzelnen Wahlvorstehern von Seiten des Landrats von Salem die Weisung zu, polnische Stimmzettel für ungültig zu erklären, auf denen das Wort „Abgeordneter“ stehe, angeblich, weil es keinen Abgeordneten von Jaworski gebe. Nun ist aber Herr von Jaworski Landtagsabgeordneter für den Posener Wahlkreis Pleschen und hat folglich das Recht, sich Abgeordneter zu nennen. Die Mehrheit der Wahlvorsteher hat vernünftigerweise von der Anordnung des Landrates, der zu einem solchen Eingreifen in den Wahlakt nicht berechtigt war, keine Notiz genommen. In einer Anzahl von Orten waren jedoch hat man diese Weisung befolgt, und so ist denn das Unbegreifliche geschehen. Es sind 8047 Stimmzettel als gültig anerkannt, während 720 ganz bis auf das Typsetzchen gleiche Zettel für ungültig erklärt worden sind.“

Da in Schwyz zwölf Verhaftungen vorgenommen wurden und der Oberstaatsanwalt aus Graubünden in Schwyz bereits tätig ist, so wird die Schwere Wahl zunächst wohl eine gerichtliche Beleuchtung erfahren. Wenn wird sich auch der Reichstag mit ihr zu beschäftigen haben; denn nach den Ausführungen der „Germania“ ist in diesem Wahlkreis nicht der amtlich als gewählt proklamierte Landrat, sondern der Pole der Vertreter des 5. Marienwerder Wahlkreises im Reichstage.

### Die Auflösung einer Wahlvereinsversammlung

Betrifft ein Verwaltungsstreit des Parteisekretärs Linde in Königsberg in Preußen gegen den Regierungspräsidenten in Königsberg. Es handelte sich um eine Versammlung, die vom sozialdemokratischen Wahlverein des Kreises Labiau-Wehlau veranstaltet worden war und am 16. Juni 1911 am Vormittag stattfinden sollte. Mit Rücksicht auf die Verordnung des Oberpräsidenten über die äußere Festhaltung der Sonn- und Feiertage, welche vor Beendigung des Hauptgottesdienstes keine öffentlichen Versammlungen zuläßt, konnte das nur eine Mitglieder-Versammlung sein. Nun waren etwa 50 Personen erschienen, wovon 20 keine Mitglieder waren. Es wurde deshalb nicht eher in die Verhandlungen eingetreten, als bis 19 der erschienenen Nichtmitglieder sich als Mitglied dem Verein angeschlossen hatten und der 20. das Lokal verließ. Die Türen wurden dann geschlossen und Parteisekretär Linde begann seinen Vortrag. Die Polizeibeamten, welche jetzt zur Überwachung erschienen und die mit Rücksicht auf den Charakter der Versammlung als einer Mitglieder-Versammlung man nicht zulassen wollte, verhinderten die Weiterleitung, d. h. sie lösten auf. Linde beschwerte sich vergeblich beim Landrat und beim Regierungspräsidenten. Dann klagte er gegen den Regierungspräsidenten beim Oberverwaltungsgericht und machte geltend, daß die Versammlung als eine Mitglieder-Versammlung des Wahlvereins habe gelten müssen, nachdem die Leute, die nach Eintritt in die Tagesordnung anwesend waren, alle dem Verein angehört.

Der Regierungspräsident entgegnete, daß entscheidend sei, daß Nichtmitglieder überhaupt zugelassen wurden. Wenn sie vor Eintritt in die Tagesordnung zum Eintritt veranlaßt wurden, so sei das demgegenüber unerheblich. Im übrigen: Die Einladung zur Versammlung habe auch Nichtmitglieder umfaßt und die Aufnahme neuer Mitglieder habe erst als vierter Punkt, das heißt als letzter Punkt auf der Tagesordnung gestanden. Für die Polizei sei der Wortlaut der Tagesordnung maßgebend gewesen.

Das Oberverwaltungsgericht wies die Klage Lindes mit folgender Begründung ab:

„Uebereinstimmend mit dem Regierungspräsidenten nehme der Senat an, daß es sich bei der obwaltenden Sachlage nicht um eine Mitglieder-Versammlung des Wahlvereins handele, sondern um eine öffentliche Versammlung. Daß es eine politische Versammlung gewesen sei, wäre unstrittig. Somit hätte den zur Überwachung erschienenen Polizeibeamten der Zutritt nicht verwehrt werden dürfen und die Auflösung sei gerechtfertigt.“

### Die russische Reaktion und die Reichstagswahlen in Deutschland.

Der Wahlsieg der deutschen Sozialdemokratie, der bei allen Massenbewußten russischen Proletariern stürmische Freude ausgelöst hat, bereitet den Jarentnechten nicht geringes Kopfzerbrechen. Anfangs versuchte es die reaktionäre Presse mit dem bewährten Mittel der Lüge und der Vertuschung. Die gewaltige Bewegung im Nachbarreiche, der wohldisziplinierte Ansturm der Arbeiterklasse gegen die Feste der Reaktion existierte für sie nicht. Sie hatte wichtigeres zu tun: die Schürung der Reaktion und des Nationalitätenhasses im Inneren, die bestialische Peze gegen die Finnländer, die Juden und die Perfer nahm ihre ganze Kraft in Anspruch. Nun aber, da die Wahlschlacht in Deutschland geschlagen ist und der Sieg der deutschen Sozialdemokratie sich bereits durch eine veränderte politische Konstellation kundgibt, mußte das Schweigen gebrochen werden. Die „Kowojje Wremja“, das führende Organ der russischen Bureaukratie, das während der ganzen Wahlkampagne geschwiegen hat, ergreift nun das Wort zu einer Würdigung der Wahlergebnisse. Geübt in allen Tücken und Schlichen des Staatsreichs, empfiehlt das russische offizielle Blatt der deutschen Reichsregierung, den Reichstag unverzüglich aufzulösen! Der Kuriosität halber sei die Argumentation des Blattes wiedergegeben:

„Die Wahlen in Deutschland — schreibt es — sind sehr hoch... Die Sozialisten, die ihre Kandidaten in allen Wahlkreisen aufstellten, haben ihre Parteifonds sehr erschöpft und

werden schwerlich instande sein, eine zweite Wahlkampagne zu führen. Wie stark die Unzufriedenheit des deutschen Volkes mit der Regierungspolitik auch ist, kommt dennoch nicht so sehr diese Unzufriedenheit in Betracht, als die Art, wie sie ausgenutzt werden soll. Wird der Reichstag unverzüglich aufgelöst, so können die Sozialisten mit einer leeren Kasse schwerlich einen solchen Sieg wie jetzt erringen.“

Das ist aber keineswegs das einzige Argument des russischen Staatsreichsblattes. Es zieht diese Frage auch auf das Gebiet der auswärtigen Politik hinüber. „Die deutsche Reichsregierung — so schreibt es — habe im verflochtenen Sommer das Mandat von 1906 wiederholen und einen patriotischen Rumor inszenieren wollen. Zu diesem Zweck sei ein Kriegsschiff nach Agadir entsandt und der Streit mit Frankreich angezettelt worden. Indessen habe man dieses Unternehmen zu früh eingeleitet und es deshalb vor den Wahlen liquidieren müssen. Kame es nun zu einem Konflikt mit dem Reichstag, so werde die Regierung, um ihre Gegner bei den Wahlen schlagen zu können, zu wirksameren äußeren Aktionen greifen müssen, als das vor den letzten Wahlen der Fall gewesen ist.“ „Darin — so schließt das Blatt — liegt für Europa die Gefahr der soeben abgeschlossenen Parlamentswahlen in Deutschland.“ Diese Kundgebung des russischen offiziellen Blattes dürfte für die deutsche Regierung kaum sehr angenehm sein. Die Konkurrenten im imperialistischen Expansionskampfe pflegen mitunter eine recht feine Nase zu haben. Und was im Busen der einheimischen „Staatsmänner“ noch als frommer Wunsch für die Zukunft schlummert, wird zuweilen von auswärtigen Freunden und Feinden laut in alle Welt hinausgeschrien.

Einen anderen Charakter tragen die Äußerungen des Ministerblattes „Kossija“, das nach der Art der „Norddeutschen Allgemeinen“ die politischen Ereignisse langsamer wiederläutet. Zu einer Würdigung der Gesamtergebnisse der Wahlen hat es sich noch nicht aufgeschwungen und behandelt erst die Ergebnisse der Hauptwahlen. Auch dieses Blatt wartet sehnlichst auf den Anbruch der „unbermeidlichen, gefunden Reaktionsbewegung in Deutschland“. Indessen entbehren seine Ausführungen hinsichtlich der Parteien des schwarzblauen Blocks nicht des Interesses, da sie von einer plötzlichen politischen Erleuchtung des russischen Moniteurs Zeugnis ablegen. Hinsichtlich der Konservativen schreibt das Blatt:

„Wenn man berücksichtigt, daß für die Unzufriedenheit der breiten Schichten des deutschen Volkes mit der Richtung der Wirtschaftspolitik, die in den letzten Jahren vorzugsweise den Wünschen der konservativen Agrarier entspricht, solche ernsten Gründe vorhanden sind, wie die unmäßige Verteuerung der notwendigsten Bedarfsartikel in den letzten Jahren, — so muß man sich noch über die außerordentliche Lebendigkeit der konservativen Parteien wundern, die bei diesen Wahlen etwa ein Sechstel aller Stimmen auf sich vereinigt haben.“

Nach diesem „Kompliment“ an die Adresse der Konservativen wendet sich das russische Regierungsblatt dem Zentrum zu:

„Im Hinblick auf die Gesamtzahl der Katholiken in Deutschland (23 Millionen von insgesamt 65, d. h. über ein Drittel der Bevölkerung) kann die Zentrumspartei, die etwa ein Sechstel aller Stimmen erhalten hat, keineswegs mit ihrem ausschließlichen Einfluß auf die katholische Bevölkerung prunken, denn ungefähr die Hälfte aller katholischen Wähler haben am 12. Januar nicht für das Zentrum gestimmt.“

Fürwahr, die Reaktionsparteien in Deutschland haben nach diesen „Komplimenten“ der befreundeten russischen Reaktion keinen Anlaß, ihr für ihren Väterdienst sonderlich zu danken.

### Der Reichstagswahlkampf in Schwarzburg-Sondershausen.

Wurde von unseren Sognern mit den schärfsten und verwerflichsten Mitteln geführt. Saalabtreibungen waren an der Tagesordnung. Versammlungen unter freiem Himmel wurden aus nichtigen Gründen nicht genehmigt, und Versammlungen, die nicht verhindert werden konnten, wurden von den Gegnern geföhrt. In Niederspieder erschien in der Versammlung, in welcher der Reichstagskandidat Genosse Dr. Rosenfeld sprach, eine große Anzahl Bauern, „Deutschland, Deutschland über alles“ singend und brüllend, um die Versammlung zu stören. Den Höhepunkt aber erreichte das Treiben der Gegner in Abtsbessingen. Dort verweigerte der Gastwirt unserem Genossen Dr. Rosenfeld das Rauchtquartier, obwohl er es ihm vorher zugesagt hatte, als er erfuhr, daß er den sozialdemokratischen Reichstagskandidaten beherbergen sollte. Als man sich an den Bürgermeister wandte und von ihm verlangte, daß er für Obdach sorgen sollte, erklärte er: Der Herr Rosenfeld kann ja im Stall übernachten.

Schließlich fand sich ein Handelsmann namens Erdmann bereit, dem Genossen Rosenfeld ein Rauchtquartier zu geben, und nur hierdurch wurde dieser davor bewahrt, obdachlos zu bleiben. Die Wut der Gegner stieg aufs höchste, als bekannt wurde, daß der Sozialdemokrat doch noch ein Rauchtquartier gefunden hatte. Die Wache hat jetzt den Handelsmann erreicht: Der Kriegerverein hat ihm folgendes Schriftstück zugesandt, das wert ist, in seinem vollen Wortlaut der Nachwelt überliefert zu werden.

Abtsbessingen, den 27. Januar 1912.  
Nach den Sagenen der unter dem Protektorat Sr. Durchlaucht des Fürsten Günther zu Schwarzburg-Sondershausen stehenden Schwarzburger Kriegerkameradschaft Sondershausen und im Einverständnis mit dem Präsidium, dem Bezirksvorsitzenden des Cheleber Bezirks H. Bürgermeister Fleischauer, Hofassessor, beschließt der Vorstand des hies. Kriegervereins nach dem § 7b und § 48 obenerwähnter Sagenen von heutigen Tage und Stunde ab dieser Zustellung die Ausweisung des Handelsmanns Hermann Erdmann hier selbst aus hies. Kriegerverein, da derselbe in offenkundiger Weise die Bestrebungen der Sozialdemokratie unterstützt hat, indem er den aufgestellten Reichstagskandidaten der Sozialen Partei Herrn Reichsanwalt Dr. Rosenfeld-Berlin Rauchtquartier gewährt hat.

Es wird hiermit zugleich bekannt gemacht, daß dem Ausgeschlossenen p. Erdmann binnen einem Monat nach Mitteilung des Beschlusses Verurteilung an das Schiedsgericht zusteht, dessen Entscheidung im Rechtswege nicht anfechtbar ist.

Alfons Feinze, Vorsitzender.  
Fr. Kellermann I, Schriftführer.  
H. Wichenhagen II, Kassierer und Bürgermeister.

### Ultramontane Arbeiterfreundschaft.

Als Beispiel echt sozialdemokratischer Simpelfängerei gibt die „Märk. Volksztg.“ folgende Notiz eines sozialdemokratischen Blattes wieder:

Vermögen werden nicht besteuert. Die Ergänzungssteuer in Preußen ist so gering, daß man sie getrost einen Hohn auf eine Besteuerung der Vermögen nennen kann. Sie beträgt bei einem Vermögen von 100 000 bis 200 000 Mark erst — 125 M. 40 Pf. Aber dafür muß der arme Teufel schon bei 900 Mark Einkommen Steuern zahlen, und die indirekten Steuern — welche Gemeinlichkeit! — treffen den Arbeiter mit denselben, ja infolge der größeren Kinderzahl sogar noch höheren Beträgen wie die Reichen. Und da verlangt die Regierung, daß das Volk für die Aufrechterhaltung, ja Verschärfung solcher Zustände stimme!

Was aber hat die „Märk. Volksztg.“ darauf zu entgegen. Das folgende:

Es wird die Vermögenssteuer abgegeben, aber doch der Einkommensteuer des Vermögensbesizers vollkommen geschwiegen. Hat jemand 100 000 Mark Vermögen, so bezieht er, wenn er wirklich sein ganzes Vermögen zu 4 Prozent anlegen kann, eine Rente von 7000 Mark. Davon muß er aber 224 Mark Einkommensteuer bezahlen. Zusammen mit der Ergänzungssteuer, die ja den Zweck haben soll, das fundierte gegenüber dem Arbeitseinkommen stärker zu belasten, ist dieser Rentner mit 349,40 M. Staatssteuern belastet. Acht Arbeiter, von denen jeder 1000 M. Einkommen hat, haben zusammen 8000 M. Sie haben also die gleiche, ja noch eine höhere Einkommenssumme wie der Rentner. Welche Einkommensteuer oder entrichten sie dem Staate? Diese ist nicht 349,40 M., auch nicht 224 M., sondern 48 M. Der Rentnerbezieher ist also siebenmal so stark belastet, als die 8 Arbeiter mit einem gleich hohen Gesamteinkommen. Diese Tatsache verschweigt die wahrheitsliebende „rote“ Presse ihren gedulden und unfundigen Lesern. Durch die eigenartige Zusammenstellung der „roten“ Blätter wird in ihnen die Meinung erweckt, als ob der Rentner mit 100 000 M. Vermögen nur 125,40 M. Steuer zahlen müsse. (Echt sozialdemokratisch!)

Es ist höchst bezeichnend, daß das Zentrumorgan über die indirekten Steuern, die doch die Hauptbelastung des Arbeitereinkommens ausmachen, sich so völlig ausschweigt. Wir wollen das Versäumte nachholen. Zunächst freilich wollen wir auch die Berechnung der direkten Steuern noch ein wenig ergänzen. Ein Besitzender mit 7600 M. Rente (4 Proz. Verzinsung) zahlt 224 M. Einkommensteuer. Wir wollen dazu auch noch 150 Proz. kommunaler Steuern rechnen, also 336 M. Dadurch würden sich die direkten Steuern auf 560 M. erhöhen. Addieren wir noch die 125,40 M. Ergänzungssteuer hinzu, so kommen 685,40 M. heraus. Bringen wir nun auch noch die indirekten Steuern für eine fünfköpfige Durchschnittsfamilie mit 100 M. in Anschlag, so ergibt sich für den Rentier mit 7600 M. Einkommen eine Gesamtsteuerbelastung von 785,40 M.

Wie steht es nun mit den acht Proletarierrfamilien, die sich in das Einkommen zu teilen haben, das der einzige mittlere Rentier zu verzehren hat? Sie haben schon bei 900 Mark Jahreseinkommen  $8 \times 6 = 48$  M. direkte Staatssteuer zu zahlen. Dazu 72 M. kommunalen Zuschlag = 120 Mark. Da wir die indirekten Steuern pro Familie nur mit 100 M. in Anschlag gebracht haben, wollen wir sie auch für die acht Arbeiterfamilien nur mit je 100 M. in Anrechnung bringen. Die acht Arbeiterfamilien haben also 800 M. an indirekten Steuern und 120 M. an direkten Steuern zu zahlen, zusammen 920 M., pro Familie also 115 M.

Die eine Rentierfamilie behält nach Abzug ihrer Steuern demnach eine Summe von 685,40 M. übrig, für die acht Arbeiterfamilien mit 7200 M. Einkommen verbleibt jedoch nur eine Summe von 6280 M. Das macht pro Kopf der Proletarierrfamilie 157 M. jährlich, auf den Kopf der Rentierfamilie jedoch 1617 M., also mehr als das Zehnfache! Und da findet die „Märk. Volksztg.“, daß die sozialdemokratische Kritik dieses Steuerwesens eine zu scharfe ist? Durch ihre grundverlogene Verschönigungsnotiz konnte die „Märk. Volksztg.“ ihre Kriecherei vor dem Geldsack und ihre brutale Verhöhnung des Proletariers allerdings nicht krasser zum Ausdruck bringen!

### Die feuchtfrohlichen Rednerkurse des Reichsverbandes.

Der Reichsverband, der in vielen Gegenden total abgewirtschaftet und bei den Reichstagswahlen eine ganz elende Niederlage erlitten hat, geht jetzt nach dem Osten, um hier Unterschlupf zu suchen. In Königsberg hat er dieser Tage eine Rednerkurse eingerichtet, und der erste Abend des Kurses ist in der Form einer feucht-frohlichen Kaisergeburtstagsfeier veranstaltet worden. Der reichsverbandlerischen Presse wird mitgeteilt, daß eine überaus zahlreiche Beteiligung aus allen Ständen, Berufen und Schichten der Bevölkerung, besonders auch aus Arbeiterkreisen, zu verzeichnen gewesen sei. Bis nach Mitternacht wären die Erschienenen zusammengewesen, und gemeinsam gesungene patriotische Lieder hätten zur Erhöhung der Feststimmung wesentlich beigetragen. Einen derartigen Apparat muß also der Reichsverband in Szene setzen, um überhaupt eine Veranstaltung zustande zu bringen. Wo es etwas zu trinken und zu singen gibt, da finden sich schließlich auch Gäste ein, fraglich ist nur, ob der Reichsverband dabei auf seine Kosten kommt. Die Festrede hat Landrat A. D. Burggraf zu Dohna, ein Mitglied des Hauptvorstandes des Reichsverbandes, gehalten. Er hat erklärt, er habe noch in voriger Woche an einer Sitzung des Hauptvorstandes in Berlin teilgenommen, und er könne versichern, daß dieser und die Geschäftsleitung sich durch die letzten Wahlerfolge der Sozialdemokratie nicht entmutigen ließen. Man wolle den Kampf unentwegt bis zum endgültigen Siege durchführen, denn die Sozialdemokratie sei und bleibe die Partei des Umsturzes usw. Der Reichsverband vertrete den großen schönen Gedanken der Einigung innerhalb der bürgerlichen Parteien. Der Volksstand habe sich in allen Schichten der Bevölkerung stark gehoben. Reich, Staat, Kommune und Private wetteiferten in sozialer Fürsorge, und trotzdem erlebe man als die Mehrzahl einen starken Verlust an idealen Gütern — weitgehende Gottensfremdung, Wegechlichkeit und vor allem erbitterten Klassenhaß.

Daß der Reichsverband trotz seines Fiascos sein Treiben fortsetzen wird, ist selbstverständlich, sind doch zu viele Personen materiell an dem Kummel interessiert!

### Die staatsbürgerliche Gleichberechtigung in Bayern.

Wieder ist ein Attentat auf die Gleichberechtigung der Staatsbürger in Bayern zu verzeichnen. Diesmal ist es der Bezirksamtmann von Bayreuth, der dem zum Beigeordneten (zweiten Bürgermeister) in Altenplos bei Bayreuth gewählten Genossen Schreiner Johann Hübner die Bestätigung verweigert hat, weil er bei seiner grundsätzlichen Stellung zu der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung eine volle Gewähr für eine den staatsbürgerlichen Vorschriften und den Interessen der Gesamteinwohnerschaft der Gemeinde entsprechende Amtsführung nicht bieten könne. Als Grund für diese Annahme kommt für das Bezirksamt zunächst in Betracht, daß Hübner nicht nur Mitglied der sozialdemokratischen Partei ist, sondern auch das Vertrauensamt eines Sektionsleiters bekleidet, als welcher er statutenmäßig eine den Grundrügen der sozialdemokratischen Partei entsprechende Agitation zu entfalten und sein Amt in steter Fühlung mit dem Gesamtvorstand auszuüben habe.

Das ist aber noch nicht alles. Es kommt noch viel schöner. Genosse Hübner ist nämlich früher einmal Mitglied des Soldaten- und Veteranenvereins Altenplos gewesen, dessen erster Zweck die „Erstarkung des monarchischen Prinzip, der Liebe und Treue zu Kaiser, König und Vaterland ist“; als er aber klüger wurde, trat er aus dem Verein aus, ein Schritt, der für das Bezirksamt bei seiner Entscheidung besonders ins Gewicht gefallen zu sein scheint, denn es äußert sich in der Begründung folgendermaßen: „Sie haben auch zum amtlichen Protokoll erklärt, daß ein überzeugter Anhänger der Sozialdemokratie überhaupt nicht Mitglied eines derartigen Vereins sein könne und daß, als Sie seinerzeit vor die Frage gestellt wurden, ob Sie die Bestrebungen des

Soldaten- und Veteranenvereins Alteplos oder die Bestrebungen der Sozialdemokratie höher einzuwerten haben, gemäß Ihren Anschauungen Ihre Entscheidung zugunsten der sozialdemokratischen Sache ausfallen lassen. In Anbetracht dieser Umstände kann das lgl. Bezirksamt die Ueberzeugung nicht gewinnen, daß die Umstände und gewiß in jeder Lage die Pflichten des Amtes über die Anforderungen zu stellen, die sich für Sie aus den Verhältnissen zu Ihrer Partei ergeben usw."

Auch gegen diesen Gewaltakt wird Beschwerde durch alle Instanzen geführt werden; der neue Landtag wird sich hoffentlich diese Polizeimeasures einmal ordentlich vornehmen.

### Die Sache der Lübecker Liberalen.

Im Wahlkreis Lübeck sind die Liberalen bei der diesjährigen Reichstagswahl glänzend in den Sand gesetzt worden, obwohl sie sich der schiefsten Kampfweise gegenüber der Sozialdemokratie bedienten. In der grenzenlosen Wut über diese verdiente Niederlage wird jetzt von ihnen öffentlich gefordert, die Geschäftsleute, die bisher in unserem Parteiorgan inserierten, sollten den „Lübecker Volkshoten“ hontottieren und diejenigen Leute, die am Lübecker Gewerkschaftsbund Gelder hatten, ihre Hypotheken kündigen. Auf solche Weise hoffte man, die Sozialdemokratie schädigen zu können. Natürlich war der ganze Machtwort nur ein Schlag ins Wasser, denn kein Geschäftsmann resp. Geldgeber kümmert sich darum. Er beweist aber, mit wie vertwerflichen Mitteln die Liberalen ihre Gegner bekämpfen. Ganz besonders ärgert es sie aber, daß auch zahlreiche Beamte sozialdemokratisch gewählt haben. Ein pensionierter Oberpostsekretär, von dem die Liberalen herausgeschmiffelt hatten, daß er sozialdemokratisch gewählt hatte, wurde mit ausdrücklicher Zustimmung des durchgefallenen liberalen Reichstagskandidaten deswegen öffentlich in der Zeitung beschimpft. Es sind doch wahre Kerle, diese hanseatischen Liberalen!

### Noch ein Wahlprotest.

Gegen die Wahl des Konfessionen Dr. Dertel ist von der Fortschrittlichen Volkspartei ein Protest beschloffen worden. Dr. Dertel hat eine Mehrheit von nur 888 Stimmen.

### Frankreich.

#### Keine Amnestie.

Paris, 29. Januar. (Fig. Ber.) Herr Poincaré bleibt dabei: er will keine Amnestie. Heute hat er einer Abordnung der sozialistischen Fraktion wiederum erklärt, er sei bereit, „interessante“ Fälle mit Wohlwollen zu prüfen und „Gnade“ zu üben, aber eine allgemeine Amnestie für Freigewählten lehne er ab und werde sie gegebenenfalls in der Kammer bekämpfen. — Für die gemäßigten Presse aber ist dies eine wahre Regierung der nationalen „Beruhigung“.

### Italien.

#### Vor der Parlamentsöffnung.

Rom, 29. Januar. (Fig. Ber.)

Die Kammereröffnung wird jetzt offiziell für den 20. Februar in Aussicht gestellt, nachdem nicht nur die Sozialisten und Republikaner, sondern sogar einige Merkale angefangen haben, gegen die Diktator Stellung zu nehmen. Am 2. Februar ist die sozialistische Parlamentsfraktion in Bologna einberufen und wird sich bei dieser Gelegenheit über ihr Votum schlüssig werden. Als Fraktionsredner dürfte man den Genossen Turati bezeichnen, der sich durch seine heftige Gegnerhaft gegen die tripolitaniische Expedition hervorgetan hat. Nachdem die Kammer dann das Dekret der Annektierung Tripolitaniens und der Cyrenaika zum Gesetz erhoben hat, was natürlich mit großer Mehrheit geschehen wird, soll dann sofort die Diskussion über das Regierungsmonopol der Lebensversicherung beginnen. Die interessierten Kreise arbeiten mit Macht, um Unterschriften für eine Petition zu sammeln, die sich gegen das Monopol ausspricht. Bei dieser Sammlung geht es dem Genossen „Lavoro“ zufolge nicht allzu ehrlich zu. Die mit dem Sammeln der Unterschriften betrauten Personen bekommen für jede Unterschrift 50 und 100, und es ist nicht zu verwundern, daß auf diese Weise eine Anzahl Unterschriften aufgetrieben wird. Wenn die Leute auch nicht verstehen, um was es sich handelt, so werden sie doch je nach ihrer Stellung durch Reden für oder gegen den Krieg zum Unterzeichnen gewonnen. Die Versicherungsgesellschaften wehren sich eben mit allen Mitteln um die Aufrechterhaltung ihres Profits. Es ist leicht einzusehen, daß unter den heutigen Umständen Giolitti keineswegs daran denkt, die Existenz seines Kabinetts von der Annahme des Monopols abhängig zu machen. Heute muß alles den Bedürfnissen des Krieges untergeordnet werden. Man darf neuerdings sein, wie sich die parlamentarische Situation bei der Einführung der Wahlrechtsvorlage gestalten wird.

### Belgien.

#### Tropenkoller in der Kammer.

Brüssel, 28. Januar. (Fig. Ber.)

Wanderbelde, immer noch der Wacht der Missetaten im Kongo hat in seiner letzten Auslese anlässlich einer Interpellation in der Kammer auch eines gewissen Unterleutnants namens de l'Epine Erwähnung getan, der bei Gelegenheit einer polizeilichen Operation gegen die Hauptlinge im Stanleyvieregiet in belgischen Kongo sechs wehrlose Gefangene mit seinem Revolver niedergeschossen hat. Wanderbelde stützte sich bei der Darlegung des Sachverhalts — wie bei allen Anklagen übrigens — auf offizielle Dokumente, in diesem Fall auf den Bericht des Staatsprokurators Detry, in dem auch die Worte wiedergegeben sind, mit denen der Unterleutnant seine Sprechensstat begleitete: sie (die Gefangenen) haben einen Soldaten getötet, einen verwundet, der ihnen nichts tat. Ich werde die Opfer rächen! Und so geschahs.

Wanderbelde erzählte, immer noch dem Bericht des staatlichen Funktionärs, daß man in der Unterdrückung der Affäre so weit gegangen ist, den schwarzen Soldaten, der den Fall angezeigt hatte, mit acht Tagen zu bestrafen. Ebenso wurden zwei Soldaten bestraft, weil sie gegen den Unterleutnant aussagten.

Dieser selbe Herr Unterleutnant und Baron dazu begab sich letzten Donnerstag in die belgische Kammer, läuterte dem Genossen Wanderbelde im Sprechsaal auf und verurteilte seine durch die Kritik des sozialistischen Deputierten — nicht etwa durch seine Schandtat — besamunte Ehre durch einen tätlichen Angriff zu rächen. Er benutzte diesmal ein Zeitungsblatt — das mit der Rede Wanderbeldes — zu dem Rohesweg und keinen Revolver, wie in Stanleyville, wohl mit Rücksicht auf die immerhin etwas zivilisierteren Verhältnisse des Mutterlandes...

Ein steriles Blatt, der „Patriote“ gibt auf Grund von Einzelaussagen aus dem Kolonialministerium einige Aufschlüsse über die psychische und — Gehirnschaffenheit des Herrn Baron l'Epine. Danach ist der Mann im Kongo von drei Kerzen untersucht worden, die erklärt haben, daß er den sechsfachen

Soldatenmord im „Zustande der nervösen Ueberreiztheit“ begangen, sodas — „sodas“ ist sehr häßlich — er für seine Tat nicht verantwortlich gemacht werden könne. Die Herren Kerzen im Kongo folgerten nicht auf Wahnsinn, „das wäre übertrieben!“ wie die Erlundigung aus dem Departement besagt, sondern nur auf Unzurechnungsfähigkeit während einer „bestimmten Periode.“ Was aus der Kongolesischen Medizinische in die allgemeinerverständliche heißt: daß sich der Herr Baron nur während seiner Revolverübungen auf wehrlose Regier im „Zustande der Unverantwortlichkeit“ befindet. — Jedenfalls geht der „zeitweise“ unverantwortliche Herr Baron frei in Belgien herum (für die Herren im Kolonialministerium ist er so harmlos oder so „erledigt“, daß es von seiner Anwesenheit in Belgien gar nichts wachte) und so konnte es geschehen, daß er in die Kammer drang, mit der Absicht, den wärmsten Verteidiger mifshandelter Eingeborener zu „zückigen“. Wanderbelde hat ihn übrigens mit einer kräftigen Armbewegung abgewehrt und da der Genosse nicht die Absicht hat, den „nervös Ueberreizten“ vor die Pistole zu fordern, hat der Schritt für die Reinigung der Ehre des Barons nur den einen Effekt, daß sich das Gericht mit der Angelegenheit beschäftigt. Wanderbelde tritt übrigens in der Sache nur als Zeuge auf, da er nicht selbst Klage führt, vielmehr das Gericht die Initiative übernommen hat.

In der Kammer hat der Präsident sowohl wie der Justizminister im Namen des Parlaments den Akt des Herrn Barons, der die parlamentarische Immunität und die Freiheit der Tribüne verleihe, schwer getadelt. Bleibt nun zu erwarten, welchen Spruch das Gericht fällen wird.

### Persien.

#### Armenierverfolgungen in Sicht.

Die armenischen Deputierten in Konstantinopel erhielten aus Tabriz folgendes Telegramm:

„Die letzten Ereignisse haben die Lage der Armenier sehr kritisch gestaltet, obwohl diese keinen Anteil an dem Widerstand gegen die Russen nahmen. Es mehren sich die Fälle der Prohibition, die das Leben der ganzen armenischen Bevölkerung in Gefahr setzen. So hat der Dragoman des russischen Konsulats Babajeff aus seinem Hause im armenischen Viertel auf das russische Konsulat geschossen. Er wurde aber gesehen und mußte infolgedessen verhaftet werden. Indessen, 24 Stunden später wurde er wieder freigelassen und befindet sich jetzt wieder in seinem Amte, als wenn nichts geschehen wäre. Der russische Konsul droht, ein Blutbad zu errichten, wenn jemand aus der russischen Garnison von Armeniern getötet oder verwundet werden sollte. Zugleich gibt er armenische „Drohbriefe“ bekannt, die offenbar gefälscht sind.“

Seit mehreren Monaten wird von unterrichteter Seite darauf aufmerksam gemacht, daß die Russen einen Massenmord der Armenier in Persien vorbereiten, denen sie den mutigen Kampf für die Freiheit, den das Häuflein armenischer Revolutionäre führte, nicht vergessen können. Der blutige Augenblick naht, und Europa, das dessen mühsamer Zuschauer bleibt, wird auch der Mitschuldige dieses furchtbaren Verbrechens sein.

### Aus der Partei.

4000 neue Abonnenten hat der Wahlkampf in Eberfeld-Warmen unserem dortigen Parteiorgan, der „Freien Presse“ gebracht. Seit dem Tage nach Weihnachten bis zum Tage nach der Stichwahl wurde die „Freie Presse“ in Eberfeld-Warmen in doppelter Auflage verbreitet. Annähernd 2000 neue Leser traten während des Wahlkampfes hinzu und eine am Sonntag in beiden Wapperrädern stattgehabte Hausagitation zeltigte ein gleiches Resultat. Mehr neue Stadtratsmandate, ein Reichstagsmandat und viertausend neue Leser der Arbeiterpresse geben Zeugnis von der Schlagfertigkeit unserer Organisation.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### Ein Opfer des Militarismus und der sächsischen Justiz

wurde der verantwortliche Redakteur der „Chemnitzer Volksstimme“, Genosse Hermann Müller. Er war vom Chemnitzer Schöffengericht am 1. Dezember 1911 wegen Verleumdung des Chefs des 104. Infanterieregiments zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Eine Notiz in Nr. 24 der „Volksstimme“, überschrieben „Bürgerfreunden und Arbeiterblut“ hatte dem Kriegsministerium Veranlassung gegeben, Strafentwurf gegen Genossen Müller zu stellen. In der Notiz war darauf hingewiesen worden, daß am 2. September gelegentlich der Anwesenheit des Königs von Sachsen in Chemnitz wegen befürchteter Unruhen durch die damals ausgesperrten 8000 Metallarbeiter die 11. Kompagnie des 104. Infanterieregiments konzentriert gewesen sei. In der Notiz wurde davon geredet, daß der Militarismus mordbereit auf Arbeiterblut gelauert habe, während sich die Reichen hochpatriotisch den Bauch füllten. Obwohl in der Notiz nur vom Militarismus die Rede gewesen, seine Person genannt und nur eine Einrichtung der heutigen Gesellschaftsordnung scharf kritisiert worden war, hatte das Schöffengericht die Ueberzeugung gewonnen, daß der Befehlshaber des genannten Regiments vom dem Artikelsschreiber gemeint und nur aus Vorsicht der beschwommene Begriff Militarismus gewählt wurde. Die Gefängnisstrafe war auch damit begründet worden, daß bekannt sei, daß sozialdemokratische Redakteure Geldstrafen nicht aus eigenen Mitteln zu bezahlen brauchten und deshalb von solcher nicht getroffen würden.

Gegen dieses Urteil hatte Genosse Müller Berufung eingelegt. Aber auch die fünf Richter-Kammer des Chemnitzer Landgerichts schloß sich der Beurteilung des Falles durch die Vorinstanz an und erkannte auf Verurteilung des Rechtsmittels, so daß das Urteil vollstreckt werden wird. In der Begründung wurde ausgesprochen, daß die Offiziere der 11. Kompagnie durch die Notiz beleidigt worden seien, daß die Notiz aufreizend zum Zweck der Aufhebung geschrieben sei und deshalb von einem Schutze des § 193 objektiv und subjektiv keine Rede sein könne.

#### Ein preussischer Landrat terrorisiert nicht.

Am Montag besetzten zwei Preßhändler die Anklagebank des Bremer Schöffengerichts, der Genosse Holzmeier als Verantwortlicher der „Bremer Bürger-Zeitung“ und der Maschinenarbeiter Franz Höpfer aus Hemelingen. Beide wurden der Verleumdung des Landrats des Kreises Eyle (Provinz Hannover) beschuldigt. Höpfer hatte im Juni v. J. in der „Bremer Bürger-Zeitung“ einen Artikel veröffentlicht, der mit seinem vollen Namen unterzeichnet war und in dem er behauptete, daß der Landrat des Kreises Eyle den Gewerkschaften systematisch die Lünge zu den Gewerkschaftsfesten verbiete und daß er dem Wirt Worme in Eyle Daumschrauben aufsetze, als dieser den Sozialdemokraten sein Lokal zur Abhaltung eines Sommerfestes zur Verfügung stellen wollte. Ferner wurde Höpfer beschuldigt, am 19. Juni in Eyle zur Verbreitung eines Aufrufs beigetragen zu haben, in dem gesagt wurde, daß sich die Saalinhöher in Eyle willig vor den Mitgliedern des Landrats beugen. Auch von der Willkür des Landrats war die Rede. Der Herr Landrat war sich aber keines Mißbrauchs seiner Amtsgewalt bewußt. Er hatte ja „nur“ die Mitteilung in der „Bremer Bürger-Zeitung“, wonach das Lokal von Barnke für die Sozialdemokratie freigegeben war, „zur Kenntnisnahme“ an den Vorsitzenden des Arbeitervereins in Eyle weitergegeben. Aber nicht etwa aus politischen Gründen, bewahre, lediglich zu dem Zwecke, damit die Feste des Arbeitervereins und des sozialdemokratischen Vereins nicht am selben Tage stattfinden sollten. Das weitere veranlaßte der Vorsitzende des Arbeitervereins. Er ging zum Eigentümer des Gasthofs, den der Wirt Barnke gepachtet hatte und machte

es ihm plausibel, was es zu bedeuten haben würde, wenn in Zukunft Sozialdemokraten in dem Lokal verkehrten, wo bisher nur Veranstaltungen des Arbeitervereins und Militärkonzerte abgehalten wurden. Der Eigentümer des Gasthofs hat Barnke dann so lange zugehört, bis er sich entschlossen hatte, in der „Bremer Bürger-Zeitung“ zu erklären, daß er sein Lokal für sozialdemokratische Veranstaltungen nicht freigebe. War das etwa die Folge eines landräthlichen Terrorismus? Der Verteidiger bejahte es. Das sei gerade das, so meinte er, was nicht nur bei der Sozialdemokratie, sondern bis weit in nationalliberale Kreise hinein über die Behandlung durch preussische Landräte beklagt werde. Ein Landrat werde niemals direkt eingreifen, er werde vielmehr auf seine diplomatische Weise versuchen, die Ausbreitung und die Agitation der linksstehenden Parteien zu verhindern. Das Gericht kam in allen Fällen zu der Ansicht, daß der Wahrheitsbeweis nicht erbracht sei. Das Urteil lautete gegen Höpfer auf 20 M. Geldstrafe, gegen Holzmeier unter Hinweis auf § 21 Abs. 2 des Preßgesetzes auf Freisprechung.

#### Und wieder die Breslauer Justiz.

Am Dienstag fällt die 1. Strafkammer des Breslauer Landgerichts gegen den Verantwortlichen der „Volksmacht“, Genossen Reinhold Datz, ein Urteil, das allgemein Kopfstütteln erregen muß. Bekanntlich führt die Polizei seit etwa 8 Monaten einen heißen Kampf gegen die roten Kränzschleifen bei Verordnungen von Sozialdemokraten. Wiederholt kam es deshalb zu Störungen bei Leichenbegängnissen, weil die Polizei entweder die Kränztäger zwang, mit den Kränzen in Wagen Platz zu nehmen oder aber kurzerhand die Schleifen abzunehmen. In den roten Kränzschleifen sieht die Polizei ein außergewöhnliches Begräbnis, zu dem nach dem Reichvereinsgesetz die Genehmigung einzuholen ist.

So auch am 19. Oktober v. J. bei der Beerdigung der 70jährigen Genossin Ida Kaiser. Kaum hatten die Kränztägerinnen vor dem Leichenwagen Platz genommen, als auch schon ein Polizeikommissar mit mehreren Schutzleuten und Kriminalbeamten erschien, und die Entfernung der roten Kränzschleifen forderte. Die Kränztägerinnen weigerten sich, nahmen aber in zwei Wagen Platz und fuhren dem Trauerzuge voran, begleitet von Polizisten, die streng darauf achteten, daß die staatsgefährliche rote Farbe nicht zum Vorschein kam. Das Verhalten der Polizei erregte natürlich bei den Leidtragenden als auch bei den zahlreichen Zuschauern gerechte Empörung, die sich in kräftigen „Pfui!-Rufen Luft machte.“

Die Breslauer „Volksmacht“ brachte über diesen empörenden Vorgang einen Bericht, in dem das Verhalten der Polizei kritisiert und diese als Störerin des Leichenbegängnisses bezeichnet wurde. Die „Volksmacht“ hatte berechtigten Grund, von einer Störung des Leichenbegängnisses durch die Polizei zu sprechen, als wenige Tage vorher einige Genossen von der Anklage, durch das Tragen von Kränzen mit roten Schleifen ein außergewöhnliches Leichenbegängnis veranstaltet zu haben, freigesprochen wurden.

Trotzdem fühlte sich der Breslauer Polizeipräsident v. Oppen durch den Artikel beleidigt und stellte im Namen seiner Untergebenen Strafentwurf. Die Verhandlung, die vom Landgerichtsrat Rundry geleitet wurde, war reich an dramatischen Zwischenfällen. Dem einen Zeugen wurde eine Ordnungsstrafe angedroht, weil er das Verhalten der Polizei als „störend“ bezeichnete. Einem anderen Zeugen, dem Prediger Tschirn, Vorstehenden des Deutschen Freidenkerbundes, wurde eine Behandlung zuteil, wie sie sonst bei gebildeten Leuten vor Gericht nicht üblich ist. Als Herr Tschirn sagte, nach seinem Empfinden war das Vorgehen der Polizei geeignet, die Menge zu erregen, fiel ihm der Vorsitzende ins Wort: „Das sind Ihre Ansichten, und die interessieren das Gericht nicht. Ueber die Polizei waren Sie erregt! Daß die roten Kränzschleifen dort waren, hat Sie nicht aufgeregt; aber daß die Polizei pflichtgemäß einschritt, das hat Sie erregt!“

So und in ähnlicher Weise wurden die übrigen Entlastungszeugen behandelt. Die Zuschauer beim Leichenbegängnis wurden vom Vorsitzenden als arbeitsscheu und als Janhagel bezeichnet.

Daß nach dieser Art von Verhandlung der Antrag des Staatsanwalts nicht gering sein konnte, war jedem klar, aber dennoch waren alle sprachlos vor Entsetzen, als 8 Monate Gefängnis und sofortige Verhaftung beantragt wurden. Selbstverständlich war das Verhalten der Polizei korrekt, und der Artikel sei nur geschrieben worden, um die Leser gegen die Polizei aufzuheben.

Genosse Datz ging in seinem Schlusswort den Ausführungen des Staatsanwalts scharf zu Leibe. Wir wollen nichts weiter, als gleiches Recht für alle. Wer stiehlt, Urkunden fälscht, Meineide schwört und wer Staatsbürgerrechte vertritt, wird eingesperrt. Für alles hat der Staatsanwalt nur eine Medizin, nämlich Gefängnis. Für die Sozialdemokratie hilft die Medizin nicht, das haben die letzten Wochen bewiesen. Wir lassen nicht locker, bis wir die Gleichberechtigung erkämpft haben. Der Vorsitzende unterbricht: Politik und Wahlen gehen uns nichts an. Genosse Datz fortsetzend: Es handelt sich aber hier doch um Politik, denn die Polizei schreitet doch nur gegen unsere Verordnungen ein, weil wir Sozialdemokraten sind. In Breslau bleiben Morde ungeahndet, die Unsicherheit in den Straßen nimmt zu. Das ist kein Wunder, wenn vor jedem Hause ein Schutzmännchen steht, um aufzuspähen nach roten Kränzschleifen.

Nach kurzer Beratung verurteilt das Gericht: Drei Monate Gefängnis. Von Verhaftung wegen Fluchtverdacht wird abgesehen.

Ueber die Art der Verhandlungsführung durch den Vorsitzenden, Landgerichtsrat Rundry, der gelegentlich einer früheren Verhandlung gegen einen „Volksmacht“-Redakteur Offiziere und Beamte, die bei der „Volksmacht“ Schutz suchten, als „heftige Schweinehunde“ bezeichnete, und der auch bei dem diesmaligen Prozeß seine Voreingenommenheit gegen Angehörige der Arbeiterklasse dadurch dokumentierte, daß er diese als „Janhagel“ und „arbeitsscheu“ bezeichnete, wird an anderer Stelle ein sehr ernstes Wort zu reden sein. Schon einmal war die Geschäftsführung dieses Herrn Gegenstand der Erörterung im Reichstag und schon einmal ist dieser Herr wegen Befangenheit von Redakteuren der „Volksmacht“ abgelehnt worden.

### Aus Industrie und Handel.

#### Das Steigen der Petroleumpreise.

Seit einigen Monaten stehen die Petroleumpreise im Zeichen der Aufwärtsbewegung. Das ist eine Folge der Verständigung unter den konkurrierenden Firmen. Der seit mehreren Jahren tobende Kampf um die Herrschaft auf den umstrittenen Märkten hielt die Preise auf einem relativ niedrigen Niveau. Das soll nun anscheinend anders werden; die Petroleumgesellschaften schiden sich an, die Kosten ihrer Kriegsführung, und noch einiges mehr, von den Konsumenten wieder einzuziehen. Schon nach dem Durchschnitt für das ganze Jahr 1911 besonders aber an dem Preise im Dezember läßt sich die Preissteigerung konstatieren. Es kostete nämlich ein Doppelzentner mit 20 Proz. Tara, amerikanische Standard White, Berlin, im März:

Jahr	1909	1910	1911
Monat Dezember	21,98	20,02	22,54
	21,80	22,40	24,10

Im Januar sind die Preise in Rew York wiederholt, insgesamt um ca. 10 Proz. erhöht worden. Da sich die Steigerung nach hier überträgt, ist für die nächste Zeit mit einem Preise von ca. 26 M. zu rechnen. In Hamburg war Ende der vorigen Woche der Preis bereits um 1,80 M. höher als im Dezember v. J. Da sich unsere Einfuhr von Petroleum auf ca. 9 1/2 Millionen Doppelzentner pro Jahr beläuft, bedeutet die Verteuerung eine ganz erhebliche Mehrbelastung für den Konsum.

# Gewerkschaftliches.

## Der Generalstreik in Portugal.

Ueber die Lage in Portugal, speziell in Lissabon, laufen die verworrensten Nachrichten ein. Kein Wunder! Die Regierung der bürgerlichen Republik läßt dieselbe Taktik, die von monarchischen Regierungen ebenfalls immer als die richtige angesehen wird. Man versucht, durch Depeschenzensur und Verbreitung falscher Nachrichten die Öffentlichkeit über die wahre Lage zu täuschen und täuscht sich schließlich selbst.

Lattächlich wird folgendes gemeldet:

Lissabon, 31. Januar 1912. Der Ministerrat trat gestern abend noch einmal zu einer längeren Sitzung zusammen, in der über die gegenwärtige schwierige Lage in Portugal beraten wurde. Es wurde der Beschluß gefaßt, über Lissabon den Belagerungszustand zu verhängen.

Demgemäß wurden am Abend an den Häusern und Straßenecken Bekanntmachungen der Regierung angebracht, die den Belagerungszustand bekanntgeben und die Bevölkerung auffordern, die Ruhe zu bewahren und ihrer gewohnten Arbeit nachzugehen. Bald hatten sich um diese Regierungsverlässe große Menschenmengen versammelt, die eifrig die Plakate studierten und über die jetzige Lage in Portugal debattierten. Die Polizei hatte wieder einen umfangreichen Sicherheitsdienst vorgeordnet. Wo die Bevölkerung in zu dichten Massen vor den Regierungserlassen sich zusammengetan hatte, wurde sie von Polizisten, die von Militärpatrouillen in jeder Richtung unterstützt werden, auseinandergetrieben! Die Hauptquartiere der in Lissabon zusammengezogenen Truppen befinden sich auf dem Rocio- und Commerceplatz. Auch an den Straßenecken sind kleine Militärabteilungen stationiert, denen die Überwachung der in ihrem Bezirk liegenden einzelnen Straßen obliegt. Die Gebäude der Ministerien, sowie die anderen öffentlichen Gebäude und auch Häuser zahlreicher hoher Staatsbeamten sind von starken Kavallerie- und Infanterieabteilungen besetzt. Die meisten Läden hatten schon am frühen Nachmittag ihre Pforten wieder geschlossen. Im Innern der Stadt herrscht vollständige Ruhe, da durch starke Militärpatrouillen das Innere der Stadt vollständig isoliert ist.

Lissabon, 31. Januar 1912. Gestern abend versuchten große Mengen streikender Arbeiter durch die Straßen der portugiesischen Hauptstadt einen Demonstrationenzug zu veranstalten. Die Polizei trieb jedoch die Menge auseinander und verhaftete ihre Anführer. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß alle Verhafteten Anarchisten (?) sind. Mehrere Briefträger, die sich dem Streik bereits angeschlossen hatten, versuchten gestern ihre Kollegen ebenfalls zum Ausstand zu bewegen. Sie wurden jedoch in Haft genommen und an Bord der im Hafen liegenden Kriegsschiffe gebracht, wo sie ihrer Aburteilung vor einem Kriegsgericht entgegensehen. Die Behörden haben alle Gebäude in der Nähe des Hafens des Arbeiterfundates schließen lassen. Die Gas- und Elektrizitätswerke stehen unter dem Schutze starker militärischer Besetzungen. Die Zeitungen konnten auch gestern abend und heute früh nicht erscheinen. Die Drucker der National- und Privatdruckerei haben sich dem Streik angeschlossen und auch die Drucker der Privatdruckereien haben gestern abend in einer Versammlung den Beschluß gefaßt, ebenfalls in den Ausstand zu treten. Auf dem Gebäude des Direktoriums der elektrischen Straßenbahn ist die englische Flagge gehißt.

Die Zahl der vorgenommenen Verhaftungen wird verschieden angegeben. Während es in einer Depesche heißt: „Einhundertfünfzehn Personen sind festgenommen und an Bord des Kreuzers „Adamastor“ gebracht worden.“ gibt ein anderes Telegramm die Zahl der Verhaftungen in der Nähe des Arbeiterfundates rund und nett auf tausend an. Auf welches Recht sich diese Verhaftungen stützen, darüber berichtet man sich anscheinend nicht den Kopf.

In einem Telegramm wird berichtet: „Der Administrator der Provinz Alentejo, de Moita, ist durch Diebstahl getötet worden.“ Kein Wort darüber von wem und aus welchen Ursachen, so daß man nicht einmal weiß, ob dieser Vorfall mit den Streikvorkommnissen irgendwelchen Zusammenhang hat.

Man kann daran zweifeln, wenn man sieht, wie offiziös — ganz a la Roabit — na, sagen wir, gefabelt wird.

Eine Depesche meldet:

Lissabon, 31. Januar. Als gestern nachmittags die Wagen der elektrischen Straßenbahn ihre Depots verlassen wollten, wurde eine Bombe gegen einen Wagen geschleudert, der vollständig zertrümmert wurde. Ein Kavallerieoffizier versuchte den Attentäter festzunehmen, der aber die Flucht ergriff. Der Offizier setzte ihm nach, und als er sich ihm bereits beträchtlich genähert hatte, wendete sich der Attentäter plötzlich um und warf eine zweite Bombe auf den Offizier und verfiel unter der Volkmenge.

Man muß zunächst erstaunt sein, zu erfahren, daß eine Bombe, die einen Straßenbahnwagen zu zertrümmern vermochte, dem Attentäter selbst keinen Schaden zufügte. Weiter wird man das Schweigen des Telegraphen bedauern, der uns nichts über das Schicksal des von der Bombe getroffenen Offiziers berichtet. — In einem anderen Telegramm heißt es aber glücklicherweise:

„Auf dem Rocioplatz und in der Vorstadt Alantara wurden Bomben auf Kavallerie- und Genbarmerieabteilungen geworfen. Diese zerstörten die Menge mit blanker Waffe.“

Danach sind anscheinend die Soldaten in Portugal widerstandsfähiger gegen „Bomben“-Würfe als die Straßenbahnwagen.

Schließlich hört uns aber eine dritte Mitteilung über den Charakter der Bomben auf. Das französische Blatt „Matin“ berichtet nämlich aus Lissabon:

„Anallbomben wurden an verschiedenen Punkten der Stadt zur Explosion gebracht. Eine der Bomben geriet unter die Fufe der Kavalleriepatrouille, ohne jedoch Anheil anzurichten.“

Also um Anallbomben handelt es sich, um Feuerwerkskörper, wie sie von Bubenhänden seinerzeit in Moabit durch Auslegen auf die Straßenbahnschienen zur Explosion gebracht wurden! Das sind die „Gewalttätigkeiten“ der „Anführer“! Hoffentlich steht auch der von ihnen angeblich ermordete Unterpräfekt wieder von den Toten auf.

Die Gewalttätigkeiten und Ungefehllichkeiten der portugiesischen Bourgeoisregierung sind leider nicht aus der Welt zu schaffen!

## Berlin und Umgegend.

Achtung, Wähler! Die Differenz wegen des Wähler-Tarifvertrages zwischen dem Essigsäurefabrikanten W. Timmer, Wächtingstraße 6, und dem Wählerverband ist durch Verhandlung zu beiderseitiger Zufriedenheit erledigt. Der Arbeitsnachweis für Wähler ist anerkannt, die Arbeitszeit ist geregelt. Infolgedessen ist die Sperre über die Essigsäurefabrik für die Wähler aufgehoben.

Zentralverband der Wähler, Weinfüßer und Hüßarbeiter. J. A. L. Klapphals.

## Deutsches Reich.

Der Streik der Fleischergesellen in der ersten Stettiner Fleischwarenfabrik, Inhaber Emil Krüger, hat mit einem vollen Erfolg der Geßlisen geendet. Es kam zu einem Tarifabstufung zwischen der Firma und dem Zentralverband der Fleischergesellen. Erreicht wurde außer der zehnstündigen Arbeitszeit eine sofortige Lohnzulage von 2 M.

Verantw. Redakteur: Albert Wachs, Berlin, Inzeratenteil veranlagt.

pro Woche für familiäre 25 Geselle. Ferner soll nach Möglichkeit der Arbeitsnachweis des Verbandes benutzt werden. Die Fleischergewerkschaft kann mit diesem Erfolg zufrieden sein.

## Kämpfe und Erfolge des Lederarbeiterverbandes im Jahre 1911.

Im Jahre 1911 hatte der Lederarbeiterverband insgesamt 86 Streiks, Aussperrungen und Lohnbewegungen zu führen, die sich auf 232 Betriebe mit 6320 Beschäftigten verteilten. Von den 6320 Beschäftigten waren 4404 Personen an den Bewegungen beteiligt. Bei 79 Bewegungen in 225 Betrieben mit 4373 beteiligten Personen handelte es sich um Forderungen der Lederarbeiter an die Unternehmer, und bei 7 Bewegungen in 7 Betrieben mit 131 beteiligten Personen handelte es sich um die Abwehr von Verschlechterungen der bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen. Von den 86 Bewegungen mit 4404 beteiligten Personen waren 15 Angriffstreiks mit 1344 Beteiligten, 5 waren Abwehrstreiks mit 118 Beteiligten, 5 Aussperrungen mit 907 Beteiligten, 59 Bewegungen ohne Arbeitseinstellung zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen mit 2022 Beteiligten und 2 Bewegungen ohne Arbeitseinstellung zur Abwehr einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen mit 13 Beteiligten. Die Streiks und Aussperrungen erforderten von der Hauptkasse eine Ausgabe von 205 307 M., außerdem wurden noch 12 188 M. aus den Lokalkassen der Streikfreier dafür ausgegeben, so daß die Gesamtausgabe 217 495 M. betrug. Von den 15 Angriffstreiks waren 13 Streiks mit 878 Beteiligten erfolgreich und 2 Streiks mit 466 Beteiligten erfolglos. Die 5 Abwehrstreiks mit 118 Beteiligten waren alle erfolgreich. Von den 5 Aussperrungen waren 3 mit 857 Beteiligten erfolgreich und 2 mit 50 Beteiligten erfolglos. Die 59 Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen mit 2022 Beteiligten waren alle erfolgreich, desgleichen die 2 Abwehrbewegungen ohne Arbeitseinstellung mit 13 Beteiligten. Erreicht wurde durch diese Bewegungen eine Verärgerung der Arbeitszeit für 1191 Personen um 267 Stunden pro Woche und eine Erhöhung des Lohnes für 2768 Personen um 4296 M. pro Woche. Im Durchschnitt gerechnet also eine Arbeitszeitverlängerung von 2 1/4 Stunden pro Person und Woche und eine Lohnhöhung von 1,55 M. pro Person und Woche. Außerdem erhielten noch 464 Personen eine Lohnhöhung von 320 M. pro Woche durch die bestehenden Tarifverträge. Durch die Abwehrbewegungen wurden für 76 Personen eine Verärgerung des Lohnes um 114 M. pro Woche, oder im Durchschnitt 1,50 M. pro Person und Woche, abgewehrt. Alles in allem kann gesagt werden, daß der Lederarbeiterverband auch im Vorjahre die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gerber und Handschuhmacher erheblich verbessert und hierfür erhebliche Opfer gebracht hat.

## Schutz vor Arbeitswilligen.

In den Säbeler Grümpfchen von S. u. J. Brüggan sind seit Wochen die Mäler wegen Verletzung eines Verbandskollegen ausständig. Herr Brüggan ist nun bemüht, so gut es geht, den Betrieb mit Arbeitswilligen zweifelhaftester Art aufrecht zu erhalten. Wie diese „nützlichen Elemente“ beschaffen sind, zeigt ein Vorfall, der sich am letzten Sonntag in der Wirtschaft „Zum alten mecklenburgischen Landtag“ in Lübeck zutrug. Dort erschienen abends sechs der Streikbrecher, brühten sich ohne Veranlassung damit, daß sie „internationale Streikbrecher“ seien und bestanden, als der Wirt Ludman Feiernabend gebot: „Wir wollen morden, morden, morden!“ Daß die Schlinge des Unternehmertums mit dieser Drohung keinen Spah machen wollten, bewiesen die dann von ihnen verübten Deliktaten. Sie demolierten das Mobiliar der Wirtschaft, zertrümmerten das Büfett, den Bierapparat, den Speiseschrank und schlugen endlich den Wirt mit einem Dolchmesser über den Kopf, so daß eine 1 1/2 Zentimeter lange Wunde entstand, die sofort ärztliche Hilfe verlangte. Darauf begab sich der Streikbrecher in die Wohnung des Wirtes und setzte dort ihr vandalisches Treiben fort. Die Gäste der Wirtschaft, meistens Frauen, waren inzwischen geflüchtet. Als die „nützlichen Elemente“ keine Leute mehr im Hause fanden, an denen sie ihre Wut auslassen konnten, nahen sie zwei Paletots, einen Hut und einen Kragenschoner und verschwand. Es gelang, die arbeitswilligen Banditen festzunehmen. — Dieser Quennzug der Arbeitswilligen zeigt wieder einmal so recht deutlich, wie sehr jene nützlichen Elemente des Schutzes bedürfen, nach dem die Schärfer so sehr schreien. Anständige Leute sind sich vor ihnen ihres Lebens und Eigentums nicht mehr sicher.

## Aus der Frauenbewegung.

### Hungernotpreise für Kartoffeln.

Jahr für Jahr, wenn der Winter mit seinen Folgeerscheinungen, Frost und Schnee, ins Land gezogen ist, hat für Tausende von Arbeiterfamilien eine traurige Zeit gleichfalls Einzug gehalten. Starke Kälte zwingt unzählige Haus-, Erd- und andere Arbeiter, die im Freien ihr Brot verdienen müssen, zur Einstellung der Arbeit. Je hartnäckiger und grimmiger der Winter, desto schlimmer sind die unheilvollen Wirkungen. Der gegenwärtige Winter hat sich schon ganz besonders fühlbar gemacht, die eventuellen Ersparnisse vieler Familien sind bereits fast zusammengeschnitten, und dort, wo im Sommer keine Ersparnisse gemacht werden konnten, sieht es traurig um die Beschaffung des Notwendigsten zum Lebensunterhalt aus. Aber nicht nur bei den Genannten, bei denen die Arbeitslosigkeit mit ihrem Ausfall an Lohn im Winter zu den ständigen Erscheinungen gehört, ist das Elend eingezogen, auch Arbeiter mit regelmäßiger Arbeitsgelegenheit vermögen in diesem Notjahr die Sorge aus der Familie nicht fernzuhalten. Durch die Verteuerung der Lebensmittel und anderer Verbrauchsgüter ist schon seit Jahr und Tag fast die ganze Einnahme verzehrt worden, ja, sie hat nicht einmal überall gereicht, um die gewohnte Lebensweise fortzuführen. So mußte bei vielen Schmalhans Küchenmägeln werden, andere mußten sich nach neuen Einnahmequellen umsehen, was meistens darin bestand, daß Frauen dort, wo es bisher noch nicht der Fall war, für den Erwerb zu arbeiten begannen. Nur in den seltensten Fällen ist die Notwendigkeit durch eine entsprechende Lohnhöhung weitgemacht worden.

Besonders, wenn man den letzten Umstand im Auge hatte und an die sich noch immer steigende Verteuerung dachte, konnte man erahnen, wie sehr sich das Elend noch vermehren würde. Es war vorauszu sehen, daß die Verteuerung nicht zuletzt durch die abnorme Dürre im letzten Sommer einen hohen Punkt erreichen müsse, wenn der Frost einsetzen würde. Er hat ziemlich lange auf sich warten lassen, als er dann aber doch einsetzte, trat das Vorausgesehene ein. Alles Gemüte, soweit überhaupt noch etwas zu haben war, erreichte eine nie geahnte Preishöhe. Die Kartoffelpreise sind derartig gestiegen, daß sie von den Proletariern kaum noch bezahlt werden können. Preise wie 65—70 Pf. für zehn Pfund Kartoffeln lassen fürchtbar auf den Arbeiterfamilien.

Das sind Hungernotpreise! Kartoffeln sind trotz ihrem geringen Werte nahezu als Vederbissen anzusehen. Davon merken freilich nur die Armen etwas. Die wohlweisen Hausfrauen mit den gefüllten Geldbeuteln konnten im Herbst, als die Kartoffeln noch verhältnismäßig billig waren, ihren Bedarf an Kartoffeln im großen beden. Sie sitzen nun vor den gefüllten Vorratskammern und blicken auf die unerschwinglichen Preise der Kartoffeln mit einem schmerzhaften Blick.

Verantw. Redakteur: Albert Wachs, Berlin, Inzeratenteil veranlagt.

lichen Arbeiterfrauen her. Dabei sind gerade die Arbeiterfamilien auf die Kartoffeln als Nahrungsmittel in erster Linie angewiesen. Vor mehreren Wochen hat eine ärztliche Autorität einen Vortrag über „Ernährung“ vor den Krankenkassenverbänden gehalten. Der Vortragende betonte dabei, daß die gegenwärtige Verteuerung der Kartoffeln deshalb nicht so sehr ins Gewicht falle, weil sie als Nahrungsmittel ziemlich gegenstandslos sei, ihrer geringen Nährkraft halber. Der Mensch empfinde wohl ein Gefühl des Mangels, aber der Körper bekomme durch die Kartoffel wenig Nährkraft. Der Mann hat von seinem Standpunkte aus gewiß recht, aber müssen denn Tausende von Menschen nicht froh sein, wenn sie den knurrenden Magen zum Stillstehen gebracht haben? Alle die Armen, bei denen die Kartoffel das Hauptnahrungsmittel bildet, können sich eine Menge Speisen vorstellen, die besser mundet und ihrem Körper zuträglicher wären, als diese ewige Kartoffelpeise.

Wer hat aber den Leuten, die nun selbst die Kartoffeln, dieses minderwertige Nahrungsmittel, nicht mehr bezahlen können, einen Ersatz für sie geboten? Wie wenig ist dafür gesorgt worden, daß hier und da billige Nahrungsmittel erhältlich sind! Als im Herbst von unseren Genossen in unzähligen Gemeinden die entsprechenden Maßnahmen zur Linderung der Verteuerung gefordert, als die sich noch verschlimmernde Situation, die nun eingetreten ist, geschildert wurde, da waren es die Vertreter der bürgerlichen Parteien, die meist alles ablehnten was durchschlagend hätte wirken können und unsere Genossen als Schwarzseher hinstellten. Viele dieser Herren, die die Verhältnisse der Arbeiterklasse, besonders die Plage der Hausfrauen nicht beurteilen können, werden auch jetzt noch mit dreifacher Stirn die Rot bestreiten. Biel von dem vorhandenen Elend hätte abgewendet werden können, wenn, wie gesagt, die bürgerlichen Parteien in den Kommunen, vor allem aber im Reichstage auf unsere Vorschläge eingegangen wären, die Fülle zu beseitigen und billige Nahrungsmittel ins Land zu lassen. Weil das nicht geschehen ist, ist dem verflochtenen Reichstage mit Recht mancher Fluch zugerufen worden. Mancher rote Stimmzettel ist in die Wahlurne gewandert, der unter anderen Umständen nicht hineingesteckt worden wäre.

Aber noch eins steht fest, hätten die Frauen das Wahlrecht, hätten die Frauen mit dem Stimmzettel in der Hand verfahren können, so wäre, dessen sind wir gewiß, bei der leichtverlorenen Wahl noch mehr Rache geübt worden. Die Empörung der Massen hat zwar den schwarzblauen Blockrechtstag zertrümmert, aber was dieser gefaßt, müssen wir leider noch auf lange Zeit in unsere Scheunen tragen. Viel ist zu beseitigen von dem, was dem Volke Schaden bringt. Sammeln wir uns deshalb zu neuer Agitation und Organisation und durch beides zu weiteren Erfolgen.

## Letzte Nachrichten.

### Frankreich und der belgische Kongo.

Paris, 31. Januar. Die Senatskommission zur Prüfung des Gesetzentwurfs betreffend das Vorkaufsrecht Frankreichs auf den belgischen Kongo hat dem von der Kammer angenommenen Gesetzentwurf zugestimmt, in welchem die Aufrechterhaltung des Vorkaufsrechts festgesetzt wird, nachdem zwischen den beiden Regierungen über eine Anzahl noch schwebender Fragen eine Verständigung erzielt worden ist.

### Ein neuer Korruptionsfall in der französischen Marine.

Paris, 31. Januar. (W. Z. L.) Der Marineminister hat eine strenge Untersuchung bezüglich gewisser Maschinenlieferungen angeordnet, da nach einer jüngst eingelaufenen Anzeige die Abnahmestempel nicht von dem Lieferungsbauschiffe, sondern von den Arbeitern der Lieferanten herrühren.

### Die Schreckensherrschaft in der Mandschurei.

Mukden, 31. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Aus Anlaß der Verhaftung mehrerer Japaner, die der Revolutionspropaganda verdächtig sind, ist eine japanische Truppenabteilung zum Schutze von Leben und Eigentum der Japaner in Mukden einmarschiert. Gestern und heute sind 37 Revolutionäre hingerichtet worden. In der Stadt herrscht große Erregung. Die Geschäfte sind zum Teil geschlossen, viele Einwohner verlassen Mukden.

### Sacharinschmuggel im Elb.

Mühlhausen i. Elb., 31. Januar. (P. L.) Die Grenzbeamten sind einem großen Sacharinschmuggel auf die Spur gekommen. Sie fingen gestern einen Wagen ab, auf dem sich etwa 100 Kilogramm Sacharin befanden. Mehrere Verhaftungen wurden bereits vorgenommen, doch führen die Spuren der Sacharinschmuggler nach dem Bodischen, so unter anderem nach Freiburg im Breisgau.

### Die belgischen Grubenbesitzer gegen die Regierung.

Brüssel, 31. Januar. (W. Z. L.) Die Grubenbesitzer im Borinage haben heute die Vermittlungsvorschläge des Ministerpräsidenten zur Beilegung des Bergarbeiterstreiks abgelehnt.

### Blutige Verbrecherjagd.

Paris, 31. Januar. Eine aufregende Verbrecherjagd, bei der drei Personen getötet und mehrere andere schwer verwundet wurden, spielte sich in der verflochtenen Nacht auf dem Bahnhof von Orleans ab. Drei Verbrecher hatten sich in das Bahnhofgebäude einschließen lassen, um die Kasse zu verrauben. Hierbei wurden sie jedoch von mehreren Beamten überfallen. Auf die Hülferufe eilten noch mehrere Personen herbei und es entspann sich nun ein aufregender Kampf. Plötzlich zog einer der Verbrecher einen Revolver und feuerte mehrere Schüsse ab. Der Unterchef des Bahnhofes wurde durch einen Schuß in die linke Wange schwer verwundet, ein zweiter Schuß verlebte einen Hilfsbeamten schwer. In der Verwirrung gelang es jetzt den Verbrechern zu entkommen und den nach Paris abgehenden Zug zu erreichen. Sofort wurden alle Stationen telegraphisch von dem Vorgefallenen benachrichtigt mit der Bitte, den Zug nach den Verbrechern abzuhalten zu lassen. Als der Zug sich kurz vor der Station Angerville befand, sprangen plötzlich während der Fahrt zwei Männer aus demselben und entflohen über die Felder. Sie wurden jedoch in Guillerbal von den sie verfolgenden Genarmen erreicht. Als die Genarmen jedoch zur Verhaftung schreiten wollten, streckte der eine Verbrecher den Genarmenwachtmeister durch eine Kugel nieder. Dann übte sich der Mörder selbst durch eine Kugel in den Kopf. Der zweite Verbrecher wurde verhaftet. Unterdessen hatten verschiedene andere Beamte in Angerville den Zug durchsucht. Sie entdeckten in einem Coupé erster Klasse einen Reisenden mit einer Fahrkarte dritter Klasse. Als man auch zu seiner Verhaftung schreiten wollte, zog er plötzlich einen Revolver und tötete sich durch einen Schuß in die linke Schläfe.

### Untergang einer Bark.

Bergen, 31. Januar. (W. Z. L.) Gestern ist beim Steilomgen-Leuchtturm die Bark „Eime“ aus Kristiansund untergegangen. Von der fünfzehn Mann starken Besatzung sind elf Mann ertrunken, vier konnten gerettet werden. Sieben Leichen wurden bisher an Land getrieben. Die Besatzung bestand aus Angehörigen verschiedener Nationen.

Verantw. Redakteur: Albert Wachs, Berlin, Inzeratenteil veranlagt.

Abgeordnetenhaus.

4. Sitzung vom Mittwoch, den 31. Januar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Lenze, v. Dallwitz, v. Breitenbach, Sydow.

Die erste Lesung des Etats

wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Herr Herold hat es geäußert, daß 1907 ein förmliches Abkommen zwischen dem Zentrum und der Sozialdemokratie bestanden hat. Dazu gehört allerdings Mut. (Sehr wahr! links.) Aber es ist der Mut des Rameleuten, nicht der Mut des Christen, der aufrichtig das Streben nach Wahrheit hat. Es war ja nicht schwer, ihn altemäßig zu widerlegen und Herr Hirsch hat dies Scharfrichteramt gründlich genug befohlen. Wenn Herr Herold darauf verwies, daß Konservative und Zentrum gleich im ersten Wahlgang eine größere Anzahl Mandate errungen haben, so kennt er ja auch sehr gut den Grund. Er weiß genau, daß die Konservativen ihren Schwerpunkt im wenig industriellen Osten und das Zentrum in den überwiegend katholischen Gegenden hat, während die anderen Parteien in beruflich und konfessionell gemischten Bezirken um Mandate ringen müssen. Vor allem kommt es auf die Gesamtzahl der Stimmen an, und da wird er finden, daß seine besondern Schützlinge die Konservativen, wenn man ihnen die 200 000 Stimmen abzieht, die das Zentrum ihnen sofort auf dem Präsentierteller entgegengebracht hat, recht schlecht abgeschnitten haben. Nicht schön war es, wie Herr Herold über die Vertragstreue der Nationalliberalen sprach. Er wird wissen, daß wir 1907 mit seinen Freunden in Vohum genau dieselben Erfahrungen gemacht haben, auch haben wir diesmal das Zentrum nicht im Unklaren darüber gelassen, daß es zweifelhaft sei, ob unsere Wähler speziell in Düsseldorf alle der Parole für das Zentrum folgen würden. Herr Herold sprach von der schlechten Presse. Aber gerade ein Teil der Zentrumspresse hat in der allerunterdrücktesten Weise gekämpft, indem sie das Allerheiligste, was der Mensch nach Herrn Herold besitzt,

die Religion, im Wahlkampf als Vorspann

benutzte, um politische Geschäfte zu machen. (Sehr wahr! links.) Im übrigen stand die Rede des Herrn Herold im schändlichsten Gegensatz zu seinem Appell an die bürgerlichen Parteien zum gemeinsamen Zusammenarbeiten. Er war ja in der Debatte noch gar nicht angegriffen und auf unserer Seite bestand nicht die mindeste Absicht, auf das Niveau seiner Ausführungen herab zu steigen. (Sehr gut! links.) Gestern trieb Herr Herold von Patriotismus gegenüber der Sozialdemokratie. 1907 klang es anders aus den Reihen des Zentrums, damals schrieb Herr Müller-Juda an Herrn Singer: Nachdem der Freisinn sich der Reaktion angeschlossen hat, müssen wir Zentrum und Sozialdemokratie zusammengehen. (Hört! hört! links.) Wenn Herr Herold wirklich ein Zusammenarbeiten der bürgerlichen Parteien will, muß er einen ganz anderen Weg einschlagen und darf nicht nur den Spötter im Auge des anderen sehen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Was den Etat anlangt, so begrüßen wir die formalen Verbesserungen in seiner Aufstellung. Die Aufrechterhaltung der Steuerzuschläge halten wir nicht für nötig, sondern ziehen eine andere Organisation der Eisenbahngemeinschaft vor. Redner äußert in längeren statistischen Ausführungen die Vorteile der Uebernahme verbundener Ausgaben auf Anleihen und geht auf die einzelnen Etats ein. Bei den direkten Steuern wäre eine veränderte Organisation des Veranlagungsverfahrens am Plage. An der Spitze sollte nicht wie bisher der Landrat stehen, sondern ein technisch vorgebildeter Beamter. (Sehr richtig! links.) Man darf bei den direkten Steuern nicht zu weit gehen, zumal auch im Reich möglicherweise eine

Reichsvermögenssteuer

eingeführt wird. — Bei den Eisenbahnen ist der Wagenmangel noch immer sehr groß. Die deutsche Wagenvereinigung hat sich als für Preußen nicht besonders vorteilhaft erwiesen und sollte durch eine Eisenbahnbetriebsgemeinschaft ersetzt werden. Eine wirksame Entlastung der Eisenbahnen ist möglich durch baldigen Ausbau der Wasserstraßen. Das letzte motu proprio war ein Schlag ins Gesicht für uns Protestanten. (Sehr wahr! links.) Der Schriftwechsel der Regierung mit dem Vatikan darüber sollte veröffentlicht werden.

Von der

Kleines feuilleton.

Die Venus von Lauffel. Unsere Kenntnis von der Kunst prähistorischer Zeiten und von dem weiblichen Schönheitsideal der vorgeschichtlichen Menschheit erfährt eine bedeutende Ergänzung durch einen interessanten Fund, der dem französischen Forscher Dr. Salonne in den berühmten Grotten von Lauffel in der Vorprovinz geblüht ist. In der Pariser Akademie der Inschriften hat soeben Professor Camille Julian über diese wichtige Entdeckung ausführlichen Bericht erstattet; er nannte den Fund dabei den bedeutendsten und wichtigsten, der in den letzten fünfzig Jahren der Wissenschaft geblüht ist. Es ist die älteste künstlerische Darstellung des menschlichen Körpers, die bisher gefunden worden ist. Die Arbeit ist ein Relief von etwa 45 Zentimeter Höhe und enthält die Darstellung eines Frauenkörpers. Die Gestalt ist unbehindert und ermüdet und außerordentlich interessante Schlüsse auf das Schönheitsideal der frühen Steinzeit. Für das moderne Empfinden ist die Gestalt, von der unbeholfenen roten Art der Ausführung ganz abgesehen, sehr unheimlich, zeigt sehr kurze gedrungene Beine, aber auffallend sind die überaus feinen Formen der Hände und der Füße. Das Relief gemahnt die Vorderansicht des Körpers, während der Kopf zur Seite gewandt ist und das Profil zeigt. Die rechte Hand ist erhoben und die linke hält ein Horn; der vorgeschichtliche Künstler wollte allem Anschein nach die Frau trinkend darstellen. Die Gelehrten sind der Ansicht, daß das Relief der Aurignac-Epode entstammt, also der Zeit, da der Feuerstein der Menschheit noch Waffen und Handwerkszeug schenkte. Man nimmt an, daß das Werk auf ein Alter von mindestens 20 000 Jahren zurückzuführen kann.

Ein Strindberg-Denkmal in Stockholm. Als Epilog zu den Strindbergfeiern beschäftigt sich Stockholm jetzt mit dem Plan, in der Hauptstadt Schwedens eine Statue des Dichters aufzustellen. Hjalmar Branting hat einen darauf abzielenden Antrag im Reichstag bereits eingebracht und begründet seinen Vorschlag damit, daß auch die Nachwelt sehen möge, daß Strindbergs Zeitgenossen seine literarische Größe zu erkennen und zu würdigen vermochten. Bei der Strindbergfeier im „Verns Salonger“ wurde eine neue Strindbergstatue des verlegten Bildhauers Carl Eldh festlich enthüllt, und diese Statue soll jetzt in Bronze gegossen und in Stockholm aufgestellt werden. Brantings Antrag im Reichstag will dieses Denkmal vor dem schwedischen Nationaltheater aufgerichtet sehen. Die Kosten sind verhältnismäßig gering und werden auf nur 22 000 Mark veranschlagt; die Hälfte der Summe würde die Stadt Stockholm übernehmen. Das Standbild Eldhs stellt den Dichter im jugendlichen Alter dar.

Das gesündeste Land der Welt ist Neu-Seeland. Im Jahre 1909 starben dort 8909 Personen, was auf je 1000 Einwohner

Reform des Wahlrechts

ist es bedauerlicherweise ganz still geworden. Wir fordern diese Reform nach Maßgabe der von uns aufgestellten Grundzüge. Sie wird nur zustande kommen auf Grund von Kompromissen. Die Regierung darf nicht warten, bis eine Mehrheit für die von ihr gewünschte Reform vorhanden ist. Damit würde sie sich unter die Parteien stellen, während sie doch über den Parteien stehen will. (Sehr gut! links.)

Redner kritisiert weiter die Ausführungsbestimmungen zum Feuerbestattungsgesetz und die späte Einberufung des Landtages. Unsere Vollgesetzgebung, die der Landwirtschaft solche Vorteile gebracht hat, muß unter allen Umständen beibehalten werden. Für ein großes Unglück würden wir es halten, wenn im Gegensatz zu der bisherigen Ostmarkenpolitik wieder eine Verhöhnungspolitik eingeschlagen würde. (Bravo! bei den Natl.) — Der Staat Friedrichs des Großen steht seitigst da. Im schärfsten Gegensatz zum Abg. Hirsch behauptet ich, wir leben nicht in einem Vollzeitsstaat, sondern im großen und ganzen in einem geordneten Rechtsstaat, nur Reste des Polizeistaates sind noch vorhanden. Wir wünschen, daß dieser Staat wie ein rocher de bronze bestehen soll und hoffen, daß sich ein neuer Febr. v. Stein findet, der in Anknüpfung an das Vorhandene diesem Staate neues, frisches Leben einzuhauchen versteht. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Minister des Innern v. Dallwitz: Die späte Einberufung des Landtages ist vor allem mit Rücksicht auf die Wahlen erfolgt. Vor Weihnachten hätte es dem Hause bald an Beratungsmaterial gefehlt, zumal der Etat nicht früher vorgelegt werden konnte. Ein Wechsel in dem Kurse der Außenpolitik ist keineswegs beabsichtigt. Was

die Wahlrechtsreform

anlangt, so habe ich im vorigen Jahre die Gründe dargelegt, welche nach dem Scheitern der Vorlage von 1910 eine Wiedereinbringung als unzulässig erscheinen ließen. Ich habe darauf hingewiesen, daß bei den weitgehenden Meinungsverschiedenheiten innerhalb der bürgerlichen Parteien über Art und Umfang einer Wahlrechtsreform keine Möglichkeit gegeben sei, die bestehenden Gegensätze zu überbrücken und eine Verständigung über eine auch für die Regierung annehmbare Wahlreform herbeizuführen. Ich kann nicht anerkennen, daß sich die Verhältnisse in dieser Beziehung geändert haben, vielmehr haben die Verhandlungen über den Antrag Kronprinz am Schluß der letzten Session ganz deutlich bewiesen, daß eine Klärung und Annäherung der Parteien nicht stattgefunden hat. (Sehr richtig! rechts.) Ich glaube, daß die Reichstagswahlen die Nichtigkeit dieser Auffassung bestätigt haben. (Sehr wahr! rechts.) Daher würde eine Wiederaufnahme der Wahlrechtsreform zwecklos sein.

Die Ausführungsbestimmungen zum Feuerbestattungsgesetz haben nur die notwendigen Rauteln enthalten, um Verschleierungen von Verbrechen zu verhindern. Die wieder zurückgezogene Bestimmung über die Feststellung der Virginität war in dem Ministerialentwurf nicht enthalten und ist erst auf Grund von Gutachten bedeutender sachverständiger Autoritäten hineingekommen. — Der in der Debatte erwähnte Erfolg, durch den die Regierungsvorstände aufgefördert wurden, etwaige Angriffe gegen die Regierungspolitik an mich zu richten, ist nicht auf die Wahlzeit beschränkt, sondern bedeutet eine ganz allgemeine Anweisung. Es liegt in ihm keine einseitige Parteinahme zugunsten einzelner Parteien, auch keine Robinsmachung der Landräte oder gar Anregung zum Vertrauensbruch und zur Korruption, wie man gefaselt hat, sondern es ist eine selbstverständliche Pflicht des Ministers, sich über die Angriffe zu orientieren, die im Lande gegen die Regierungspolitik erhoben werden, gleichgültig, welcher Parteirichtung die Urheber der Angriffe angehören. Entgegnungen der Regierung gegen solche Angriffe sind namentlich notwendig angesichts der Verdrehungen und Entstellungen, deren sich die Sozialdemokratie bei ihren Kämpfen gegen die Staatsordnung vielfach bedient. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Bravo! rechts.) Sie müssen namentlich den Kreisen zugänglich gemacht werden, die jetzt noch

im Sinne der Sozialdemokratie

stehen, alles fernhält, was den Köhlerglauben an die Unfehlbarkeit der sozialdemokratischen Führer irgendwie erschüttern könnte. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Sozialdemokratie ist ängstlich bemüht, ihre Anhänger auf die geistige Koll zu beschränken, welche ihnen in Form von sozialdemokratischen Woll-, Flug- und Witzblättern nur zu oft gegen ihren Willen aufgedrängt werden. (Lachen bei den Sozialdemokraten: Reichsverband!) Es ist nicht zu leugnen, daß dieser Erfolg veranlaßt worden ist durch die zunehmende

Wahllosigkeit der Angriffe, deren sich die Sozialdemokratie in ihrem Kampf gegen den preussischen Staat und die bestehende Staatsordnung bedient. Dieser verheerende Tätigkeit so weit als möglich entgegen zu treten, ist Pflicht der Staatsregierung. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Herr Hirsch hat sich gestern bei Besprechung eines patriotischen Wahlaufsatzes von Beamtenvereinigungen zu dem Ausspruch verfliegen, daß die Wahl eines Sozialdemokraten mit dem Beamtenwohl wohl vereinbar sei und daß eine abweichende Auffassung zur Erziehung der Beamten zur Heuchelei führe. Meine Herren, ein Beamter, der seinem Landesherren den Kreuzweg geleistet hat, bricht diesen Eid in dem Augenblick, in dem er mittelbar oder unmittelbar die Bestrebungen einer antimonarchischen Partei zu fördern unternimmt. (Bravo! rechts. Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Wenn ein Beamter Anstand und Gewissen hat, so wird er in dem Augenblick, wo er glaubt, sich der Sozialdemokratie anschließen zu müssen, daraus die Konsequenz ziehen und aus seinem Amte ausscheiden. (Bravo rechts.) Tut er das nicht, dann wird er zum

Gibbrecher und Lügner.

(Bravo rechts. Große Anruhe bei den Sozialdemokraten.) Das darf nicht gebuldet werden im Interesse des Staates, der eidgeborene Beamte nicht brauchen kann, im Interesse des Volkes, das andere Begriffe von Treu und Glauben hat, als sie leider nach den Ausführungen des Abg. Hirsch bei einem Teil der ihm näherstehenden Kreise vorhanden sein mögen, und im Interesse der Beamtenschaft, die mit Lügneren und Heuchlern nichts zu tun haben will. (Lurche bei den Sozialdemokraten. Lebhaftes Bravo! rechts.)

Präsident Freiherr v. Erffa: Herr Abg. Liebknecht, wie mir mitgeteilt worden ist, haben Sie dem Herrn Minister zugerufen: „Unglaubliches Zeug!“ Ich rufe Sie dafür zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Finanzminister Dr. Lenze polemisiert gegen die finanztechnischen Ausführungen des Abg. Friedberg. Eine gefühlige Erhöhung der Bezüge der Altpensionäre sei nicht durchführbar.

Eisenbahnminister v. Breitenbach: Die Frage der deutschen Eisenbahngemeinschaft wird in der Kommission glücklich erörtert werden. Ich werde dort den Nachweis liefern, daß die preussische Eisenbahnverwaltung stets die allgemein deutschen Interessen gefördert hat. Zur Vermehrung der Gütermotoren sind erhebliche Mittel eingesetzt. Die Elektrifizierung der Berliner Stadt- und Ringbahn wird eine Erhöhung der Fahrpreise bedingen, die aber vorsichtig gehalten werden wird.

Abg. Handelsminister Dr. Sydow schildert die Verhandlungen der Bergverwaltung mit dem Kohlenhändler. Die Interessen des Fiskus sind dabei in jeder Richtung gewahrt, auch ist ihm ein Rücktrittsrecht vorbehalten.

Abg. Freiherr v. Redlich (N): Bei der günstigen Finanzlage kommen die Kulturaufgaben im vorliegenden Etat inapporant. Eine Erhöhung der Einnahmen ist zur Förderung der Kulturaufgaben nicht nötig, sondern eine Verminderung der unnötigen Ausgaben und eine Verbesserung der Organisation. (Sehr richtig!) Die Thronrede zeichnet sich mehr durch das aus, was sie nicht erwähnt, als durch das, was sie aufführt. Eine Wiedereinbringung der Wahlrechtsvorlage hat seiner, der die Verhältnisse kennt, erwarten können. Nach den Erfahrungen des letzten Wahlkampfes ist eine Verständigung über eine solche Vorlage ganz aussichtslos. Im übrigen ist das Verprechen der Thronrede von 1908, durch die Vorlage von 1910 erfüllt worden. Die Durchführung dieses Versprechens wird gerade von denen verhindert, die die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen fordern, an die die Thronrede nie gedacht hat. (Sehr richtig! rechts.)

Die Früchte des Zusammengehens der Liberalen mit der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen sind in der Hauptache der antimonarchischen Sozialdemokratie zugute gekommen. Als Sündenbock hat man die Regierung hingestellt. Aber man wird ihr

mildernde Umstände

zuzulassen müssen; sie war durch Rücksichten auf die auswärtige Politik behindert. Doch war die Art wie Herr v. Weichmann Hollweg gegen Herrn v. Heydebrand Stellung genommen hat nur geeignet, den Segnern Wasser auf ihre Mühlen zu führen. (Lebhaftes Zustimmung rechts.) Verfehrt ist es, wenn von der Regierung die Landräte immer als politische Beamte stigmatisiert werden. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Absolutismus gibt es in Preußen nicht — außerhalb der Sozialdemokratie. (Große Heiterkeit bei den Sozial-

Frühlingsonne wärmt, feiert er seine Auferstehung, ergötzt sich schadenfroh am Schreck der andern und tritt sein Regiment von neuem an.

Indes trotz der Gediegenheit der Charakteristik löst diese Schilderung, der das Element der Handlung fast völlig abgeht, auf der Bühne nicht genügend Spannung und intensive Anteilnahme aus. Bei aller wechselnden Beleuchtung verändert sich die Konstellation im Grund zu wenig. Auch die mit größter Sorgfalt ausgefüllte Vorstellung des Lesing-Theaters konnte dem nicht abhelfen. Die beiden ersten Akte fanden mäßigen Applaus und der starke Weisfall am Schluß schien mehr eine Demonstration für den Dichter von „Wanze und Heimat“. Die beiden rivalisierenden Mäde waren durch Elise Lehmann und Mathilde Sussin trefflich vertreten. Kurt Stieler brachte den gutmütigen Schwachen Hannes, Forest das harmlose Tischbierlein, Margarete Albrecht das streitbare Lotenweibel zu lebendiger Anschauung. Reich in der Figur des Grub gab einen neuen Beweis von der eminenten Vielseitigkeit seines Könnens. Freilich, seine Gestalt war für den Alten nicht faorig, nicht wurzelfest genug, aber demunterungswürdig glückte ihm der Ausdruck der grillenhaften Einfälle und Empfindungen.

Schnitzers Enakter „Komtesse Wizzi“ spielt in derselben Wiener Welt borschem-galanten Mißganges wie das „Weiße Land“. Der gar nicht mädchenhaften Komtesse wird von ihrem ersten Liebhaber, einem Herrenhäusler, der in der Kammer lässig bei den Mund aufst, nach achtzehn Jahren der Junge, den sie ihm geboren, vorgeführt. Sie hat nie etwas von dem Kinde wissen wollen, da der Vater nicht hielt, was ihre romantische Jugendschwärmerei erhoffte. Wie das standesgemäß erzogene frechboshafte Witzchen ihr zu gefallen anfängt, wie sie von dieser neuen Keigung ein wenig auf den einst Geliebten, der um sie anhält, überstürzt, das bildet, gekreuzt von Liebesaffären des eigenen Paps, den Inhalt der kleinen Vaudeville. Das Spiel war glänzend. Die drei Hauptrollen hatten Irene Triesch, Reich und Monnard inne.

Notizen.

— Vorträge. Im Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“ spricht am Freitag, abends 8 1/2 Uhr, (Präsident) „Mit Berlin“ in der Blumenstraße Engelbert Graf über: „Der vorgeschichtliche Mensch“ (mit Lichtbildern). Eintritt frei.

— Der erste städtische „Kientopp“ wird demnächst in Altona eröffnet. Die Stadt Altona übernimmt das Lichtspieltheater, allerdings nicht, um sich eine neue Einnahmequelle zu beschaffen; das Theater soll vielmehr als Rustherstätte derartiger Unternehmen dienen. Man will durch dieses städtische Kinematographentheater einen gewissen Druck auf die privaten Unternehmen dieser Art ausüben und diese veranlassen, ebenfalls neue und lehrreiche Bilder dem Publikum zu bieten.

9,22 Sterbefälle bedeutet. Auch die übrigen australischen Staaten haben eine sehr niedrige Sterberate, so Südaustralien eine solche von 9,3, Queensland von 9,7, Neu-Südwalles von 9,8, Victoria von 11,2 pro 1000 Einwohner. Demgegenüber starben in Deutschland von je 1000 Einwohnern im Jahre 1909: 17,1 in Frankreich 19,3, in England 14,5 und in Rußland 29,5.

Die niedrige Sterberate der australischen Länder beruht zu einem erheblichen Teile auf ihrer geringen Säuglingssterblichkeit. In Neu-Seeland starben im Jahre 1909 von 100 lebend geborenen Knaben 7,06 und von 100 lebend geborenen Mädchen 5,24, im Durchschnitt 6,16 Proz. aller Kinder vor Erreichung des ersten Lebensjahres. Neu-Seeland wird in dieser Beziehung sogar noch von Südaustralien übertroffen, das in dem genannten Jahre eine Säuglingssterblichkeit von nur 6,12 Proz. hatte. Man vergleiche mit diesen ungemein niedrigen Werten die Säuglingssterblichkeit des „abivillierten“ Europa. In Deutschland sterben gegenwärtig verhältnismäßig noch dreimal so viel Säuglinge wie in Neu-Seeland, nämlich 17,0 pro 100 Lebendgeborene. In Oesterreich lautet die Ziffer 20,9, in Frankreich 14,3, in England 10,9, in Rußland 27,2. Nur Schweden und Norwegen kommen mit einer Säuglingssterblichkeit von 8,5 und 7,6 Proz. der der australischen Staaten nahe.

Theater.

Lesing-Theater: Erde, Komödie von Karl Schönherr; Komtesse Wizzi, Komödie von Kurt Schnitzler. Der außerordentliche Erfolg von Schönherrs „Wanze und Heimat“ im Lesing-Theater hat wohl den Anstoß, seine ein paar Jahre ältere, früher vom Heibel-Theater gespielte Tiroler Bauernkomödie in neuer Fassung herauszubringen. Die häusliche Liebe zum eigenen Grund und Boden — in jenem Sinne ein Motiv, das sich dem Eintreten für den vom Landesherren verfolgten Glauben, als mächtigste von allen Hemmungskraft entgegenstemmt — wird hier, rein verständlich als Seelenstimmung dargestellt. Sie äußert sich in allem; sie lebt in dem alten Grub, der ununtertätig zäh, so lange er die Hand noch rühren kann, Herr seines Hofes bleiben will; in dem alternden Sohne, der jede Demütigung lieber in Kauf nimmt, als daß er das Stück Land, auf dem er einmal Erbe sein soll, verliere; in der verblühten Magd, die zehn Jahre wartet, daß der Hannes Bauer wird und sie heiratet, wie in der egoistisch robusten Wenz, der Rebenbäuerin. Die einzelnen Personen sind naturalistisch scharf gezeichnet und gefärbt um die meistherbhaft charakterisierte, ebenso originelle wie typisch repräsentative Gestalt des Alten als Mittelpunkt gefärbt gruppiert. Er ist in der Ungehörbarkeit seiner Energie verstorben und verstorben mit der ihn umgebenden Natur, fällt sich eins mit ihr. Er ist nicht schlafen geh, zieh ich mein Kleid nicht aus — so weiß er seines Sohnes Witten, sich auf das Altenteil zurückzuziehen, höhnend ab. Auch als er meint, nun habe ihn der Tod erwählt, geht ihm kein weiches Wort, keine Klage über die Lippen. Nach drei Wochen ununterbrochenen Schlaf, als die

demokraten.) Nichtig ist, daß die Beamten durch ihren Treueid verpflichtet sind, sich von allen antimonarchischen Bestrebungen fernzuhalten. Wenn Herr Hirsch von Heuschke sprach, so frage ich: wie steht es mit denen, die durch Entziehung der Kundenschaft zur sozialdemokratischen Wählerkraft gezwungen werden? (Bravo! rechts. Abg. Hoffmann [Soz.]: Glauben Sie das selbst?) Ein Grund für den Ausschluss der Wähler liegt auch in der Ablehnung der Erbschaftsteuer und der Aufrechterhaltung der Brand- und Einkommensteuer. (Sehr wahr! links.) Daran knüpft sich die Unterstellung, daß der Großgrundbesitzer sich bei der Reichsfinanzreform besondere Vorteile ausbedungen habe und sich der Steuerdrückerei schuldig mache. (Sehr wahr! links.) Diese Momente der Verheugung werden wir nach Kräften beseitigen müssen. Wir werden die Veranlagung zur Einkommen- und Vermögensteuer so ausbauen müssen, daß dem Volke volle Gewähr geboten ist, daß die Großgrundbesitzer ebenso wie die Großkaufleute und Rentiers voll nach ihrem Einkommen und Vermögen herangezogen werden. Die aus diesen Angriffspunkten folgende allgemeine Verheugung gegen den Großgrundbesitzer wird auf ihren berechtigten Kern zu prüfen sein, wo man Wunden erkennt, wird rücksichtslos die besternde Hand anzulegen sein. Bei der Verlegung von Stellen in der Verwaltung wird noch immer das entscheidende Gewicht auf die soziale Stellung des Paters, nicht auf die Tüchtigkeit gelegt. (Hör! hör! links.) In den Kreisverrichtungen hat der Großgrundbesitzer einen zu weitgehenden Einfluß. Wir brauchen ein Adelskommiß- und ein Vorgesetzengesetz. Die Polenpolitik muß energisch und konsequent fortgeführt werden. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Trautzsch (Polen) wendet sich gegen die dauernden Steuerzuschläge. In den Ostmarken ist bereits über eine Milliarde zum Fenster hinausgeworfen.

Der Ostmarkenverein kompromittiert Preußen. Redner protestiert gegen die Praxis der Bauernbank und der Ansiedelungskommission und bezeichnet die Kaffierung einiger Stimmen in Schwes, wodurch Herr v. Saff-Jaworski in die Stichwahl gedrängt wurde, als unrechtmäßig. (Bravo! bei den Polen.)

Das Haus vertagt sich.  
Abg. Hirsch (Soz.) (persönlich): Der Minister des Innern hat in Erwiderung auf meine gestrigen Ausführungen über die Kundgebung der Beamten gesagt: Wenn ein Beamter Anstand und Gewissen hat, so wird er in dem Augenblick, wo er glaubt, sich der Sozialdemokratie anschließen zu müssen, daraus die Konsequenz ziehen und aus seinem Amte ausscheiden. Er hat hinzugefügt: „Das darf nicht gebildet werden im Interesse des Volkes, das andere Begriffe von Treu und Glauben hat, als sie leider nach den Ausführungen des Abg. Hirsch bei einem Teile der ihm näherstehenden Kreise vorhanden sein mögen, und im Interesse der Beamten, die mit Lügneren und Heuschekern nichts zu tun haben will.“

Wenn die Worte der Minister überhaupt einen Sinn haben sollen — nach der Geschäftsordnung muß ich das ja annehmen (Heiterkeit) — so kann damit nichts anderes gemeint sein, als das er mir vorwarf, daß ich niedrige Begriffe von Treu und Glauben habe und der Lüge und Heuschekerei das Wort rede. Sollte das so gemeint sein, so kann ich nur erklären: Würde ein solcher Vorwurf außerhalb des Hauses gegen mich erhoben, so würde ich das als junkerliche Frechheit bezeichnen. (Unruhe rechts, Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Herr v. Erffa: Wenn Sie auch diese Äußerung konditionell gemacht haben, rufe ich Sie doch deshalb zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr (Fortsetzung der heutigen Beratung.)  
Schluß 4<sup>1/2</sup> Uhr.

## Der Krieg.

### Ein türkischer Erfolg bei Derna?

London, 31. Januar. „Evening Standard“ berichtet aus Konstantinopel: Emver Bey teilt in einem Telegramm mit, daß durch einen energischen Angriff der Türken bei Derna die Italiener gezwungen worden wären, ihre Stellungen unter Zurücklassung von 200 Toten zu räumen. Den Türken fielen eine große Anzahl Geschütze sowie Kriegsmunition in die Hände. Das Geld, das in den Taschen der getöteten italienischen Soldaten gefunden wurde, ist dem italienischen Kriegsminister zugestellt worden, damit es unter die Familien der Gefallenen verteilt werde.

### Die 29 Türken der „Manuba“.

Paris, 31. Januar. Wie aus Marseille gemeldet wird, haben die türkischen Reisenden die Prüfung als Ärzte, Krankenschwäger oder Rettungsdienstträger erfolgreich bestanden. Nach dem Ergebnis der Prüfung können die Türken in drei Kategorien eingeteilt werden: drei Ärzte; sieben oder acht Krankenschwäger, die eine ziemlich sorgfältige Ausbildung genossen haben; der Rest sind Rettungsdienstträger, durchweg Leute aus dem Volke.

Eine französische Demonstration in den tunesischen Gewässern.  
Paris, 31. Januar. „Matin“ meldet aus Bizerta: Ein Torpedobootsgehwader wird sich demnächst nach der Südküste von Tunesien begeben, um dort verschiedene Übungen vorzunehmen.

### Wieder eine Bombenaffäre in Mazedonien.

Saloniki, 31. Januar. In Radowiska wurde im Hause eines Kaufmanns Selim eine Dynamitbombe entdeckt, die, wie behauptet wird, von Mitgliedern des revolutionären bulgarischen Komitees verfertigt worden war. Als die Bombe von Soldaten untersucht wurde, explodierte sie, tötete acht Soldaten und einen Offizier und verwundete acht andere Soldaten.

### Der Krieg und die internationale Situation.

Rom, den 29. Januar. (Eig. Ber.) Vom Kriegsschauplatz erfährt man so gut wie gar nichts mehr. Alles scheint eingeregnet und ins Stoden geraten. Von Gesichten ist wenig zu berichten, obwohl namentlich in der Brenna-Tag für Tag Schwärme geleistet werden. Der Krieg ist in ein Stadium getreten, das für die Soldaten unendlich mühselig ist und gleichzeitig den nationalistischen Journalisten wenig Genugtuung gewährt. Unter diesen Umständen, unter denen man als einzige Zeugen des Krieges die Transporte verwendet und die sonstigen Dekrete hat, die neue Kriegsaufgaben autorisieren, flaut die tripolitische Begeisterung mit jedem Tage mehr ab. Seit Dezember hat sich ein großer Umschwung in der öffentlichen Meinung vollzogen, und dieser Umschwung wird sicher seinen Rückschlag in der Kammer finden.

Bei dem völligen Mangel an Notizen vom Kriegsschauplatz liefert die Energie, mit der die italienische Regierung auf einmal den Waffen- und Proviandmangel von Tunesien aus zu bekämpfen anfing, eine hochvollkommene Abklärung. Wunderbar ist nur, warum sich die italienische Regierung gerade jetzt so stark ins Zeug legt, wo doch der Schmuggel schon seit Beginn des Krieges andauert und der Regierung durchaus nicht verborren war. Man hängt an, die französischen Kaufmannsreisenden zu belästigen, gerade in dem Augenblick, wo die französische Regierung selbst sich zu einer schärferen Ueberwachung der Grenze entschlossen hat. Verwundlich ist auch, daß man gerade Frankreich so stark aus Korn nimmt, während man dem Waffenschmuggel von Tripolis aus große Toleranz bezeugt, und das gerade zu einem Zeitpunkt, wo die englisch-ägyptische Regierung Bestimmungen getroffen hat, die die Ueberwachung der Grenze immer lässiger werden lassen. Das heutige Verhalten der italienischen Regierung muß also seinen Grund mehr in politischen als in militärischen Erwägungen haben.

Der „Avanti“ gibt dem Gedanken Ausdruck, daß die italienische Regierung die Sympathie der Franzosen auf die Probe stellen wolle, in der Hoffnung, durch das in Frankreich übliche Herdortfahren des nationalen Selbstgefühls eine Entfremdung zwischen Frankreich und Italien zu erzielen, die die italienische öffentliche Meinung von der Notwendigkeit überzeugen soll, den Dreibund zu erneuern. Ob die Regierung wirklich so weit aufschauende Pläne hat, mag dahingestellt bleiben. Sicher ist, daß die französische Regierung bis heute ein großes Entgegenkommen an den Tag gelegt hat, während die französische Presse in üblicher Weise über die Stränge geschlagen hat. In politischen Situationen wie den heutigen ist eine Mißstimmung zwischen zwei Völkern leicht zu provozieren. Die nationalistische Presse in Italien, die sonst schon wegen ihrer Dreibundantipathien französischfeindlich ist, ändert mit einem Schlage ihre Stellung, seit sie glaubt, durch Frankreichs Verhalten das nationale Prestige angetastet zu sehen.

Auf der anderen Seite ist das Anhalten neutraler Schiffe, die Kriegsmaterialien befördern, durchaus dazu angetan, die neutralen Mächte davon zu überzeugen, daß es auch in ihrem Interesse liegt, für den Friedensschluß zu wirken. Die Londoner Abmachung vom Jahre 1900, die die Beschlagnahme von Kriegsmaterial auch auf der Fahrt zwischen zwei neutralen Häfen autorisiert, hat diesmal eine vorläufige Anerkennung gefunden, obwohl sie von keiner der beteiligten Mächte ratifiziert worden ist. Ehe nun das internationale Schiedsgericht über diesen Fall zu einer Entscheidung kommt, dürfte die italienische Regierung sich für berechtigt halten, alle Schiffe, die sich in der Lage der „Ranuba“ befinden, aufzuhalten, was zu einer recht angenehmen Reihe von Zwischenfällen Anlaß geben kann. Den ersten Vorstoß haben wir in der Beschlagnahme der „Favignano“, bei der es allerdings nicht gelungen ist, Kriegsmaterial zu konfiszieren.

### Der Skandal der Militärlieferungen.

Rom, den 29. Januar. (Eig. Ber.) Die Voruntersuchung über die Betrügereien bei den Militärlieferungen für das tripolitische Expeditionskorps sind noch nicht zu einem Abschluß gelangt. Trotzdem ist bereits die Verhaftung des Majors Raganeschi und des Leutnants Parbato verfügt worden, welche beiden Offiziere mit der Inspektion der Lebensmittel betraut waren. Ueber die strafrechtliche Untersuchung verläuft nichts Näheres. Die militärische Untersuchung soll ergeben haben, daß in den ersten Monaten eine ungeheure Konfusion bei dem Einschiffen der Waren herrschte, weil das Kommando die Lebensmittel sehr dringend brauchte, so daß sie gleichzeitig auf viele Dampfer verladen werden mußten. Vom Anfang Dezember an sei aber alles sorgfältig kontrolliert und geordnet worden.

Da man inzwischen auch dahinter gekommen ist, daß sich die Unternehmer, die Teigwaren, Mehl und Kaffee lieferten, den Einfuhrzoll von der Zollbehörde haben zurückerhalten lassen, obwohl der Preis unter Einschluß dieses Zolls angefeht worden war, wurden die Offiziere auch wegen dieser Unregelmäßigkeit zur Rede gestellt. Sie erklärten sämtlich, mit dieser Sache nichts zu tun zu haben und auch nichts von ihr zu wissen. Die Zollbehörde ihrerseits gibt an, daß die Rückzahlung des Einfuhrzolls bei Ausfuhr aus dem italienischen Zollgebiet den Gesetzen entspricht, was objektiv richtig ist. Wenn wirklich die Militärbehörden bei der Vereinbarung des Preises und die Zollbehörden bei der Rückzahlung des Zolls in gutem Glauben gehandelt hätten — was allerdings nicht für einen großen Scharfsinn ihrerseits spräche — so ist es doch zweifellos, daß die Submissionsunternehmer sich ihrer Gunsterei klar bewußt waren. Sie haben nur eine Million durch die Zurückerstattung des Einfuhrzolls profitiert.

Uebrigens scheint man noch längst nicht am Ende der Skandalösen Enttarnungen. Nach dem Neapolitaner „Mattino“ hätte ein Kaufmann aus Neapel, der gleichzeitig Mitglied des dortigen Provinzialrats ist, in Tripolis 9000 Ochsenhäute aufkaufen lassen zum Preise von 8 Lire das Stück. Sie wurden dann nach Neapel gebracht und für 70 Lire das Stück an das Militärkommando verkauft, was einen Profit von mehr als einer halben Million ausmacht. Die Spekulanten werfen sich wie die Geier auf die öffentlichen Kässen, und es hat nicht den Anschein, als ob die zu ihrer Gut bestellten Beamten ihre Pflicht täten. So erzielt die Vourgeoisie ihre Siege und bringt ihre Schäfchen ins Trockene, welchen Ausgang auch der Krieg nehmen möge.

## Die Revolution in China.

### Der Hof gibt nach.

Peking, 31. Januar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Das Auswärtige Amt teilt mit, die Kaiserinwitwe habe das Kabinett davon unterrichtet, daß sich der Thron für den Frieden entscheiden habe, und sie habe die Minister angewiesen, entsprechende Maßnahmen zu treffen.

### Die Haltung Juanshikais.

Brüssel, 31. Januar. Die „Agence l'Extreme Orient“ erfährt, daß Juanshikai entschlossen ist, in der Defensive zu verbleiben. Er hat 20 000 Mann im Süden stehen, 20 000 Mann bei der Stadt Chaolon, 50 000 Mann vor Hankau und 10 000 Mann an der Grenze von Hupe. Der Rest der Truppen befindet sich in den nördlichen Distrikten und soll vor allem dem Räuberwesen ein Ende bereiten. Den Süden scheint Juanshikai sich selbst überlassen zu wollen. Die Lage der Städte Hankau und Hanjang ist jetzt geregelt. Die kaiserlichen Truppen verlassen diese Städte, da während des Waffenstillstandes ein Abkommen zwischen den beiden kriegsführenden Parteien getroffen worden ist, wonach diese Städte für neutral erklärt wurden. Der englische Konsul hat die Bürgerschaft für die Aufrechterhaltung der Neutralität übernommen. Die übrigen Konsuln haben sich diesem Abkommen angeschlossen. Die chinesischen Zivilbehörden werden für Ruhe und Ordnung sorgen und dabei von einer Polizeitruppe unterstützt werden. Juanshikai und der Führer der Rebellen, Baling Pang, haben das Abkommen durch ihre Unterschrift bestätigt.

Die Japaner halten jetzt eine Flotte von 23 Kriegsschiffen in den chinesischen Gewässern und haben somit die weitaus stärkste Flotte von allen Mächten zur Stelle.

## Soziales.

### Innungsprinzipien.

Während in manchen Berufen sich die Meisterinnungen mit den Arbeitnehmerverbänden nicht nur vertragen, sondern auf gewerbliche Gebiete zusammenarbeiten und sogar Tarifverträge, die die Entlohnung der Arbeiter regeln, miteinander abgeschlossen haben, steht noch die Mehrzahl der Innungen den Bestrebungen der Arbeiterverbände feindlich gegenüber. So auch die Berliner Fleischerinnung, die durch ihre Beschlüsse zuweilen ihren Mitgliedern arge Verlegenheiten bereitet, wie ein am Dienstagabend vor dem Innungsschiedsgericht verhandelter Rechtsstreit wieder zeigte.

Der Fleischergehilfe B. verlangte von dem Fleischermeister Paul Richter 6,75 M. Entschädigung. Er war von dem Spremeister Droebert im Fleischer-Arbeitsnachweis für den Beklagten engagiert worden, wurde aber nicht beschäftigt, weil er auf Befragen der Wahrheit entsprechend angab, daß er Mitglied des Zentralverbandes der Fleischer sei. Nach Prüfung der Zeugnisse erklärte ihm der Beklagte, er würde ihn gern einstellen, wenn er (Kläger) nicht Mitglied des Zentralverbandes wäre, aber als Mitglied der Innung dürfe er Verbandsmitglieder nicht beschäftigen.

Das Schiedsgericht kam nach Prüfung der Zeugnisse zu dem Ergebnis, daß der Kläger eine ganz brauchbare Kraft für den

Beklagten sei, und sagte dem beklagten Meister, daß die Zugehörigkeit des Klägers zum Verbands kein Grund sei, um ihn nicht zu beschäftigen. Obwohl der Beklagte noch seiner Verleumdung darüber Ausdruck gab, daß der Kläger der einzig ehrliche gewesen sei, der ihm gegenüber seine Mitgliedschaft im Verbands nicht verleugnet hat, was ihn (Beklagten) sehr gefreut habe, bedauerte er doch, den Kläger nicht beschäftigen zu können. Es sei prinzipieller Beschluß der Innung, Verbandsmitglieder nicht zu beschäftigen, und die Innungsbeschlüsse halte er hoch.

Das Schiedsgericht riet zum Vergleich auf 5 M., der Kläger erklärte sich jedoch schon mit 4 M. zufrieden. Nach einigem Hin und Her nahm der Beklagte auf Zureden des Schiedsgerichts den klägerischen Vorschlag an.

Wenn die Innung einen Beschluß gefaßt hat, Mitglieder des Zentralverbandes dürfen von ihren Mitgliedern nicht angenommen werden, so ist solcher Beschluß null und nichtig, weil er einen gröblichen Verstoß gegen die guten Sitten enthält. Das ist im Jahre 1896 bei Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs von den verbündeten Regierungen und allen Parteien des Reichstages anerkannt. Die Mitglieder der Innung, die solchen Beschluß gefaßt haben, sind überdies neben dem Innungsmitglied, das dem Beschluß sich fügt, für alles aus dem Beschluß Resultierenden erwachsenden Schaden persönlich nach § 626 B. G. B. voll verantwortlich.

### Aus den Ergebnissen der Arbeiterversicherung 1910.

Bei einer mittleren Gesamtbevölkerung von 64 568 128 Personen, und zwar 31 859 909 männlichen und 32 708 157 weiblichen, waren im Deutschen Reich 1910 überhaupt gegen Krankheit versichert 13 653 900 Personen, davon 10 290 300 männliche und 3 363 600 weibliche. Für die Knappschaftskassen sind bei dieser dem „Reichsarbeitsblatt“ entnommenen Zusammenstellung die Ergebnisse für das Jahr 1909 eingeseht, weil diejenigen für 1910 noch nicht feststehen. Ueberhaupt läßt sich im Jahre 1910: 23 358 Krankenkassen, durchschnittlich täglich 23 011 Krankenkassen, und zwar: 7974 Gemeindefrankenkassen, 4749 Orts-, 7886 Betriebs- (Fabrik-), 40 Bau-, 802 Innungsfrankenkassen, 1256 eingeschriebene und 126 landesrechtliche Hilfskassen sowie 168 Knappschaftskassen.

Die Gesamtzahl der gegen Unfall versicherten Personen betrug — nach Abzug der auf rund 3,4 Millionen zu schätzenden, in der Gewerbe-, Bau- und Seeunfallversicherung und der Unfallversicherung für Land- und Forstwirtschaft doppelt versicherten — im Jahre 1910 rund 24 153 600, darunter 15 095 100 Männer und 9 058 500 Frauen. Träger der Unfallversicherung waren 68 gewerbliche Berufsgenossenschaften, 48 landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften und 546 staatliche, Provinzial- und Kommunal-Ausführungsbehörden.

Die Invalidenversicherung umfaßte 1910 und 15 659 700 Personen, davon 10 856 400 Männer und 4 803 300 Frauen. Als Träger dieses Versicherungszweiges bestanden 1910: 31 Versicherungsanstalten und 10 zugelassene Kassenanstalten.

In der Krankenversicherung (einschl. Knappschaftskassen für 1909) kamen 1910: 5 712 203 mit Erwerbsunfähigkeit verbundene Erkrankungsfälle vor, die 113 530 003 Krankentage umfaßten. In der Unfallversicherung wurden 1 017 570 Unfälle (Verletzte) entschädigt, davon 132 064 zum ersten Male. Die Zahl der Invalidenrenten (einschl. Krankentagen) betrug 1 039 011, wovon 126 924 neu bewilligt waren. Die Zahl der Altersrenten belief sich auf 113 974, darunter 11 612 neue Renten.

Die Summe der ordentlichen Einnahmen stellte sich in der gesamten Arbeiterversicherung auf rund 956 755 600 M., hieron machten die Beiträge der Arbeitgeber 427 988 900 M., die der Versicherten 358 870 600 M. aus. Der Zuschuß des Reichs betrug 52 538 200 M. Die ordentlichen Ausgaben erreichten die Höhe von rund 863 821 700 M., ohne die Beiträge zur Vermögensbildung.

Die Summe der Entschädigungseinnahmen ist für die Krankenversicherung (einschl. Knappschaftskassen) auf rund 356 791 200 M., für die Unfallversicherung auf 164 425 400 M., und für die Invalidenversicherung auf 106 825 500 M. berechnet.

Am Schluß des Jahres 1910 belief sich das Vermögen der Invalidenversicherungsanstalten auf 1 662 158 740,52 M. Zu dieser Summe von über 1662 Millionen tritt noch der Rückwert der Inventarien mit 6 666 569,12 M. hinzu.

## Gerichts-Zeitung.

### Auch eine Hilfsfrankenkasse.

Das Schöffengericht in Gotha verurteilte den „Direktor“ der Mitteldeutschen Versicherungsanstalt, Wendemuth, zu 100 M. Geldstrafe wegen falscher Angaben bei der Behörde (betz. Ausschluß von 800 Mitgliedern), während der mitangeklagte zweite Vorsitzende dieser Kasse, Rechtsanwalt Dr. Effiger, freigesprochen wurde, da er angab, daß all die vielen Unregelmäßigkeiten ohne sein Mitwissen vom Direktor allein ausgeführt worden sind. Es wurde festgestellt, daß die Kasse (E. V.) seit zwei Jahren besteht, eine Einnahme von 37 000 M. hatte und davon 3000 M. an erkrankte Mitglieder und 14 000 M. als Gehälter verausgabte. Nur in seltenen Fällen wird Krankengeld gezahlt, jedoch wird das Mitglied verpflichtet, die Beiträge mindestens auf die Dauer von zwölf Monaten ohne Widerrede zu entrichten, und wird aus irgendeinem Grunde die Zahlung verweigert, die restlichen Beiträge des laufenden Jahres sofort fällig und zahlbar sind! Der freiwillige Austritt kann nur am 31. Dezember erfolgen! Das Direktorium und der Gesamtvorstand besteht aus drei Mann. Das Statut enthält drei verschiedene Tarife, ohne den Wöchnerinnenentschädigungs- und Sterbegeldtarif. Sieht man sich das Ding aber genau an, so ist nur unter den größten Schwierigkeiten etwas zu kriegen. Es sind deshalb eine große Anzahl Beschwerden bei der Behörde eingegangen, auch schweben noch mehr Prozesse, u. a. auch einer wegen Betrug gegen die in der Gegend von Gotha völlig unbekannt Kasse. Der Geschäftsführer Jäger ist ein wegen Adressenschwindel in Dresden bestrafte junger Mann, der bis vor kurzem eine gleichwertige Kasse in Eisenach hatte, die von der weimarischen Behörde geschlossen werden mußte. Offenlich wird die genannte gothaische „Hilfs“-Kasse bald von dem gleichen Schicksal ereilt. Es mag aber doch energisch vor dieser „Anstalt“ gewarnt werden. Sie wurde nach Aussage des Direktors deshalb nach Gotha verpflanzt, weil Gotha bereits ein großer Versicherungsanstalten feil.

### Habt acht bei Kautionsdaukel!

Daß der Kautionsdaukel trotz aller Warnungen in den Zeitungen immer noch blüht, zeigte wieder einmal eine Verhandlung, welche gestern die 4. Strafkammer des Landgerichts I beschäftigte. Wegen Betruges, Unterschlagung und verurteilte Verleumdung war der Hypothekensmakler Franz Kubial angeklagt, während sich der Bureauchef Maximilian Grundmann unter der Anklage der Beihilfe zum Betrüge zu verantworten hatte.

Der Angeklagte gründete im Jahre 1906 in Gemeinschaft mit dem später ausgeschiedenen Kaufmann Paul Weiser die „Gesellschaft der Haus- und Grundbesitzer Groß-Berlins“ m. B. G., die sich hauptsächlich mit An- und Verkaufen von Grundstücken, Beschaffung von Hypotheken, Einziehung von Mieten usw. beschäftigte sollte. Da diese Gesellschaft, die nur auf einer sehr schwachen finanziellen Basis gegründet war, sehr häufig mit der bekannten und kapitalkräftigen „Wirtschaftsgenossenschaft der Haus- und Grundbesitzer Groß-Berlins“ verwechselt wurde, wurde der Angeklagte später durch Gerichtsbeschlüsse gezwungen, die Firma abzuändern. Er tat dies auch und nannte die Gesellschaft nun an „Gesellschaft für die Interessen der Haus- und Grundbesitzer Berlins“. Das Bureau verlegte er nach der Kaiserstr. 11/12 und zwar in der unmittelbaren Nähe der „Wirtschaftsgenossenschaft“. Wie die Anklage behauptet soll dies deshalb geschehen sein, um durch alle möglichen hinterlistigen Kunstgriffe den An-

schein zu erwecken, als handele es sich um eine besondere Abteilung der „Wirtschaftsgenossenschaft“. Der Angeklagte selbst legte sich dann den Titel „Direktor“ zu, während der Mitangeklagte Grundmann von den übrigen Angestellten mit „Sekretär“ angedeutet werden mußte. Von dem Jahre 1909 an erließ Kubiat dann in verschiedenen Zeitungen Inserate, in denen ein Hausbesitzerverein „kautionsfähige Kassenbeamten“ suchte. Den sich meldenden Personen wurde gesagt, daß eine Kautions von mindestens 3000 M. erforderlich sei, da sehr große Beträge, namentlich Mieten, durch ihre Hände gingen. Kubiat gab ferner an, die Kautions werde bei der „Dresdner Bank“ hinterlegt. Um die Leute sicher zu machen wurde ihnen ferner gesagt, daß sie die Kautions nicht an ihn, sondern an die G. m. b. H. direkt senden sollten, da diese dann in ihrer Gesamtheit dafür hafte. Wie sich später herausstellte, hatte der Angeklagte als „Direktor“ der Gesellschaft die einzelnen Depots sofort abgehoben und zu Geld gemacht. Außerdem verhandelte er es, seine Angestellten noch anzupumpen. So erzählte er u. a. dem Wachtmeister a. D. A., daß er für den Polizeileutnant Neumann von dem Polizeirevier in der Kagazinstraße einen Wechsel bezahlen müsse, wozu er schleunigst 600 M. brauche. Er äußerte dabei zu A., daß dieser ihm ja keinen Gefallen tue, sondern nur dem Polizeileutnant, dem er eigentlich nicht helfen sollte, da er ihm beim Rauscheln das Geld abgenommen habe. Die ganze Erzählung von dem Wechsel des Polizeileutnants war von dem Angeklagten einfach aus der Luft gegriffen, um den A. zur Übergabe des Geldes zu bewegen. Die Folge war, daß gegen A. auch noch Anklage wegen Verleumdung erhoben wurde.

Als Kubiat auf diese Weise etwa 22000 M. an Kautionen eingehemmt hatte, ergriff er die Flucht nach Paris, von wo er später ausgeliefert wurde. — Vor Gericht beantragte der Staats-

anwalt gegen Kubiat 3 Jahre und gegen Grundmann, der sich an den Betrügereien beteiligt hatte, 6 Monate Gefängnis. Rechtsanwalt Dr. Hüter hielt bei Kubiat, der übrigens das Geld nur dazu verwandt habe, die Gesellschaft in die Höhe zu bringen, aus tatsächlichen und rechtlichen Gründen die Freisprechung für geboten, während im übrigen eine weit mildere Strafe angebracht erscheine. Das Gericht kam in einigen Fällen zur Freisprechung. Kubiat wurde zu 2 1/2 Jahren Gefängnis unter Anrechnung von 6 Monaten der Untersuchungshaft, Grundmann zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

#### Hohle Strafe wegen Beleidigung eines Rechtsanwalts.

Am 23. März v. J. fand vor dem Zivilgericht ein Termin statt, in welchem der jetzige Angeklagte Kaufmann Moritz Arendt aus Schlachtensee einen Eid leisten sollte. Ehe A. hierzu kam, wurde er von dem gegnerischen Anwalt, Rechtsanwalt Ber, mit den Worten: „Wenn Sie diesen Eid leisten, so bleiben Sie gleich hier!“ bedroht. Diese Äußerung wurde auch von dem Vorsitzenden zurückgewiesen. Auf dem Korridor kam es zwischen Arendt und dem Anwalt nochmals zu einem heftigen Zusammenstoß, der damit endete, daß Arendt schwere Beleidigungen gegen Ber ausstieß, die sich auf dessen Familien- und finanzielle Verhältnisse bezogen.

Das Schöffengericht ahndete diese Beleidigungen, wie unseren Lesern erinnerlich, mit einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten mit Rücksicht darauf, daß ein Anwalt in der Ausübung seiner Berufspflichten gegen derartige Beleidigungen energisch in Schutz genommen werden mußte. Gegen dieses Urteil legte A. Berufung ein. In der gestrigen Verhandlung vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsrats Diensta wurde mitgeteilt, daß A. sich verpflichtet hat 1000 M., die schon hinter-

legt sind, für wohlthätige Zwecke zu zahlen. Rechtsanwalt Ber erklärte, daß er kein Interesse an der Verhängung einer Gefängnisstrafe habe. — Das Gericht erkannte unter Aufhebung des ersten Urteils auf 600 M. Geldstrafe.

#### Strafbarkeit von Nachschubverkäufen.

Eine Plenarentscheidung des Reichsgerichts über das Wettbewerbsgesetz wird demnächst zu erfolgen haben, da der 2. Strafsenat sich am Montag mit Rücksicht auf die Ansicht eines anderen Senates außerstande erklärt hat, eine Entscheidung zu fällen. Es handelte sich um ein Urteil des Landgerichts II in Berlin, durch welches der Eisenwarenhändler Gerhard Schröder in Rigsdorf-Klein auf Grund des § 8 des Wettbewerbsgesetzes wegen Nachschubs beim Ausverkauf zu 30 M. Geldstrafe verurteilt worden ist. Er hatte eine Konfurmuffe angekauft und für diese im selben Lokal einen Ausverkauf veranstaltet. Der Abgesandte eines Konkurrenten verlangte im Ausverkaufsstelle zwei Rollen Drahtgeflecht. Der Verkäufer gab ihm eine und erklärte, die zweite Rolle könne am Abend abgeholt werden. Sie wurde dann aus dem eigentlichen Geschäft des Angeklagten geholt und dem Besteller geliefert. — In seiner Revision machte der Angeklagte geltend, er habe die zweite Rolle gar nicht zum Zwecke des Ausverkaufs herbeigeschafft, sondern er habe sie lediglich auf vorherige Bestellung geliefert. — Der Senat faßte den Beschluß, den vereinigten Strafsenaten folgende Frage vorzulegen: Wird nach § 8 des Wettbewerbsgesetzes bestraft, wer im Falle der Ankündigung des Ausverkaufs eines bestimmten Warenvorrates solche Waren zum Verkauf stellt, die nur zum Zwecke des Ausverkaufs aus einem anderen Lager des Ankündigenden an die Ausverkaufsstelle geschafft worden sind?

# Santa

**Kraft Rotwein**  
Blutarmen u. Kranken  
während der Reconvaleszenz empfohlen.  
Nachahmungen bitte zurückzuweisen.  
Käuflich in Apotheken, Drogen und  
Delikatessen-Geschäften, Fl. 1,50 u. 2,00 M.

# Lucia

# HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

# Weisse Woche

## Weißwaren

- Tüll-Schleifen ..... 55, 70, 85 Pf.
- Mull-Schleifen ..... 65, 85 Pf. 1<sup>00</sup>
- Spitzen-Schleifen .. 85 Pf. 1<sup>15</sup> 1<sup>35</sup>
- Rüschen-Jabots ..... 1<sup>00</sup> 1<sup>25</sup>
- Tüll-Spitz.-Jabots 95 Pf. 1<sup>10</sup> 1<sup>35</sup>
- Pierette-Passen m. Steb- 1<sup>25</sup> 1<sup>85</sup> 2<sup>25</sup>
- Antoinette-Fichus aus Tüll-Spizen 3<sup>50</sup>

## Spitzen

- Schmale Valencien-Spitzen 50, 60 Pf.
- franzö. und Einsätze ..... Stück von 11 Meter
- Breite Valencien-Spitz. 65, 85 Pf. 1<sup>40</sup>
- engl. und Einsätze ..... Stück von 11 Meter
- Breite Macramé-Einsätze 1<sup>50</sup> 2<sup>20</sup>
- Imitation ..... Stück von 4 1/2 Meter
- Baumw. Klöpp.-Spitz. 90 Pf. 1<sup>10</sup> 1<sup>45</sup>
- und Einsätze ..... Stück von 11 Meter
- Leinwand-Klöppel-Spitz. 1<sup>35</sup> 1<sup>80</sup> 2<sup>10</sup>
- und Einsätze ..... Stück von 10 Meter
- Gest. Spatziel-Einsätze 25, 35, 50, 90 Pf.

## Stickereien

- Gest. Tüll-Volants ca. 115 cm 2<sup>50</sup> 3<sup>35</sup> 4<sup>50</sup>
- breit Mtr. 1<sup>50</sup> 2<sup>50</sup> 3<sup>25</sup>
- Gest. Tüll-Volants ca. 70 cm 1<sup>50</sup> 2<sup>50</sup> 3<sup>25</sup>
- breit Mtr. 1<sup>50</sup> 2<sup>50</sup> 3<sup>25</sup>
- Stickerei-Stoffe für Blumen 2<sup>40</sup> 2<sup>85</sup> 3<sup>40</sup>
- und Kleider ca. 130 cm breit ..... Mtr.
- Madapolam-Stickerei 90 Pf. 1<sup>10</sup> 1<sup>35</sup>
- und Einsätze ..... Stück von 4 1/2 Meter
- Schweiz. Mull-Stickerei. 1<sup>30</sup> 1<sup>65</sup> 2<sup>10</sup>
- Stück von 40-45 Meter

## Kinder-Konfektion

- Weiß Knaben-Anzüge Matrosenform für 2-3 Jahre mit abnehmbarem Kragen und Manschetten ..... 3<sup>00</sup>
- Weiß Matros.-Anzüge Kieler Art 4<sup>50</sup> 9-10 Jahre 5<sup>50</sup>
- Weiß Stickerei-Kleider 70 bis 100 cm lang 5<sup>90</sup> 7<sup>50</sup> 9<sup>75</sup>
- Weiß Matrosenkleider 50 bis 80 cm lang 3<sup>75</sup> 85 bis 100 cm lang 5<sup>25</sup>
- Weiß Russenkittel in versch. Ausführ. u. Stoffen 75 Pf. 1<sup>35</sup> 1<sup>75</sup>
- Barchent-Kleidchen in creme, 45-55 cm 1<sup>95</sup> 2<sup>50</sup>

## Schuhwaren

- Damen-Salonschuhe weiß Glacéleder ..... 2<sup>90</sup>
- Damen-Spangenschuhe weiß Glacéleder ..... 3<sup>60</sup>
- Stoff-Stiefel weiß, zum Schnüren 1<sup>70</sup> 2<sup>10</sup> 2<sup>40</sup> 2<sup>25</sup> 2<sup>90</sup> 2<sup>70</sup> 3<sup>60</sup> 3<sup>90</sup>
- Glacé-Stiefel weiß, auch Lackbesatz 2<sup>10</sup> 2<sup>20</sup> 2<sup>90</sup> 2<sup>25</sup> 3<sup>60</sup> 3<sup>27</sup> 4<sup>50</sup> 4<sup>90</sup>

## Bettwäsche

- Garnitur aus „Haustuch“, Deckbett und 2 Kissen ..... 3<sup>90</sup> 4<sup>50</sup>
- Garnitur aus „Linen“, Deckbett und 2 Kissen ..... 4<sup>90</sup> 5<sup>90</sup>
- Garnitur aus „prima Linon“, Deckbett und 2 Kissen ..... 6<sup>25</sup> 6<sup>75</sup>
- Garnitur aus „gestr. Dimiti“, Deckbett und 2 Kissen ..... 6<sup>50</sup> 7<sup>50</sup>
- Ueberlaken aus prima Louisiana mit Stickerei-Einsatz und Säumchengarnierung ..... 5<sup>50</sup> 6<sup>75</sup>
- dazu passende Kissen ..... 1<sup>95</sup> 2<sup>10</sup>
- Ueberlaken aus prima Louisiana, reich mit Imft. Klöppel, Ein- und Ansatz garniert ..... 7<sup>25</sup> 8<sup>90</sup>
- dazu passende Kissen ..... 4<sup>10</sup> 5<sup>90</sup>
- Ueberlaken aus prima Linon mit 1a Stickerei An- und Einsatz, reich garniert ..... 8<sup>25</sup> 11<sup>75</sup>
- dazu passende Kissen ..... 4<sup>25</sup>
- Betttücher aus Daulas, 150/200 ..... 1<sup>45</sup> 2<sup>10</sup>

## Herr.-Artikel

- Stehkragen Leinen, 4fach, in verschiedenen Höhen ..... 1<sup>25</sup>
- Stehkragen Leinen, 4fach, mit umgelegten Ecken ..... 1<sup>45</sup>
- Stehkragen Leinen, 5fach, in verschiedenen Formen ..... 2<sup>25</sup>
- Stehumlegekraß, 4fach, versch. Höhen 1/2, 1/3, 1/4, 1/5, 1/6, 1/8, 1/10, 1/12, 1/15, 1/20, 1/25, 1/30, 1/35, 1/40, 1/45, 1/50, 1/55, 1/60, 1/65, 1/70, 1/75, 1/80, 1/85, 1/90, 1/95, 1/100, 1/105, 1/110, 1/115, 1/120, 1/125, 1/130, 1/135, 1/140, 1/145, 1/150, 1/155, 1/160, 1/165, 1/170, 1/175, 1/180, 1/185, 1/190, 1/195, 2<sup>25</sup>
- Manschetten Leinen, 4fach ..... 2<sup>35</sup> 2<sup>95</sup>
- Oberhemden weiß, mit weichem Piqué-Falt-Einsatz, ohne Man- 1<sup>90</sup> 2<sup>90</sup> 3<sup>75</sup> mit festen 3<sup>75</sup> 4<sup>75</sup>
- schotten ..... Manschett.
- Oberhemden farbig, mit Perkal-Einsatz und festen Manschetten ..... 1<sup>90</sup>
- Oberhemden farbig, m. wascheidendem Einsatz u. fest. Manschetten ..... 2<sup>90</sup>
- Oberhemd. ungewasch., weiß 1<sup>90</sup> 2<sup>65</sup> 3<sup>25</sup>
- Nachthemd. f. Herr. m. bunt. Bes. 1<sup>90</sup> 2<sup>50</sup> 2<sup>90</sup> 3<sup>25</sup>

## Schürzen

- Kinder-Schürzen reich mit Stickerei garniert u. Falten-Volant ..... 45-60 cm 1<sup>45</sup>
- Kinder-Schürzen in eleganter Ausführung, reich mit Stickerei- und Falten-Volant ..... 45-60 cm 1<sup>75</sup> u. 2<sup>10</sup> bis 1<sup>95</sup> u. 2<sup>45</sup>
- Kinder-Schürzen l. hochlegant. Ausführung, reich mit Stickerei garniert und Seidenband-Durchzug ..... 45-60 cm 2<sup>95</sup> bis 3<sup>25</sup>
- Zierschürzen aus Stickerei-Stoff 1<sup>10</sup> 1<sup>45</sup>
- Teeschürzen aus Stick.-Stoff ..... 1<sup>25</sup> 1<sup>45</sup> 1<sup>75</sup> 2<sup>25</sup>
- Servierschürz. mit reich. Stickerei- 95 Pf. 1<sup>25</sup> 1<sup>45</sup>
- Trägern
- Servierschürz. elegant. Ausführung, in Nieder-, Empire- und Blumenform ..... 1<sup>75</sup> 1<sup>95</sup> 2<sup>25</sup>
- Hausschürzen aus gut Stoffen, mit Einsatz ..... 95 Pf. 1<sup>45</sup>
- Hausschürzen mit glattem Volant, 140 cm weit ..... 1<sup>25</sup>

**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokratisch. Wahlverein**  
für den  
**4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**  
Landsberger Viertel.  
(Bezirk 391.)  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Genosse, der  
**Franz Mertins**  
Langendammstraße 4  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 2. Februar, nach-  
mittags 4 Uhr, am dem Anstalts-  
Friedhof in Döllsdorf statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Sozialdemokrat. Wahlverein**  
**Neukölln.**  
Den Parteigenossen zur Nach-  
richt, daß unser Mitglied, der  
Bauarbeiter  
**Ernst Gerecke**  
Germannplatz 4  
verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Donnerstag, nachmittags 3 Uhr,  
von der Leichenhalle des Neu-  
köllner Gemeindefriedhofes am  
Mariendorfer Weg aus statt.  
Der Vorstand.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein**  
**Nieder-Barnim.**  
Bezirk Weißensee.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Genosse, der Arbeiter  
**Gottfried Brossat**  
am 30. Januar nach langem  
Leiden im Alter von 38 Jahren  
verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 2. Februar, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Gemeindefriedhofes in  
der Röskestraße aus statt. 18/3  
Um zahlreiche Beteiligung bittet  
Die Bezirksleitung.

**Verband deutsch. Gastwirts-  
gehilfen.**  
Ortsverwaltung Berlin I.  
Am 30. Januar verstarb nach  
längerem Leiden unser Mitglied  
**Gottfried Brossat**  
(Weissenlee).  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 2. Februar, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Halle des  
Gemeindefriedhofes zu Weissen-  
see aus statt. 31/1  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Deutscher**  
**Bauarbeiter - Verband**  
Zweigverein Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Bau-  
arbeiter  
**Emil Kiekeber**  
(Bezirk Otten I)  
am 30. Januar verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 3. Februar, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Trauer-  
halle, Volkshausstr. 68, aus auf  
dem Städtischen Friedhof in  
Friedrichsfelde statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
136/13 Der Vorstand.

**Deutscher**  
**Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Metall-  
arbeiter  
**Albert Gräben**  
am 27. Januar gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 1. Februar, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Lichtenberger Gemeindef-  
riedhofes in Marzahn aus statt.  
Rege Beteiligung wird erwartet.  
Ferner nach unser Mitglied,  
der Werkzeugmacher  
**Albert Günther.**  
Ehre seinem Andenken!  
111/15 Die Ortsverwaltung.

**Blumen- und Kranzbinderei**  
von Robert Meyer,  
nur Mariannen-Straße 2.

**Zentralverband der Schmiede**  
**Deutschlands (Zehnteile Le**  
**Nachruf.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß der Kollege  
**Joseph Hartig**  
(Bezirk Spandau)  
am 27. Januar im Alter von  
32 Jahren an Lungentuberkulose  
verstorben ist.  
Wir werden dem Verstorbenen  
ein ehrendes Andenken bewahren.  
176/1 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Gemeinde- u.**  
**Staatsarbeiter.**  
Filiale Groß-Berlin.  
Durch den Tod ist unser  
Kollege  
**Max Kühnitsch**  
von der Sektion Revisionsinspektionen  
(7. Revier) entfallen worden.  
Wir werden ihm ein ehrendes  
Andenken bewahren.  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 2. Februar, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Marzahn-Kirchhofes,  
Reinickendorfer-Weg, Kögelstraße,  
aus statt. 33/7  
Die Ortsverwaltung.

Am Montag, den 29. Januar,  
verstarb plötzlich und unerwartet  
mein lieber Mann und guter  
Vater, Bruder, Schwager und  
Onkel, der Gastwirt  
**Karl Redlich**  
im kaum vollendeten 44. Lebens-  
jahre.  
Im Namen der trauernden  
Hinterbliebenen  
**Berta Redlich**  
und Tochter Gertrud,  
Friedrichstr. 6.  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 1. Februar, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr von der Leichen-  
halle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes,  
Mariendorfer Weg, Henschelstraße 62,  
aus statt. 2755b

Am 30. Januar nach  
langem, schwerem Leiden meine  
liebe, herzensgute Frau und  
Tochter  
**Josephine Lichtblau**  
geb. Uhl 2759b  
im Alter von 42 Jahren.  
Dies zeigen tiefbetäubt, um  
Alles Verleib bittend, an  
**Georg Lichtblau, Stuffedeur,**  
nebst Mutter Frau Anna Uhl.  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 3. Februar, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des St. Nikolai-Kirchhofes,  
Mariendorfer Weg, aus statt.

**Dankfagung.**  
Für die liebevolle Teilnahme und  
zahlreichen Kranzspenden bei der  
Beerdigung unseres lieben Bruders,  
Schwagers und Onkels, des Schlossers  
**Hermann Reichel**  
sagen wir allen Freunden und Be-  
kannnten, sowie den Kollegen der  
Hilms B. Müller, Guroystraße, und  
der Wilgen-Kranken- u. Sterbehilfe  
der Droschler und Schulgenossen (E.  
N. 88 Hamburg) unseren herzlichsten  
Dank. Familie Graf und Gust.

**Dankfagung.**  
Für die herzlichste Teilnahme und  
zahlreichen Kranzspenden bei der  
Beerdigung unserer lieben Tochter  
**Charlotte** sagen wir allen Be-  
teiligten unseren herzlichsten Dank.  
**Karl Franke nebst Frau.**

**Orts- Krankenkasse**  
für das  
**Bäcker- u. Konditorgewerbe**  
zu Berlin.  
**Bekanntmachung.**  
Zur Bornahme der Wahl von Vor-  
standsmitgliedern der Ortskrankenk-  
asse für das Bäcker- u. Konditor-  
gewerbe zu Berlin werden die in  
den Wahl-Versammlungen am  
30. Januar d. J. gewählten Dele-  
gierten zu der am  
Montag, den 5. Febr. cr.,  
abends 7 1/2 Uhr,  
im „Gewerkschaftshaus“  
hier, Engelauer 15, stattfindenden  
**Versammlung**  
eingeladen, und zwar  
a) die Herren Arbeitgeber-Ver-  
treter zur Wahl von 4 Vorstands-  
mitgliedern aus ihrer Mitte nach  
Saal 5  
b) die Herren Arbeitnehmer-Ver-  
treter zur Wahl von 8 Vorstands-  
mitgliedern aus ihrer Mitte nach  
Saal 4.  
Am Anschlag hieran findet eine  
**Gemeinschaftliche**  
**General-Versammlung**  
im Saal 4 statt.  
Tagesordnung:  
1. Beschlußfassung über den Beitritt  
zum Gewerkschaftsbund.  
2. Kassenergebnisse.  
Der Kommissar  
für die Errichtung der Orts-  
krankenkasse für das Bäcker- und  
Konditorgewerbe.  
Wille.

**Deutscher**  
**Transportarbeiter - Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Haus-  
diener  
**Hermann Elgel**  
am 28. Januar im Alter von  
62 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 1. Februar, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Friedhofes der St.  
Katharinen-Gemeinde, Wilhelmberg,  
aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
61/14 Die Bezirksverwaltung.

**Dankfagung.**  
Für die liebevolle Teilnahme und  
zahlreichen Kranzspenden bei der  
Beerdigung meines Mannes  
**Ernst Franke**  
sage ich allen Verwandten und Be-  
kannnten, den Kollegen, dem Zentral-  
verband der Steinarbeiter meinen  
herzlichsten Dank. 2756b  
**Lucie Franke nebst Kindern.**

**Heute, 1. Febr.,**  
beginnt mein diesjähriger  
**Inventur-  
Verkauf**  
zu beispiellos billigen  
Preisen.  
**Teppich - Spezialhaus**  
**Emil**  
**Lefèvre**  
BERLIN S. Seit 1882 nur  
**Oranienstr. 158.**

**Räumungs-Extralist**  
(enorm billiger Angebote)  
**gratis u. franko.**  
**Nur einmal jährlich!**  
Findet dieser **Inventur-  
Verkauf** bei mir statt.  
Selten **Kaufgelegenheit**  
für Hotels, Pensionate usw.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlichster  
Teilnahme bei der Beerdigung meines  
lieben Mannes  
**Paul Michler**  
sage ich allen Freunden und Be-  
kannnten, den Genossen des Wahl-  
vereins, Bezirk 505, dem Deutschen  
Metallarbeiter-Berband sowie den  
Kollegen der H. G. B., Bollstraße,  
meinen herzlichsten Dank.  
Witwe Frida Michler.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlichster  
Teilnahme bei der Beerdigung meines  
lieben Mannes  
**Paul Michler**  
sage ich allen Freunden und Be-  
kannnten, den Genossen des Wahl-  
vereins, Bezirk 505, dem Deutschen  
Metallarbeiter-Berband sowie den  
Kollegen der H. G. B., Bollstraße,  
meinen herzlichsten Dank.  
Witwe Frida Michler.

**Reparaturen. Spez.: Un-  
erlässlich saubere Renur  
für Schalter. Tonverbesser-  
ung, auf Wunsch auch solche,  
die dem alt-italienischen Tone  
äußerlich ähnlich ist. Wesent-  
liche Vorteile und eventuelle  
Kassenzahlung für Vorwärts-  
Kommunen. Ungewöhnlich  
ebende Anerkennungen.  
**Emil Toussaint.**  
Werkstätte für Kunstgeigenbau  
in Berlin C., Joachimstr. 11c.**

*„Zehn Torga Spödnre fahra uf  
manam Blomma immerswiften  
Kodfennares Blodgloffen  
1000 und es foh kaiman Unkuffind  
symmetts.“*

*„Ihr Ofafall muofft's!“*

**Manoli**  
Cigarettes  
Specialmarken  
**Abbas Dandy**  
**Gibson Girl**



**„Hahn“**  
**Maccaroni**  
**Knorr**


**Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“**

- Berlin C. H. Gahisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.  
W. G. Schmidt, Kirchdammstr. 14.  
O. R. Gabelbusch, Peterburger Platz 4, Gustav Vogel, Kopen-  
str. 23. H. Wengel, Gr. Frankfurter Str. 120.  
NO. E. Juch, Ammannstr. 12. A. Neul, Barnimstr. 42.  
N. D. Baumann, Abendsberger Str. 67. F. Traub, Stettiner Str. 10.  
Karl Mars, Eisenhäger Str. 27. J. Köhlich, Hagarethstr. 49.  
F. Vogel, Lorginistr. 37. A. Tieg, Invalidenstr. 194.  
L. Teichand, Ankerstr. 24.  
NW. Karl Anders, Salzweberstr. 8. Zaverenz, Geydowstr. 20.  
SW. G. Werner, Gneisenaustr. 72. Tachn, Dapelder Str. 27.  
S. St. Frits, Pringelstr. 31. F. Gutschmidt, Kottbuser Damm 8.  
SO. Paul Böhm, Langer Platz 14/15. V. Horst, Engelauer 15.  
Adlershof. Karl Schwarzlose, Hoffmannstr. 2.  
Baumschulenweg. G. Harnig, Kriemhildstr. 13, L.  
Borsigwalde. Paul Kienak, Hainstr. 10.  
Charlottenburg. Gustav Schwarberg, Felsenbmer Str. 1.  
Friedrichshagen. Ernst Wertmann, Köpenicker Str. 18.  
Grünau. Franz Klein, Friedrichstr. 10.  
Johannisthal. Victoria, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.  
Karlshorst. Richard Rüter, Köpenicker Str. 9, II.  
Köpenick. Emil Pöhlter, Kriemhildstr. 6, Laden.  
Lichtenberg. Otto Zeffel, Bartensberger Str. 1.  
Nieder-Schöneweide. Schrt. Bräuer Str. 6.  
Neulwes. Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.  
Ober-Schöneweide. Alfred Vaber, Wilhelmshofstr. 17 II.  
Pankow. Otto Rihmann, Köpenicker Str. 30.  
Reinickendorf. V. Gurlich, Provinzstr. 56, Laden.  
Rixdorf. W. Heinrich, Kottbuser Str. 2. Conrad, Deermannstr. 50.  
G. Rohr, Siegfriedstr. 28/29.  
Rummelsburg. H. Rosentanz, Alt-Bozthagen 56.  
Schöneberg. Wilhelm Däumler, Martin-Luther-Str. 69 im Laden.  
Spandau. Köppen, Breiter Str. 64.  
Steglitz. G. Bernsee, Wiesenstr. 3.  
Tempelhof. Franz, Berliner Str. 76, Laden.  
Tropotow. Robert Gramann, Kottbuser Str. 118, Laden.  
Weissensee. Fuhrmann, Sedanstr. 105. Schiller, König-Charles-Str. 29a.  
Wilmersdorf. Paul Schaubert, Wilhelmstr. 25, Hof barriere

Berlin SO. 16,  
**H. & P. Uder,** Engel-Afer 5.  
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.  
Spezialität: Nordhäuser Kautschak von  
**G. A. Kanewacker, Grimm & Triepel.**  
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.  
Amt IV, 3014.

**Uchtung!**

Wenn Sie eine Garantie dafür  
haben wollen, daß Sie stets die be-  
kannnten und bewährten Fabrikate  
**Palmin** (Pflanzenfett) und  
**Palmona** (Pflanzenbutter-  
Margarine) erhalten, dann achten  
Sie in Ihrem eigenen Interesse  
beim Einkauf genau auf die Mar-  
ken Palmin und Palmona und  
lassen Sie sich unter keinen Um-  
ständen zweifelhafte Nachahmun-  
gen aufdrängen. Dann gehen Sie  
ganz sicher!



**H. Schlinck & Cie.**  
Aktiengesellschaft



# Flugblattverbreitung für Berlin und größere Vororte

findet am Freitag, den 2. Februar, abends 7 Uhr von den bekannten Stellen aus statt.

## Partei-Angelegenheiten.

**Bozham-Kummelsburg.** Freitagabend 7 Uhr von den bekannten Stellen aus: Flugblattverbreitung. Die Bezirksleitung.

**Stralau.** Am Freitag, den 2. Februar, abends 8 Uhr: Vorwärtsagitation. Am Sonntag erfolgt die Einholung. Treffpunkt in den Bezirkslokalen.

**Besitz Vorjagwalde-Wittenau.** Heute Donnerstagabend 8 Uhr in den Vorjagwalder Festhaus: außerordentliche Mitgliederversammlung des Bezirkswahlvereins. Die Bezirksleitung.

**Tegel.** Am Freitag, den 2. Februar, abends 7 Uhr: Flugblattverbreitung. Die Bezirksleitung.

**Wilhelmsruh-Niederschönhausen-West.** Freitag, den 2. Februar, abends 7 Uhr: Flugblattverbreitung. — Sonntag, den 4. Februar, morgens 8 Uhr: Hausagitation. Die Genossen des 1., 3., 4. und 6. Bezirks holen ihr Material von den Zahlstellen ihres Bezirks ab, die des 2. Bezirks aus der Wohnung des Genossen Pähle, Linden-Allee 10 I. Die Bezirksleitung.

## Berliner Nachrichten.

Auf die Gestaltung des Städtebaues Einfluß auszuüben ist seit einiger Zeit die Absicht des Magistrats. Diese Absicht ist eine sehr löbliche. Kommt ihre Ausführung bei der in Berlin vorgeschrittenen Bebauung auch etwas spät, so sollte wenigstens jetzt eine Gelegenheit mehr vorübergehen, um regelnd auf die Gestaltung des Städtebaues einzuwirken. Im Augenblick beschäftigt die Stadtverordnetenversammlung sich mit einer Vorlage, nach welcher auf dem Gelände des ehemaligen Vorjagwalder Grundstückes in Roabit Fluchtlinien zur Herstellung zweier neuer Straßen festgelegt werden. Diese Maßnahme soll verhindern, daß das Gelände in der üblichen Weise baulich ausgeschachtet wird und Gebäude hergestellt werden, die auf Errichtung von Hinterhäusern oder Fabrikgebäuden hindrängen und die Licht und Luft vermissen lassen. Die durch die Fluchtlinienfestsetzung entstehenden Baublocks lassen nur die Errichtung von Mittelwohnungen zu, für die dann auch genügend Licht und Luft vorhanden ist. Wegen dieser Magistratsvorlage wandte sich mit aller Energie und mit allen Mitteln die Besitzerin des Grundstückes, die Bau-Gesellschaft „Union“, die sich in ihren privaten Interessen verlehrt fühlt. In dem Ausschuß der Stadtverordneten, der sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen hatte, wurden die Machinationen der Vertreter der Bau-Gesellschaft durchschaut. Zwar gab es eifrige Verfechter der Privatinteressen jener Gesellschaft, die die Magistratsvorlage bekämpften. Trotz aller Drohungen, die die Gesellschaft habe schon bei den Deputierten des Polizeipräsidiums wie bei den Deputierten im Ministerium für Rechtsgenehmigung der zu beschließenden Fluchtlinienfestsetzung vorgearbeitet, fand sich doch eine Mehrheit, die der Magistratsvorlage als im Allgemeininteresse liegend, zustimmte. Mit 9 gegen 6 Stimmen beschloß der Ausschuß, der Stadtverordnetenversammlung die Annahme der Magistratsvorlage zu empfehlen. Es ist zu erwarten, daß nach allem in der Stadtverordnetenversammlung die Angelegenheit ein neues Nebegesicht entfesseln wird.

Die Verstädtlichung des Rettungswesens, die der Magistrat plant und der zu diesem Zwecke bereits den Stadtverordneten eine Vorlage hat zugehen lassen, beschäftigt auch lebhaft die Kerkerverwelt. Sie sieht ihre persönlichen Interessen bedroht und hat deshalb in einer Versammlung bereits zu der Sache Stellung genommen, die in folgender Resolution niedergelegt wurde:

„Der Kerkerverein des Berliner Rettungswesens steht grundsätzlich der Verstädtlichung des Berliner Rettungswesens sympathisch gegenüber. Er bedauert jedoch lebhaft, daß ihm nicht Gelegenheit gegeben worden ist, sich vor Bekanntgabe der Vorlage über deren Inhalt zu äußern. Insbesondere erklärt er die aus einzelnen Mängeln der jetzigen Dienstleistung gezogenen Schlussfolgerungen für unrichtig und hält den vorgeschlagenen Anstellungsmodus wegen der Länge der Dienstzeit und deren unzureichender Bewertung für nicht gangbar und geeignet, die städtischen und ärztlichen Interessen in gleicher Weise zu schädigen.“

**Schulanfang im Sommer.** Mit Zustimmung des Provinzial-Schulkollegiums soll der Unterricht in den Berliner Gemeindeschulen im Sommer 1912 wie bisher um 8 Uhr morgens anfangen. Den Direktoren bleibt es überlassen, für die untersten beiden Klassen den Schulanfang auf 9 Uhr festzusetzen.

### Die byzantinische Krankheit.

Ferdinand Avenarius schreibt im „Kunstwart“:  
„Aus meinen Kinderjahren erinnere ich mich noch sehr deutlich daran, wie oft in Berlin vor Weihnachten der Bogen Wilhelm I. vor einem Hoflieferantenladen hielt. Der Leibjäger stand vor der Tür, der alte Herr selbst kam mit einem Adjutanten drinnen ein; wer vorüberging, warf einen schnellen Blick zu ihm, aber selbst wir Jungen hätten es unter unserer Quintaner- und Quartanerwürde gehalten, stehen zu bleiben und zu warten. Und wie treibt man's jetzt um die Weihnachtszeit? Eine Menschenmenge von Hunderten, Diener, Bedienten, um wenigstens eine enge Gasse von der Laden- zur zum Bogen frei zu halten. Nicht des Kaisers wegen; dem hat man das Kaufen in Läden schon verleidet. Schon irgend eines Prinzeßens oder einer Prinzessin wegen. Es ist nicht nur byzantinisch-unwürdig, es ist auch sehr lächerlich. Klein-städtisch. Weint mir. Aber diese kleinstädtisch-byzantinische Mischung ist nicht nur auf Berlin beschränkt. Sie wird auch durch die löbliche Presse seit rund fünfzehn Jahren geradezu systematisch geübt und verbreitet, so lange ungefähr, wie durch die Verbindung von Momentphotographie und Autotypie die „aktuelle Illustration“ aufgenommen ist. Man müßte sich im Vorbildern überdienen, und ganz äußerlich bleiben müßte man auch — also heran, ihr Heimgartenmenschen von Nimen, Literaten, Malern, Adligen, Fürsten, ihr Hochzeiten und Verlobungen bei Hof und in der „Gesellschaft“, ihr Gleichgültigen, ihr Nichtigkeiten! Wer seinen Wagen nicht zu schonen braucht, suche einmal einen Vierteljahrgang „Woche“ daraufhin zu gehen. Wenn sich Erbgraf Alig zu Veim-Stein-Neimburg mit Komtesse Eulalia zu Schweinichen verlobt, so bekommen wir nicht nur die beiden Hochgeborenen, sondern auch noch die sämtlichen Festteilnehmer im Bildnis vorgeführt. Es scheint, als wenn die byzantinische Krankheit von der Partei ziemlich unabhängig wäre. Was in Berlin nicht fortschrittlich ist, ist ja meistens sozialdemokratisch, trotzdem sind bei jedem „höheren“ Ladeneinkauf die unentwerteten Partenden und sind bei jedem Mitt des Kaisers durch die Straßen in dieser hastenden Zeit die Wengen da, die Zeit haben, neben ihm her zu laufen. Von den Zeitungen sind freilich die sozial-

demokratischen am Byzantinismus, soweit er die „Gesellschaft“ anbetrifft, ohne Mitschuld. Aber die Grenze nach rechts ist sehr bald erreicht, schon im „Berliner Tageblatt“ blüht die heimliche Ehrfurcht vor allem Adelligen und Reichen nicht bloß völkchenmäßig, sondern in Beeten. Auf der Rechten wird der Byzantinismus bekanntlich besonders gern mit Patriotismus verwechselt. Man braucht nur an so bedeutende Kon-servative wie Lagarde zu denken, um sich daran zu erinnern, daß es auch in dieser Partei stets Männer gab, die mit Entschiedenheit gegen diese Resalians der Gefühle wirkten. Mag sein, es liegt mehr beim Blendenden und Suggestierenden jeder Ausnahmestellung, was das allgemeine Byzantineln heute unterjagt.“

Ueber den Bau des Krematoriums wird aus dem Rathaus berichtet: Die städtischen Behörden haben bekanntlich beschloffen, die auf dem Friedhof in der Gerichtstraße befindliche Urnenhalle des Vereins für Feuerbestattung in ein Krematorium umzubauen zu lassen. Auf Grund der Ausführungsbestimmungen zum Feuerbestattungsgesetz wurden seitens des Polizeipräsidiums zahlreiche Anstände gegen die geplante Anlage oder einzelne Teile derselben erhoben. Die Arbeiten kamen deshalb nicht vorwärts. Nach einer Besprechung der Angelegenheit zwischen dem Deputierten des städtischen Verwaltungswesens und den Vertretern des Polizeipräsidiums fand gestern eine Besichtigung der Anlagen statt. Danach besteht die Hoffnung, daß die polizeiliche Genehmigung alsbald erfolgen wird. Sobald diese eingetroffen ist, wird es möglich sein, das Krematorium in circa 8—10 Wochen fertigzustellen und seinem Bestimmungszweck zu übergeben.

### Die Fügigkeit bei der Armenverwaltung

wird beleuchtet durch eine Erfahrung, die der Vormund eines unehelichen Kindes gemacht hat. Da der Vater seine Unterhaltspflicht nicht regelmäßig erfüllte und die sonstigen Unterhaltsmittel für Mutter und Kind dem Vormund ungenügend schienen, so rief dieser die Hilfe der Armenpflege an. Er führte die Mutter seines Kindes zu dem Vorsteher der Armenkommission ihres Bezirks, doch wurde hier sein mündlich vorgebrachtes Ersuchen um Unterstützung für sie in einer Form beantwortet, die nicht sehr verheißungsvoll klang. Der Vormund richtete infolgedessen etwa eine Woche später an die Armenkommission eine schriftliche Eingabe, um dort für Mutter und Kind eine Unterstützung zu erwirken. Dabei machte er nun den Fehler, auch Schriftstücke beizufügen, die er zur Verfolgung des Unterhaltsanspruches der Mutter gegen den Vater brauchte. Diese Papiere, seine Bestallung zum Vormund und eine gerichtliche Auffertigung zur Zwangsvollstreckung, wurden nicht etwa dem Vormund schleunigst zurückgeschickt, sondern blieben bei den Akten.

Die Sache nahm dann den üblichen, langsamen Gang — diesmal sogar einen noch langsameren, als es im allgemeinen üblich ist. Nach einiger Zeit kam zu dem Vormund ein Herr, anscheinend ein Mitglied der Armenkommission, um den Fall nach Vorbericht erst mal gründlich zu revidieren“. Er farierte sich alles gewissenhaft auf und besuchte darauf auch die Mutter, bei der das Frage- und Antwortspiel sich wiederholte. Wieder nach einiger Zeit wurde die Mutter vor das Armenamt geladen — ihre Wohnung liegt im Gebiet des Armenamtes Roabit — und befragt nach dem Ergebnis des hier nochmals mit ihr angestellten Verhörs zu den Akten, die dadurch um ein neues Stück bereichert wurden. Dann aber blieb alles still. Vergeblich wartete der Vormund, daß die Mutter seines Kindes ihm die Freundschaft bringen würde, ihr sei die erbetene Unterstützung endlich bewilligt worden. Nebenbei bemerkt: die Mutter ist verheiratet mit einem Arbeiter, der nicht der Vater ihres unehelich geborenen, jetzt vierjährigen Kindes ist. Einige Wochen nach Einreichung jenes Gesuches an die Armenkommission wurde der Mann erwerbslos, und da der Winter herankam, so sah die Familie schlimmen Tagen entgegen. Der Vormund hätte gern dem unehelichen Vater den Gerichtsvollzieher auf den Hals geschickt, doch seine Papiere waren ja bei den Akten in der Armenverwaltung. Als er schriftlich darum mahnte, kam keine Antwort, und auch seine mündliche Anfrage beim Armenamt brachte keine Aufklärung. Die Bestallung zum Vormund wurde ihm vom Vormundschaftsgericht auf seinen Antrag ausgefertigt, aber mit ihr allein konnte er nichts anfangen. Nachmal fand sich bei der Mutter wie bei dem Vormund ein anscheinend von der Armenkommission beauftragter Herr ein, um zu revidieren. Auf des Vormundes Frage nach den Papieren erklärte er, die habe er bei den Akten. Und da blieben sie weiter. Ein volles Vierteljahr hatte der Vormund gewartet, dann rief ihm endlich die Geduld. Er wandte sich an einen sozialdemokratischen Stadtverordneten, der in der Armenverwaltung tätig ist. Auf dessen Rat mahnte er unter Ueberreichung einiger von dem Stadtverordneten aufgeschriebenen Zeilen nochmals das Armenamt, und nun geschah das Unerwartete, daß schon am andern Tage jener oben erwähnte Armenkommissionsvorsteher persönlich dem Vormund in die Wohnung kam und ihm die ver-missten Schriftstücke überreichte. Gleichzeitig teilte der Vorsteher ihm mit, daß der Mutter des Kindes 6 M. bewilligt worden seien, die man ihr am 1. Februar auszahlen werde. Im Oktober hatte der Vormund jenen Besuch bei dem Armenkommissionsvorsteher gemacht, noch vor Ablauf des Oktober hatte er sich auch an die Armenkommission gewandt — und erst Ende Januar sah er seine Papiere wieder und erhielt zugleich die Mitteilung, daß der Frau geholfen werden solle.

Diese im Zeitraum von drei Monaten zustande gebrachte Fügigkeit ist so ungewöhnlich, daß man Aufklärung darüber fordern muß, wenn sie zu denken ist. Wer den bei solchen Unterhaltssachen üblichen Geschäftsgang kennt, wird annehmen wollen, daß die Akten bei der Armenkommission gelogen haben müssen. Diesmal aber erscheint uns das deshalb nicht glaubhaft, weil der Kommissionsvorsteher, ein im Hause Reust-straße 35 wohnender Herr Storck, in seiner Berufstätigkeit das Amt eines erprobten Sekretärs und Kassators bekleidet und daher zweifellos die hohe Wichtigkeit von Akten zu würdigen weiß. Vielleicht äußert sich die Armenkommission selber darüber, wer sich das Verdienst dieses Fügigkeitserfolgs erworben hat.

Ein verärgertes Geheimrat scheint Herr Raveno zu sein, der eine von seinem Großvater angelegte Gemäldegalerie besitzt. Der Mann hat die Absicht kundgegeben, seine Kunstschätze zu veräußern, weil er sich über die Stadt Berlin geärgert hat. Einem Mitarbeiter des „Vollanzeiger“ gegenüber hat sich der Herr wie folgt offenbart: „Ich wollte die Angelegenheit nicht in die Öffentlichkeit bringen. Da sie nun aber einmal angeschnitten worden ist, möchte ich Ihnen in aller Öffentlichkeit ihren Hintergrund mitteilen. Zwischen der Stadt Berlin und mir schwebt seit 18 Jahren ein Expropriationsprozeß wegen des bayerischen Stammhauses in der Wallstr. 92/93. In erster Instanz gewann ich den Prozeß, in zweiter Instanz dagegen war die Stadt siegreich, weil sie den Einwand der Verjährung erhob. Das gab den Anlaß, daß ich die Galerie für das Publikum schloß und mich mit dem Gedanken trug, sie zu veräußern, während ich früher die Absicht hatte, sie der Stadt zu überlassen. Der an Kunstschätzen reiche Bestand sollte auf diese Weise allgemein zugänglich bleiben, da seine bisherigen Räume über kurz oder lang doch wohl zu geschäftlichen Zwecken

werden herangezogen werden müssen. Das Gerücht, daß bereits Angebote an mich gerichtet worden seien, besonders wertvolle Gemälde, wie z. B. Friedrich der Große auf Reisen“ von Menzel, zu verkaufen, beruht auf Richtigkeit. Ich habe sonderb von englischer Seite mehrfach Angebote bekommen. Eine Entscheidung habe ich jedoch noch nicht getroffen.“

Der Herr Geheimrat kam mit seinem ihm überkommenen Eigentum machen was er will. Daß er aber so offen aus Ärger handelt, zeigt die Schädlichkeit des privaten Besitzes.

Eine neue selbsttätige Schutzvorrichtung an Straßenbahnwagen. Auf Anordnung der Aufsichtsbehörden werden gegenwärtig 90 Triebwagen der Großen Berliner Straßenbahn mit einer neuen selbsttätigen Schutzvorrichtung ausgerüstet. Sie besteht im wesentlichen aus dem vorderen Lastbrett oder „Laster“ und dem unter der Plattform belegenen Fangkorb. Sobald ein Verunglückter den Laster berührt, wird der Fangkorb selbsttätig ausgelöst und fällt mit seinem vorderen Ende auf das Straßenpflaster, um den Verunglückten aufzunehmen. Nach Befreiung einer unter den Wagen geratenen Person wird der Fangkorb und Laster durch Anziehen einer Kette, die auf der Plattform in der Nähe des Führerstandes angebracht ist, wieder in Aufnahmebereitschaft gesetzt. Zunächst sind einzelne Wagen der Linie 61 mit der neuen Vorrichtung ausgerüstet worden.

Die allgemeine Bäderdesinfektion hat die Stadt Charlottenburg in ihrer städtischen Desinfektionsanstalt eingeführt. Die Gebühr beträgt für einen Korb, der etwa 100 Bäder gewöhnlichen Formats enthält, 2 M., für jeden weiteren Korb 1 M. Bis auf weiteres sollen die Bäderdesinfektionen am ersten Donnerstag jeden Monats ausgeführt werden. Die zur Desinfektion bestimmten Bäder sind bis zum vorhergehenden Mittwochabend 6 Uhr mit einem Verzeichnis an die Desinfektionsanstalt in der Wallwitzstraße abzuliefern, von wo sie am Freitag wieder abgeholt werden können. Innerhalb Charlottenburg erfolgt die Abholung und die Rückführung auf Wunsch auch durch Angestellte der Desinfektionsanstalt gegen die tarifmäßige Gebühr. Sendungen durch die Post dürfen nur unter Verpfändung der sanitätpolizeilichen Vorschriften aufgegeben werden und müssen portofrei eingehen. Nähere Auskünfte erteilt die Desinfektionsanstalt (Fernsprecher Amt Charl. 427).

Mit der Eckhausfalle legen Gauner immer und immer wieder vertrauensvolle Leute hinein. Ihr Trick ist immer ein anderer, doch das Haus mit seinen zwei Ausgängen spielt immer die Hauptrolle. So nepte ein Schwindler auf diese Weise wieder einen jungen, erst vor kurzem aus Oesterreich nach Berlin gekommenen Hotelbedienten um einen erheblichen Betrag. Der Gauner sprach den Hotelbedienten auf dem Bahnhof Alexanderplatz an und bat ihn, ihm gegen ein gutes Trinkgeld behilflich zu sein bei der Abholung seines Gepäcks. Der Hotelbedienten erklärte sich bereit, ging mit ihm nach dem Eckhaus Dirschenstraße-Alexanderplatz und ließ ihn hier warten mit der Bemerkung, er werde sein Gepäc selbst herunterschleppen. Nach kurzer Zeit kam er wieder und sagte, seine Wirtin verweigere ihm die Herausgabe, weil er die Rente noch nicht bezahlt habe. Er könne dies aber augenblicklich nicht, weil er kein flüssiges Geld habe. Durch das sichere Auftreten des Fremden ließ sich der Hotelbedienten bewegen, ihm dieses Geld auf kurze Zeit vorzustrecken. Dieser ging nun wieder in das Haus hinein, kam aber nicht mehr zum Vorschein, wenigstens nicht aus der Tür, durch die er in das Haus hineingegangen war. Als der Hotelbedienten schließlich Verdacht schöpfte, gingen ihm die Augen auf, als er den zweiten Ausgang an der anderen Seite des Hauses bemerkte.

Zu dem Unfall in der Webfabrik von Grünthal, Paffoth u. Co. schreibt uns die Firma: Ordnungsgemäß ist das Verbandzeug in gutem, reinem Zustande vorhanden gewesen und hat der Arbeiter das Handtuch nur über den Verband gewickelt. Was die Angelegenheit mit der Kreisfrage betrifft, so ist diese eine Vorrichtung, wie sie absolut den gesetzlichen Vorschriften entspricht.

## Vorort-Nachrichten.

### Neukölln (Nizdorf).

Den Sammelpolitiker zu den kommenden Stadtverordnetenwahlen mimt im hiesigen „Tageblatt“ unter der Rubrik: „Dessentliche Meinung“ bereits ein „Wähler der 2. Abteilung“. Daß dem Pseudonym die Interessen der jetzt aus der 2. Wählerabteilung hinausbuglierten Vertreter in gleicher Weise am Herzen liegen, zeigt der Erguß, den wir schon seiner Originalität halber wiedergeben, klar und deutlich. Er lautet:

### Mitbürger Neukölln!

Dank der Einigkeit der bürgerlichen Parteien des Stadtparlaments ist die schwungvolle Forderung des Stadnamens zustande gekommen. Neukölln, ein stolzer, ein schöner, ein klangvoller Name! Ihn unbesiegt und glänzend zu erhalten, muß das Bemühen aller gutbürgerlichen Kreise des Ortes sein.

Ob die Bürgerschaft hierzu fähig ist, das wird sich schon in der nächsten Zeit bei den Stadtverordnetenwahlen ergeben. Da gilt es zu verhindern, daß die Sozialdemokratie die Oberhand in unserem Orte gewinnt.

Mitbürger Neukölln, treugesinnte Bürger aller Stände! Verschalt nicht in den verhängnisvollen Fehler der Zersplitterung, der den Deutschen schon so oft geschadet hat, sondern seid einig — diesmal seid einig! — Stellt alle eure kleinen und großen persönlichen Wünsche hinten und gebt der Welt ein leuchtendes Beispiel bürgerlicher Schwungkraft und Größe! Einen Selbstmord am Bürgertum der Stadt begeht ihr, wenn ihr anders handelt. Seid nicht verzagt, ihr Bürger alle, seid nicht bequem, seid nicht gleichgültig, seid vielmehr selbstbewußt, mutig und stolz, und tretet ein für die Ehre des jungen Namens Eurer Stadt! Wenn es uns gelänge, die zweite Wählerklasse dem Bürgertum zu erhalten — und Aussicht dazu ist vorhanden —, dann hätten wir die erste Großtat vollbracht im kommunalpolitischen Leben Neuköllns. Ein Wähler der 2. Abteilung.

Interessant an dem Aufruf ist der Satz, daß es das Bemühen aller gutbürgerlichen Kreise des Ortes sein müsse, den Namen Neukölln unbesiegt und glänzend zu erhalten. Dann hätte sich aber der Wähler der 2. Klasse an eine andere Adresse wenden müssen. Denn die Schändung des früheren Ortsnamens durch den bekannten Gewalttreiber der bürgerlichen Mehrheit zeigt, daß die bisherigen Vertreter in der zweiten Klasse die ungeeignetsten sind, einen klangvollen Namen glänzend und unbesiegt zu erhalten. Was es im übrigen mit der bürgerlichen Schwungkraft auf sich hat, von der die treugesinnten Bürger aller Stände bei den Wahlen ein leuchtendes Beispiel geben sollen, beschränken wir uns darauf die Ergebnisse der späteren Wahlen abzuwarten. Ein leuchtendes Beispiel bürgerlicher Schwungkraft werden sie, das wird die Aufklärungsarbeit unserer Genossen sorgen, sicher nicht geben.

Interessant ist noch die Anmerkung, die die Redaktion diesem Aufruf anhängt: „Früher als zu erwarten war, scheint man diesmal

In die Wahlbewegung eintreten zu wollen, wie obige Aufschrift beweist. Streng unserem Prinzip getreu, auch im Wahlkampf neutral zu bleiben, stellen wir hiermit allen Parteien in unserer Stadt die Spalten unseres Blattes zur Verfügung, um ihre Stellung bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen zum Ausdruck zu bringen.

Es klingt recht sonderbar, von Neutralität im Wahlkampf zu reden, wenn man weiß, daß der Besitzer des „Tageblatts“ der durch das Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts mit auf die Strecke gebrachte Vertreter der zweiten Abteilung, Herr Glafemann ist.

### Schöneberg.

Der Etat Schönebergs für das Geschäftsjahr 1912/13 liegt im Rathause gegenwärtig öffentlich zur Einsicht aus. Der Etat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 22 181 839 M. ab; davon fallen auf das Ordinarium 18 464 082 M., auf das Extraordinarium 3 717 757 M. Im Etatsjahre 1911/12 betrug die Endsumme des Gesamtetats über 27 1/2 Millionen Mark; das Weniger des neuen Etats gegenüber dem alten um rund 5 Millionen Mark ist in dem Nachlasse der Anforderungen für Kanalisation, Untergrundbahn und Kapital- und Schuldenverwaltung zu suchen. Das Mehr der ordentlichen Verwaltung gegenüber dem letzten Jahr beträgt rund 1 200 000 M. Millionenetats in Ausgabe weisen auf der Etat der allgemeinen Verwaltung (2 288 470 Mark), der Bauetat (2 109 485 M.), der Schuletat (3 662 977 M.), der Krankenhausetat (1 293 865 M.), der Etat für die Untergrundbahn (1 056 450 M.), der Steueretat (1 105 600 M.) und der Kapital- und Schuldenetat (4 487 620 M.). In Einnahmen weisen auf der Bauetat 1 812 150 M., der Untergrundbahnetat 1 056 450 M. und der Steueretat 8 577 314 M.

### Charlottenburg.

Elternverein für freie Erziehung. Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, findet unter fachmännischer Leitung eine Besichtigung des Verkehrs- und Baumuseums statt. Treffpunkt: pünktlich 1/2 Uhr Straßenbahnhaltestelle am Anie. Jedes Kind hat 20 Pf. Fahrgehalt mitzubringen. Auch Nichtmitglieder und deren Kinder können an den Besichtigungen teilnehmen. Für Nachzügler 10 1/2 Uhr vor dem Museum Invalidenstr. 50/51. Kinder unter 10 Jahren sind von der Beteiligung ausgeschlossen. Der Vorstand.

### Lichtenberg.

Aus Liebesgram versuchte sich das 16jährige Dienstmädchen Lina Richter aus der Simpfonstraße 2 das Leben zu nehmen. Die R. hatte Meldung zufolge vor einigen Wochen auf einem Tanzveranstalten einen jungen Kaufmann kennen gelernt, zu dem sie eine tiefe Neigung faßte, die jedoch nicht erwidert wurde. In der Nacht zum gestrigen Mittwoch gegen 12 Uhr stürzte sich das Dienstmädchen aus dem Fenster ihrer in dem zweiten Stockwerke belegenen Schlafkammer auf den Hof hinab, wo sie blutüberströmt und bewußtlos liegen blieb. Die R., die schwere äußere und innere Verletzungen erlitten hatte, wurde in bedenklichem Zustande nach dem Rummelsburger Krankenhaus übergeführt.

### Zehlendorf (Bannseebahn).

Räumen von Wohnungen fordert ein in Hunderten von Exemplaren an die Einwohner Zehlendorfs sowie Schlachten- und Schreibern des Amtsvorstehers. Von dieser Maßnahme sollen, wie man uns mitteilt, jene Einwohner betroffen werden, deren Wohnungen im Dachstuhl liegen oder die im Kellergehoß unter oder sonstige zum dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmte Räume inne haben. Die Anordnung stützt sich auf eine für die Vororte von Berlin am 28. Mai 1907 erlassene Bauordnung sowie den § 192 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom Jahre 1888, die das Verbot von solchen Räumen verbietet. Da nun eine große Anzahl der von dieser Maßnahme betroffenen Bewohner bereits jahrelang die Räume inne haben und nicht selten langfristige Verträge mit dem Hauseigentümer abgeschlossen haben, so werden dieselben natürlich in eine recht eigenartige Lage versetzt umso mehr, als in dem Schreiben die Räumung der betreffenden Wohnungen bis spätestens 1. Juli dieses Jahres angeordnet ist. Ein Mieter des Hauses Adalbertstraße 33, der gleichfalls ein solches Schreiben erhalten hat, zahlt für die in den ersten Stockwerk liegende Wohnung, bestehend aus vier Zimmern, 1000 M. Jahresmiete. Ueber seiner Wohnung befindet sich noch eine vermietete Kammer. Im gleichen Hause hat derselbe Mieter zu Bureauzwecken eingerichtete Räume inne, die von der Behörde als im Kellergehoß liegend bezeichnet werden. Da dieser Mieter in der Küche seiner Wohnung nur Kochgas und in den Bureauzwecken zu Heizzwecken Warmwasser-Heizkörper verwendet, glaubt derselbe, daß ein Anlaß zur Räumung beider Räumlichkeiten auf Grund der angezogenen Bestimmungen nicht vorhanden ist. Zudem befindet sich seinem Bureau gegenüber ebenfalls im Kellergehoß das Einwohnermeldeamt. Ob auch letzteres nach anderen Räumern überfiedeln muß, ist noch nicht bekannt. Dieses angezogene Beispiel zeigt jedenfalls, wie diese plötzliche Anordnung, die auch bereits in anderen Orten, wenn auch nur in vereinzelt Fällen angewendet worden ist, für eine große Anzahl Mieter eine Härte bedeutet.

### Groß-Lichterfelde.

Aus der Gemeindevertretung. Auf der Tagesordnung befand sich ein Nachtragsvertrag mit der Eisenbahndirektion Berlin betreffend die Unterführung der Wilhelmstraße. Gemeindevertreter Meyer nahm sofort zur Geschäftsordnung das Wort und wies darauf hin, daß diese Vorlage erst die Bau- und Etatskommission zu passieren habe. Der Gemeindevorstand wies indes nach, daß die Kommission bereits im Juli sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt habe und die Vorlage unter Mitwirkung des Herrn Meyer ausgearbeitet worden sei. Danach soll die Richtweite der Unterführung auf 21 Meter vergrößert werden. Die erforderlichen Kosten betragen 4000 Mark. Derselben wurden genehmigt. Außerdem wurden weiter entstehende Kosten bis zum Betrage von 5500 Mark bewilligt, falls der Eisenbahnstus für die Ueberführung von weiteren vier Geleisen eine nochmalige Verbreiterung der Ueberführung vornehmen muß. Den Erlaß einer Polizeiverordnung betr. die Genehmigung des Reihenhausebaues für das von der Drake-Richard-Redwigstraße und der Wannseebahn begrenzte Gelände wurde zugestimmt. Außerordentlich erfreulich ist der Beschluß, den Ort um eine weitere Kirche zu bereichern, die am Friedrichsplatz zwischen Pfeiferde- und Ringstraße postiert werden soll. Nach den Ausführungen des Gemeindevorstehers Schulz wird nach Fertigstellung des Baues des Schöneberg von acht Jahren bewilligt; macht sich nach dieser Zeit das unabweisbare Bedürfnis nach einem neuen Gotteshaus geltend, dann sollen die politische Gemeinde zwei Fünftel, die Kirchengemeinde drei Fünftel zu den Kosten beitragen. Gemeindevorsteher Jaeger glaubte, das Bedürfnis für den jetzigen Kirchenbau bestreite zu müssen, da Groß-Lichterfelde ein „freigeistiger“ Ort und eine weitere Kirche wohl nicht nötig sei. Herr Jaeger ist aber ein konsequenter Rationalist und demzufolge stimmte er auch für die Vorlage, die Kirche zu bauen! Das beweist auch wieder einmal, wie bedenklich es ist, einen Staatsbeamten als Gemeindevorsteher zu wählen. Gemeindevorsteher Schulz gab seiner „großen Freude“ Ausdruck über die einstimmige Annahme der Vorlage, was ihm oben hoffentlich nicht übel genommen wird. Für das Schallerudern bei den höheren Schulen wurden wiederum 4200 M. und gleichzeitig weitere 4000 M. für die Einrichtung eines Aulerkostens im Realgymnasium bewilligt. Diese Einrichtung soll den Zweck haben, den Schülern der höheren Schulen Aulerkosten zu ermöglichen, damit sie dann als vollendete Sportmänner ins große Wasser sich begeben können. In den Souterrainräumen des Gymnasiums wird also ein See in miniatur geschaffen. Gemeindevorsteher Langner verteidigte diese für Groß-Lichterfelde neue und absolut notwendige Einrichtung mit durch-

schlagenden Gründen und hinreichender Bedachtsamkeit, denen sich nur die Gemeindevorsteher Souhon und Engelmann zu entziehen vermochten. Sie stimmten gegen dieses wässerige Projekt. Eine wesentliche Verbesserung der Verkehrsverhältnisse soll geschaffen werden durch die Verlängerung der Straßenbahnlinien B und F vom Schloßplatz in Steglitz durch die Straße „Unter den Eichen“ nach der Anseebrücke an der Dahlemer Grenze. Nach dem genehmigten Vertragsentwurf wird der Westliche Berliner Vorortbahn die Zustimmung zum Betrieb dieser beiden Linien gegen eine einmalige Entschädigung von 75 000 M. bis zum 31. Dezember 1939, und für den Fall, daß sie den Betrieb ihrer Bahn in Berlin über diesen Zeitpunkt hinaus weiterführen sollte, bis zum Endpunkt der Betriebsjahre, aber nicht über den 31. Dezember 1949 hinaus erteilt.

### Friedenau.

Die Freie Turnerschaft Friedenau (M. d. R. T. V.), welche wegen Lokalmangel seit dem 1. Oktober 1911 den Turnbetrieb einstellen mußte, hat denselben wieder eröffnet. Der Verein turnt von jetzt ab Dienstag und Donnerstag von 8 1/2—10 1/2 Uhr im Kaiser-Wilhelm-Garten, Rheinstr. 65. Freunde und Gönner der Turnsache sind hierzu eingeladen.

### Nowawes.

Kaufmannsgerichtswahlen. Nachdem die Vorbereitungen für die Errichtung des Kaufmannsgerichts zum Abschluß gelangt sind, werden nunmehr die Wahlen der Richter ausgeschrieben. Zu wählen sind je sechs Richter aus den Kreisen der Kaufleute und Handlungsgehilfen auf die Dauer von drei Jahren. Die Wahlen wählen ihre Richter am Donnerstag, den 14. März, von 5 bis 9 Uhr nachmittags, die Prinzipale am Freitag, den 15. März, von 5 bis 7 Uhr nachmittags im Sitzungssaale des Rathauses, Pfleiferstraße 82. Für die Wahlen der Prinzipale werden Listen aufgestellt; in diese werden alle wahlberechtigten Kaufleute, deren Eintragung vom 1. bis 13. Februar beantragt wird, eingetragen. Während dieser Eintragungsdauer liegen die Listen in den Bureauzwecken, Nietenstraße 1, parterre rechts, zu jedermanns Ansicht aus. Für Kaufleute, die bis zum Tage der Wahl nicht eingetragen sind, ruht das Stimmrecht. Für die Wahl der Handlungsgehilfen werden Listen nicht aufgestellt. Zur Teilnahme an den Wahlen, die nach den Grundzügen der Verhältnisse erfolgreich und unmittelbar und geheim sind, sind berechtigt: a) solche Kaufleute, die das 25. Lebensjahr vollendet und im Bezirke des Kaufmannsgerichts ihre Handelsniederlassung haben, b) solche Handlungsgehilfen, die das 25. Lebensjahr vollendet haben und im Bezirke des Kaufmannsgerichts beschäftigt sind. Zum Mitglied des Kaufmannsgerichts soll nur berufen werden, wer das 30. Lebensjahr vollendet hat, im Bezirke des Kaufmannsgerichts seit mindestens zwei Jahren seine Handelsniederlassung hat oder beschäftigt ist und in dem der Wahl vorangegangenen Jahre für sich oder seine Familie Armenunterstützung nicht empfangen oder die empfangene Unterstützung zurückgezahlt hat. Die Wahlhandlung ist öffentlich. Als Legitimation genügt für Kaufleute eine amtliche Bescheinigung über ihre Eintragung in die Wählerliste, für Handlungsgehilfen ein Zeugnis des Prinzipals oder der Polizeibehörde. Vordrucke zu diesen Zeugnissen werden vom Gemeindevorstand ausgegeben.

Volks-Theaterabend. Am Sonnabend, den 3. Februar, gelangt im Singsaale durch das Berliner Theaterensemble (Direktion Heuser u. Sohn) das vieraktige Schauspiel „Papstentwurf“ von Meyerlein zur Aufführung. Eintrittskarten kosten an der Kasse 50 Pf., im Vorverkauf 40 Pf. Kinderkarten zum halben Preise. Beginn 8 1/2 Uhr. Nach der Vorstellung Tanzkränzchen.

### Spandau.

Von einem tragischen Schicksal ist die 18jährige Fabrikarbeiterin Frida Berger von hier betroffen worden. Das junge Mädchen war vor längerer Zeit schwer erkrankt und mußte mehrere Wochen im Spandauer Krankenhaus verweilen. Vorgefunden wurde die D. aus der Anstalt entlassen und machte sich sofort auf den Weg, um wieder Beschäftigung zu suchen. Beim Passieren der Potsdamer Straße erlitt das Mädchen jedoch plötzlich einen Schwächeanfall und stürzte auf den Straßenbahngleisen zu Boden, wobei sie sich eine klaffende Kopfwunde zuzog. Während die Berunglückte emporzurichten sich bemühte, nahte ein Straßenbahnwagen heran, dessen Führer es trotz energischer Bemühungen nicht mehr gelang, den Wagen rechtzeitig zum Stehen zu bringen. Die D. wurde von dem Motorwagen erfasst und eine kurze Strecke mit fortgeschleift. Die Bedauernswerte, die außer verschiedenen äußeren Wunden auch innere Verletzungen davongetragen hatte, wurde wieder in das städtische Krankenhaus eingeliefert.

### Potsdam.

Schwerer Betriebsunfall. Vorgestern Abend verunglückte in einer Dampfwascherei zu Neu-Fabrizand der Wäschemeister Albert Schwahn, ein 52-jähriger Mann, der im Betriebe beschäftigt ist. Sch. kam dem Treibriemen mit dem linken Arm zu nahe. Die Transmissionskraft des Arms und riß ihn aus dem Ellbogengelenk. Man schaffte sofort den Schwerverletzten nach dem St. Joseph-Krankenhaus, wo der Armstumpf amputiert werden mußte.

## Aus aller Welt.

### Alles auf den Kopf gestellt!

Recht originelle mathematische Berechnungen veröffentlicht nach Abschluß der Wahlen ein Genosse in der Wiener „Arbeiter-Zeitung“: Das sind doch Kerle, die deutschen Genossen! Die haben ja bei diesen Wahlen alles auf den Kopf gestellt! In der Hauptwahl holen sie sich 64 Mandate und Umfänger, wie sie schon sind, stellen sie die Zahl 64 auf den Kopf und holen 46 Mandate bei den Stichwahlen. Natürlich vollzog sich dieser Stichwahlumschwung in drei Raten. Da die Sozialdemokraten alles an der Wurzel ansetzten, so war es klar, daß sie für den ersten Stichwahltag aus dem Ergebnis der Hauptwahl die Wurzel ziehen mußten. Die Quadratwurzel aus 64 ist 8 und acht Mandate haben sie sich am ersten Stichwahltag auch pünktlich geholt. Nun ging die Umfänger schon leichter. Sie hatten jetzt 72 Mandate und brauchten die Zahl 72 nur den Kopf zu stellen, um zu wissen, daß sie sich am zweiten Stichwahltag 27 Mandate holen müssen. Das haben sie auch redlich getan und hatten nach dem zweiten Stichwahltag insgesamt 99 Mandate. Die Zahl 99 durch bloße Umstellung der Ziffern auf den Kopf zu stellen, hat seine Schwierigkeiten; denn stellt man die zwei Neuner um, so bleibt wieder 99 und 99 Mandate am dritten Stichwahltag zu holen, ist selbst für unsere deutschen Genossen etwas schwer, wenn nur 33 Stichwahlen sind. Doch unsere Genossen wußten sich zu helfen: die Zahl 99 besteht aus zwei Neunern, wenn man diesem Paar der höchsten Ziffer ein Paar der kleinsten Ziffer gegenüber stellt, so hat man die Zahl 11, und das ist auch ein ganz hübscher Umfänger. Die 11 Mandate haben sich unsere Genossen auch am dritten Stichwahltag geholt und damit die Stichwahlmandate auf 46 gebracht, wodurch die 64 der Hauptwahl ganz ordnungsmäßig auf den Kopf gestellt war. Da sie damit 110 Mandate erreicht hatten, so stand auch schon der ganze Reichstag auf den Füßen, während er vorher auf dem Kopfe gestanden hatte. Die fortgeschrittene Majorität ist jetzt oben und der schwarzblaue Block liegt unten. So kommt es eben, wenn eine Umfängerpartei an der Arbeit ist, die mit solch' mathematischer Präzision arbeitet wie unsere Bruderpartei im Reich.

### Schwere Bluttat in Prenzlau.

Von zwei Einbrechern — wahrscheinlich Berlinern, die sich auf einer Gasspieltour in der Provinz befanden — wurde am Dienstag-

abend in Prenzlau ein schweres Verbrechen verübt. Die beiden hatten einen Einbruch in das Prenzlauer Amtsgericht geplant und wurden durch den patrouillierenden Kastellan Dehn gestört. Während der Verfolgung der Einbrecher zog einer von ihnen einen Revolver und stieß den Kastellan durch einen Schuß zu Boden. Die Kugel war dem Kastellan in den Unterleib gedrungen und hatte ihn schwer verletzt. Kurz darauf feuerten die Verbrecher einen zweiten Schuß ab, der dem Schneidermeister Leonhardi den linken Oberarm zerhackte. Schließlich gelang es den Attentätern, im Dunkel der Nacht zu entkommen.

### Die Explosionskatastrophe in Nürnberg.

Das schwere Brandunglück im Nürnberger Betriebe der Maschinenbau-Aktiengesellschaft Augsburg-Nürnberg, über das wir bereits in unserer vorigen Nummer berichteten, hat im Laufe der Nacht zum Mittwoch noch mehrere Todesopfer gefordert. Außer den drei sofort getöteten Schlossern Fabriz, Petreschla und Fäßer sind im Krankenhaus ihren Verletzungen erlegen: der Meister Jobst, die Monteur Kropf, Geher und Brindmann und der Schlosser Kieber. Es liegen im Krankenhaus mit leichteren Verletzungen noch der Obergerichtsschwarz, der Ingenieur Blocher, der Techniker Seifert und die Schlosser Weiler und Clemens.

Die bisherige Untersuchung der Ursache des Brandunglücks hat folgendes ergeben: Bei einer Maschine, die schon seit Monaten als Versuchsmaschine lief, war in der Luftzuführungsleitung, die nur unter niedrigem Druck stand, durch ein Zusammenstoßen verschiedener unglücklicher Umstände eine Schmierölexplosion eingetreten. Die Luftleitung erhielt hierdurch verschiedene Risse, aus denen die Flammen gleichzeitig herausschlugen und auf die nächste Umgebung und auf die entfernter stehenden Brennstoffbehälter übersprangen. Der Unfall war deshalb so furchtbar, weil gerade an diesem Tage außergewöhnlich viel Personen an der Maschine und in der Umgebung beschäftigt waren und die Kleider des Versuchspersonals sowie die brennbaren Stoffe in der Umgebung infolge der Versuche zum Teil mit Öl getränkt waren. Dadurch wird es auch erklärlich, daß fast alle Verletzungen auf Verbrennung zurückzuführen sind.

### Kleine Notizen.

Entwischt. Aus dem Gefängnis in Köln ist in der vergangenen Nacht der von der Strafkammer wegen Diebstahls in Luzugsingen zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilte Gärtner Otto Walliger aus Düsseldorf ausgebrochen.

Schiffuntergang. Der kleine Dampfer „La Plata“, der mit einer Ladung Kautschuk nach Bordeaux unterwegs war, ist am Dienstag bei der Mündung der Gironde im Atlantischen Ozean gescheitert. Die aus vier Mann bestehende Besatzung ist ertrunken.

Vier Kinder verbrannt. Eine große Feuersbrunst geriet am Dienstag eine der bedeutendsten Fischereien der Stadt Lyon. Das Feuer griff auf ein Nachbarhaus über, das innerhalb einer halben Stunde vollständig eingestürzt wurde. 4 Kinder, die sich in einem verschlossenen Schlafzimmer befanden, erlitten in den Flammen den Tod. Die Mutter der Kleinen, die nur mit großer Mühe gerettet werden konnte und schwere Brandwunden erlitt, wurde wahnsinnig.

Marktbericht von Berlin am 30. Januar 1912, nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidiums. Marktpreisliste (Einheitspreise). 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, vom Rosen 36,00—50,00. Speisebohnen weiße, 40,00—60,00. Linden 40,00—80,00. Kartoffeln 10,00—14,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,50—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30 bis 1,80. Schweinefleisch 1,30—1,80. Kalbfleisch 1,40—2,50. Hammelfleisch 1,30—2,30. Butter 2,80—3,30. 60 Stück Eier 4,20—7,20. 1 Kilogramm Karotten 1,00—2,40. Rote 1,20—2,80. Zander 1,50—3,60. Hecht 1,20—2,60. Forelle 1,00—2,00. Schleie 1,60—3,30. Heil 0,80—1,40. 60 Stück Krebse 3,00—24,00.

### Witterungsüberblick vom 31. Januar 1912.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. R. °C	Temp. u. d. F. °F	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. R. °C	Temp. u. d. F. °F
Sminende	752	SB	7	Schnee	-3	27	Haparanda	757	R	4	mollig	-32	-24
Hamburg	753	SB	5	bedekt	-1	31	Petersburg	762	SD	4	Schnee	-15	7
Berlin	756	SB	3	bedekt	-2	28	Sibir	768	SE	1	mollig	3	37
Prenzlau	761	SB	5	Rebel	-3	25	Wberdeen	762	SB	4	mollig	1	34
München	766	SB	4	mollig	-10	14	Paris	765	SB	2	bedekt	7	45
Wien	765	SB	1	heiter	-8	18							

Wetterprognose für Donnerstag, den 1. Februar 1912. Ein wenig kälter, zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit Schneefällen und ziemlich starken nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

### Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 30. 1. 29. 1.	Wasserstand	am 30. 1. 29. 1.
	cm (cm)		cm (cm)
Remel, Talt	128 <sup>2</sup>	Saale, Großh.	100 <sup>2</sup>
Bregel, Ansburg	-34 <sup>2</sup>	Havel, Spandau <sup>2</sup>	58 <sup>2</sup>
Schlesel, Thorn	76 <sup>2</sup>	Rathenow <sup>2</sup>	97
Oder, Rathow	172 <sup>2</sup>	Spree, Spremberg <sup>2</sup>	70
• Krosen	153 <sup>2</sup>	• Bestow	69 <sup>2</sup>
• Frankfurt	138 <sup>2</sup>	• Weiser, Wenden	158
• Warte, Schrimm	48 <sup>2</sup>	• Minden	224
• Landberg	78 <sup>2</sup>	• Rhein, Magimillandau	354
• Rege, Bormann	56 <sup>2</sup>	• Raab	176
• Elbe, Zeitmerly	98	• Köln	216
• Dresden	-65 <sup>2</sup>	• Redar, Heilbronn	72
• Bergh	191 <sup>2</sup>	• Main, Wertheim	—
• Magdeburg	185 <sup>2</sup>	• Nojei, Erter	116

<sup>2</sup>) + bedeutet Hoch, — Fall. — <sup>3</sup>) Unterpegel. — <sup>4</sup>) Eisstand.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn der Treppe — Fachstuhl —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmte Anfrage ist ein Entgelt und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Persönliche Anträge sind nicht erwidert, Anfragen, denen keine Abonnementszahlung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

M. G. Neufeld. Das läßt sich nicht voraussagen. — M. R. 16. 1. Schließen Sie einen (ogen. Sicherheitsüberleitungsvertrag. 2. Dagegen läßt sich nichts tun. — R. 9. Die Abkömmlinge treten an Stelle des eingeleiteten Erben, falls dieser verstorben oder die Erbschaft ausgeschlagen hat. — R. 2. Soweit erwidert, kann der Veräußerungsbeinwand erhoben werden. — R. 6. 8. 1. u. 2. Rein. — J. M. Fort. Nur dann, wenn sich durch Sachverständige nachweisen läßt, daß eine erhebliche Gesundheitsgefährdung eintreten würde. — R. 7. Das vorherige Verbot ist nicht erforderlich. Im übrigen lesen Sie sich mit dem dortigen Standesamt in Verbindung. — R. 8. 3. 1. Rein. 2. Das kann jeder Deutsche tun, ohne Rücksicht auf die Zeitdauer seiner Anwesenheit. 3. Geringfügig. 4. Rein. 5. u. 6. Ja. — R. 17. Derartige Rechtsstreitigkeiten sind äußerst zweifelhaft, da sich der Beweis der wiederholten Aufhebung schwer führen läßt. In Ihrem Falle ist die Sache um so mehr zweifelhaft, als Sie schon Räumigungsrechte haben verstreichen lassen, ohne von Ihrem veritaalichen Räumigungsrecht Gebrauch zu machen. — R. 6. 1001. Die Beweislast für den Wert liegt Ihnen ob. Kann derselbe nicht geführt werden, so kann der Richter aus den Begleitumständen den Wert ermaßen, wobei er die Bestimmung des Beklagten berücksichtigen kann. Der Beweis für den Wert läßt sich auch durch andere Zeugen als durch den Verkäufer führen. — R. 52. Sechs Wochen zum Kalenderquartal. — J. R. 1886. 1. Ja. 2. Ja. Notarielles Protokoll. 3. Gleichgültig. 4. Geben Sie fünfzehn Mark. — R. 2. 99. Nach Ihrer Erklärung können Sie es auf die Klage ankommen lassen. Den Umlauf gegen die beschlagnahmten Sachen müssen Sie sich

jedoch gefallen lassen. Fordern Sie unter Setzung einer Frist anderweitige Lieferung unter der Androhung, daß Sie nach erfolglosem Ablauf der Frist die Abnahme verweigern. — Kaufmann. Rein. — W. W. Nr. 80. Vierteljährliche Kündigung, und zwar bis zum dritten Tage des Quartals. — 104. W. S. Ja, sofern Sie im Prozeß unterliegen sind. — P. G. 41. Beantwortung Sie bei der Versicherungsanstalt die Ausstellung von Quittungen. — R. S. 20. Ja, bis zur Dauer von sechs Wochen. — W. W. Nieder-Schönhausen. Sie persönlich sind nicht haltbar, wohl aber nach überwiegender Rechtsprechung Ihre Frau. — G. S. 33. Das Aufhebungsrecht des Bundesrats ist durch Gesetz nicht beschränkt. — J. 500. Nur nach Kenntnis des Inhalts der Statuten zu beantworten möglich. — R. 85. Ein Recht zum Verkauf haben Sie nicht. Sie können aber Ihre Forderung auslagern, indem Sie die Sachen pfänden und veräußern lassen. — C. 21.

Gesundbrunnen. Ja. — W. S. 100. Der Grundbesitzer ist schuldenerpflichtig. — G. S. 33. Nach der mitgeteilten Vertragsbestimmung hat Ihre Reife Anspruch auf Zahlung des Gehalts ohne Abzug. — G. S. 1. Rein. — B. 100. Befreiung vom gesetzlichen Eheverbot kann durch den Justizminister bewilligt werden. Der Antrag ist an das Landgericht, das in erster Instanz entschieden hat, zu richten. — G. S. 88. R. 91. 777. St. 1001. S. S. 79. Beliebig oft. — R. 36. 1. Arbeiter-Samariterkolonne, E. Stein, Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Str. 40. 2. Nicht bekannt. — W. S. 100. Im Vormarsch ausgiebig behandelt und Material mitgeteilt. — Friedr. Clemens. Rein. — S. 30. 1. So oft er will. 2. Rein, feinerer Verpflegung. — W. W. W. Wenden Sie sich an den Bildungsausschuß der Partei Lindenstr. 3. — G. S. 11. Engländer 16. — A. D. Kautschou-

straße 4. Fragen Sie im Bureau des 6. Wahlkreises Neue Köpfe 23. — G. S. Im Adressbuch nachschlagen. — Th. Penzler. Lindenstr. 3. — C. S. 1885. Direkt an eine solche Firma. — Verbohl. Etwa acht Stunden. — R. S. 22. An die Zentralkommission der Krankenkassen Engländer 15. — G. S. 47. Wenden Sie sich an die Güterkasse der betreffenden Eisenbahn. — A. S. 31. Fragen Sie an bei der Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69. — W. S. W. Staber 100. Wenn künstlerischer Wert in Frage kommt, ja wohl. — A. S. 100. Bettendorf. Ein solches Institut besteht nicht. Wenden Sie sich an den Berliner Betriebsrat. — S. P. 140. Und nicht bekannt. Sie sich an den Berliner Betriebsrat. — G. S. 21. In jedem Bankgeschäft. — P. G. 20. Ohne Kenntnis der Dinge nicht zu beantworten. — G. S. 50. Sie fragen am besten bei einer der Schiffsgehilfen, Unter den Linden an.

# Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 1. Februar 1912.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**S. Oberhaus.** Carmen.  
**Kgl. Schauspielhaus.** Kriemhilds Rache.  
**Deutsches.** Don Carlos.  
**Haberland.** Spezialitäten.  
**Virtus Busch.** Gala-Vorstellung.  
**Virtus Schumann.** Gala-Vorstellung.  
**Virtus Zarpani.** Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

**Urania.** Laubentruhe 48/49.  
**Von Meran zum Orler.**  
Vorstellung: Prof. Marcuse: Luftschiffahrt.  
**Kammerdiener.** Eine glückliche Ehe.  
**Leitung.** Komische Missetat.  
**Neues Schauspielhaus.** Fiat justitia!  
**Residenz.** Alles für die Firma.  
**Kurfürsteneroper.** Der Schmutz der Madonna.  
**Konstige Oper.** La Traviata.  
**Westen.** Russisches Ballett.  
**Lustspielhaus.** Die Damen des Regiments.  
**Reiniger.** Große Hofmen.  
**Vierers Operette.** Eva.  
**Schiller O.** Der Probepfeil.  
**Schiller O.** Schariottenburg. Emilia Galotti.

Friedr. W. W. Schauspielhaus.  
Zwei glückliche Tage.  
Neues. Das Rädel von Montmartre.  
Luisen. Sommerput.  
Rosa. Heimal.  
Königsgräber Straße. Die fünf Franzosen.  
Kleines. Volleys Geburtstag.  
Genz und Janny Hiler. Hedenjos.  
Metropol. Die Nacht von Berlin.  
Trianon. Das kleine Café.  
Thalia. Kolnische Blüthen.  
Cafino. Der Kampf ums Dasein.  
Kivolo. Spezialitäten.  
Vauvage. Spezialitäten.  
Perrin. Schmerzlose Behandlung.  
Das Kind der Firma.  
Reichshallen. Stettiner Säger.  
Königsstadt-Kasino. Im Laumel des Glückes. Spezialitäten.  
Wintergarten. Spezialitäten.

Anfang 8 1/2 Uhr.

**Folies Caprice.** Wandelblüths Ballerabend. Kosgelassen. Waffenübung.  
**Walhalla.** Teufel, das hat einge-schlagen!  
**Road.** Die Bettlerin und ihr Kind.  
**Volgt.** Pfeffer-Rösel.

Anfang 8 1/2 Uhr.

**Neues Volkstheater.** Frühchen. — Der jetzige Krieg.  
**Belle-Alliance.** Trilby.  
**Sternwarte.** Invalidenstr. 57-62.

Schiller-Theater O. Wälners-Theater.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Der Probepfeil.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**König Heinrich.**  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Der Probepfeil.**  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Der Probekandidat.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Der Probepfeil.**

Schiller-Theater Charlottenburg.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Emilia Galotti.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Maskerade.**  
Sonnabend, nachm. 3 1/2 Uhr:  
**Prinz Friedrich von Homburg.**  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Emilia Galotti.**  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Maria Stuart.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Die Wildente.**

Berliner Theater.  
Abends 8 Uhr:  
**Große Hofmen.**

Theater in der Königsgräber Straße  
8 Uhr:  
**Die 5 Frankfurter.**

Neues Theater.  
Das Rädel von Montmartre.  
Sonnabend 7 1/2 Uhr zum 1. Male:  
**Der liebe Augustin.**  
Sonntag 8 1/2 Uhr: **Der liebe Augustin.**

Theater des Westens.  
8 Uhr: **Russisches Ballett.**  
Sonnabend, Spezialitäten, Scherzstücke.  
Vorstellung: **Sonnabend, 3. 2.**  
Spezialitäten, Solowjow Tänze, Geist der Rose, Kleopatra.  
Sonntag 8 1/2 Uhr: **Pariska.**

Luisen-Theater.  
Donnerstag 8 Uhr: **Premiere: Sommerput.**  
Freitag: **Aus Wangel an Beifern.**  
Sonnabend 4 Uhr: **Was Hans und Wiesel im Haidenwald erleben.**  
Abends 8 Uhr: **Sommerput.**

## Urania.

Wissenschaftliches Theater.  
8 Uhr:  
**Von Meran zum Orler.**  
Hörspiel 8 Uhr: Prof. Marcuse: **Luftschiffahrt.**

## Residenz-Theater.

Direktion Richard Alexander.  
Abends 8 Uhr:  
**Alles für die Firma.**  
(Aimé des femmes.)  
Schwank in 3 Akten von R. Hennequin u. G. Bittell. Für die deutsche Bühne bearbeitet von Volten-Sacker. Morgen u. folg. Tage: **Alles f. d. Firma.**

## Belle-Alliance-Theater.

8 1/2 Uhr: Vorzügliches Gastspiel **Ferd. Bonn** in „Trilby“.  
Ab Sonnabend, 3. Februar, täglich: **Napoleon Bonaparte** und seine Frauen.  
Gastsp. Bonn als **Napoleon Bonaparte.**

## ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.  
Abends 8 Uhr:  
**Heimat.**  
Schauspiel in 4 Akten v. J. Sudermann.  
Freitag: **Des Heeres** und der Liebe Weiden.

## Metropol-Theater.

Abends 8 Uhr: **Rauschen geflattert.**  
**Die Nacht von Berlin!**  
Große Hochreduzierte in 7 Bildern von Prof. Freund. Musik von B. Holländer. In Szene geht vom Dir. R. Schütz.

## Apollo Theater

Ab 8 Uhr:  
**Premiere** des vollst. neuen Programms.  
**8 für Berlin** neue Debüts!  
10 Uhr:  
**Der Gipfel der Komik**  
**Paul Beckers**  
des „Original“.

## Herrnfeld Theater

Nur noch bis Montag, 5. Febr.:  
**Das Kind der Firma**  
und  
**Schmerzlose Behandlung.**  
Dienstag, den 6. Februar:  
**Premiere der Novitäten:**  
**Wie man Männer hessert.**  
Komödie in 2 Akten von Anton und Donat Herrnsfeld, und  
**Der Hausstempel.**  
Schwank in 1 Akt v. H. Pohlmann.  
Billets ab heute zu haben.

## Passage-Theater.

**Heute Premiere:**  
**Schneider-Duncker**  
**Carl and Lotty**  
die berühmte Excentr.-Tanzer.  
**Luis Schärer**  
Vortragskünstlerin.  
**The Hevaldos Truppe**  
d. best. Schlenkerbest-Akrob. und d. Febr.-Glanzprogr.  
14 erstkl. Spezialitäten.

## Passage-Panoptikum.

**Das Londoner Mirakel**  
**Die Frau**  
in der **Kanne!**  
Befreiung aus d. Wassergrab.  
**Lebend! Lebend!**  
**Fakir-Truppe**  
15 Personen  
in ihren religiösen  
**Martyrer-Produktionen**  
Wochentags 4-7 Uhr:  
**Lichtspiele**  
**Ohne Extra-Entree.**

## Freie Volksbühne

Donnerstag, den 8. Februar, abends 8 1/2 Uhr:  
**Generalversammlung**  
im **Gewerkschaftshaus.**  
Der Eintritt ist nur Mitgliedern gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte gestattet.  
Tagesordnung:  
1. Vortrag: Herr Theodor Heuß: „Ludwig Pfau, der Konflikt“. 2. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes. 3. Bericht der Revisoren. 4. Diskussion und Verschiedenes.

## Winterfest.

Sonntag, den 25. Februar, abends 7 Uhr,  
in **Kellers Neuer Philharmonie.**  
**Beethoven-Konzert**  
ausgeführt von der Berliner Sinfonievereinigung  
Leitung: Leo Schratzenholz.  
Festmarken a 60 Pf. sind in allen Zahlstellen erhältlich.

Extravortstellungskarten für die Residenztheater-Vorstellung am 4. Februar, nachm. 3 Uhr, sind im Theater bei den Obleuten a Mk. 1.30 zu haben.

Für die Nachmittags-Mitglieder sind in den Abendabteilungen an den Montagabenden im Neuen Schauspielhaus Karten a Mk. 1.30 zu haben.

Neue Mitglieder können sich in allen Zahlstellen melden für die Nachmittags- und Abendabteilungen. 242/4

## „CLOU“

**Berliner Konzert-Haus.**  
Mauerstr. 82 Zimmerstr. 90/91.  
**Großes Konzert u. Sänger, Plattler u. Jodler!**  
Anstich von 3 Königsbräu, dem köstlichsten aller Münchener Doppelbiere.  
Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.  
An allen Wochentagen nachmittags:  
**Gr. Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.**

## 6 Tage-Rennen

im **Sport-Palast**  
3.-9. Februar.  
Alleiniger Vorverkauf bei **A. Wertheim**, seinen Theaterkassen und Filialen.

## Neue Welt.

Arnold Scholz. Hasenheide 108-114.  
Heute  
Donnerstag, den 1. Februar 1912:  
**Elite-Tag.**  
Damen-Prämierung.  
Prämiiert wird:  
Der **längste echte Zopf.**  
Chinesinnen nicht ausgeschlossen.  
3 bare Geldpreise: 50,-, 30,-, 20,- Mark.  
4 Kapellen. 30 bayerische Mad'l.  
Anfang 7 Uhr. — Entree 30 Pf.

## Voigt-Theater.

Donnerstag, den 1. Februar 1912:  
Gastspiel in **Schuberters**  
**Pfeffer-Rösel.**  
Schauspiel in 5 Akten.  
Kaffeneröffnung 7, Anfang 8 1/2 Uhr.

## Folies Caprice.

Täglich 8 1/2 Uhr:  
**Kosgelassen.**  
**Waffenübung.**  
Wandelblüths Ballerabend.

## Brauerei Friedrichshain

am **Königstor.**  
Heute! Wiener Walzer-Abend. Heute!  
Anf. 8 1/2 Uhr. **Johann Strauß aus Wien.** Entree 50 Pf.  
Morgen Freitag: **Elite-Tag.**  
Größter Bock-Jubel und Trubel. **Auf der Alm.**  
Gratisvert. v. 200 Wertgegenständen. Die berühmte Münch. Festwirts Schorsch Erengruber u. Weinzierl. Größte Sehenswürdigkeit Berlins. Passierkarten haben volle Gültigkeit.

## Zirkus Busch

Heute Donnerstag, 1. Februar, abends 7 1/2 Uhr:  
**Große Galavorstellung.**  
Zum 1. Male in Deutschland!  
Beginn der groß-japanischen **Ringkämpfe.**  
20 Teilnehmer der besten japanischen Ringerklassen 20. Nähere Einzelheiten über den Ringkampf und die Teilnehmer im Programm.  
Debüt! Debüt! Debüt!  
**Clown Armando** mit seinen dressierten Tieren. Besonders hervorzuheben: **Das boxende Känguruh** Um 9 1/2 Uhr:  
Gastspiel Gertrud Arnold: **Die Hexe.**  
Vorher das gr. Galaprogramm.

## Zirkus A. Schumann

Donnerstag, den 1. Februar, abends 7 1/2 Uhr:  
**Debüt! Der Affenmensch vom Kongo**  
**Momy I.**  
arbeitet ganz selbständig, ohne menschliche Assistenz U. a.: Momy als Rollschuhläufer.  
Um 9 Uhr das große Ausstattungsspiel in 5 Akten:  
**Das Motorpferd**  
Weiter geht es nicht mehr! Dieses große Ausstattungsspiel zu übertreffen ist unmöglich! Vorher das gr. Galaprogramm.

## Sarrasani

Schönhauser Allee.  
Telephon: Nord 4100.  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Das berühmte, unverfälschte, pantomimenfreie **Circus-Programm.**  
Vorverkauf a. d. Circus-kasse und an sämtlichen Billetverkaufsstellen von A. Wertheim. Der Vorverkauf bis Sonntag beginnt heute.

## Königsstadt-Kasino.

Ede Holzmarkt u. Alexanderstraße  
Täglich Varietés und Theater.  
Som 1.-16. Februar  
**Riefenprogramm.**  
In jeder Vorstellung:  
**Ein dunkler Punkt.**  
Burleske mit Gesang in 2 Bildern.

## Trianon-Theater.

Täglich abends 8 Uhr:  
**Das kleine Café.**

## Admiralspalast

Am Bahnhof Friedrichstraße  
**Eis-Arena.**  
Nachmittags:  
**Militär-Konzert.**  
Kunstlauf-Produktionen.  
Abends die Novitäten:  
Tänze a. d. Eise, Rheinländer, Russisch, Engl., Alt-Wiener Walzer und **Die kleine Charlotte.**  
Der norwegische Meister **Harry Paulsen** sowie d. prächt. Eisballett **Alpenzauber.**  
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr halbe Kassenpreise.  
Restaurant I. Ranges.

## Nibles Fest-Säle

Dennewitzstraße 13.  
Jeden Donnerstag:  
**Tanzkränzchen**  
und **Waldtrüffel**  
bei freiem Entree. C. Nible.

## Masken-Garderobe

**Willi Ernst,**  
Köpenicker Straße 55b, I.  
Wint 33pl. 14 080.  
Gr. Auswahl! Bill. Preise!  
Vorgelegter dieser Annonce erhält 10 Proz. Preisermäßigung.

## Humor-Quartett

Am 11. Berliner No. 5200  
Gg. Treuer Kastanienallee 10  
Für den Inhalt der Quartette übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

